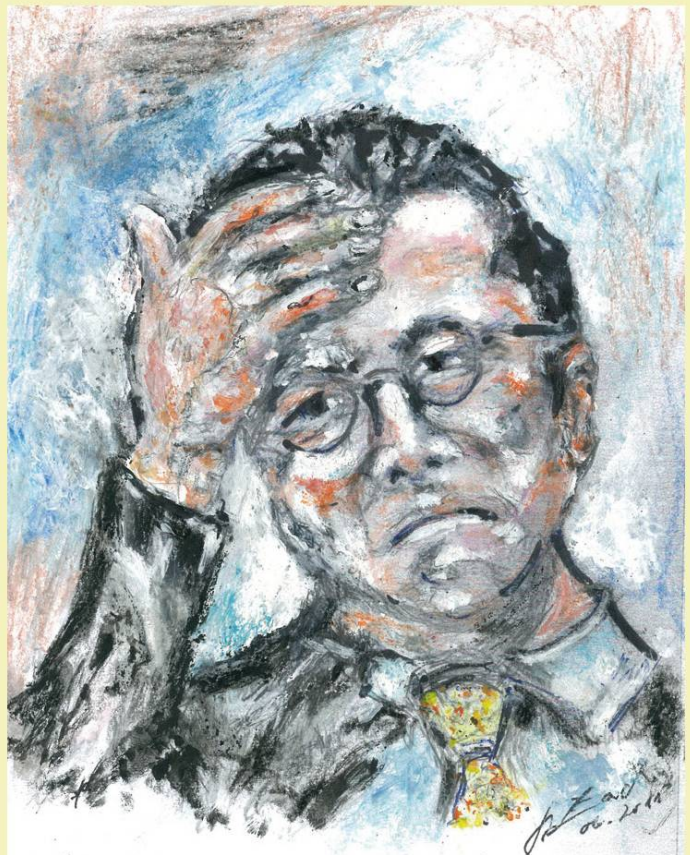


Hubertus Zummach

# **Die Causa Guttenberg**

**Vom Abgesang der Repräsentativen Demokratie**

**Ansichten eines parteilosen ‚Wutbürgers‘**



**Cuvillier Verlag Göttingen**  
Internationaler wissenschaftlicher Fachverlag



**Hubertus Zummach**

# ***Die Causa Guttenberg***

**Vom Abgesang der Repräsentativen Demokratie**

**Ansichten eines parteilosen ‚Wutbürgers‘**

**Cuvillier Verlag Göttingen**

## **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Aufl. - Göttingen : Cuvillier, 2011

978-3-86955-741-0

Titelbild: © Verfasser

© CUVILLIER VERLAG, Göttingen 2011

Nonnenstieg 8, 37075 Göttingen

Telefon: 0551-54724-0

Telefax: 0551-54724-21

[www.cuvillier.de](http://www.cuvillier.de)

Alle Rechte vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, das Buch oder Teile daraus auf fotomechanischem Weg (Fotokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen.

1. Auflage, 2011

Gedruckt auf säurefreiem Papier

978-3-86955-741-0

*Dem Politikwissenschaftler und später freien Schriftsteller, Christian Graf von Krockow, in ehrenvollem Gedenken gewidmet.*

*Er hat während meiner Studienjahre in Göttingen mein politisches Interesse nicht nur geweckt, sondern bis auf den heutigen Tag nachhaltig beeinflusst.*



## Aus dem Inhalt

<b>Vorwort</b>	<b>7</b>
<b>Prolog: „Dies irae, dies illa!“</b>	<b>15</b>
<b>Ikarus!</b>	<b>19</b>
<b>Das Lied der Nibelungen</b>	<b>25</b>
<b>Von Plagiatoren und vom Doktorwahn</b>	<b>37</b>
<b>Homo Novi und Nobiles</b>	<b>57</b>
<b>Das gegenwärtige Parteiensystem, eine Zustandsbeschreibung</b>	<b>88</b>
<b>Filzläuse!</b>	<b>103</b>
<b>Fliehkräfte und Gefahrenpotentiale im gegenwärtigen Verfassungssystem</b>	<b>114</b>
<b>Mehr Bürgerdemokratie statt Parteienoligarchie</b>	<b>131</b>
<b>Rundumerneuerung statt selektierender Reformen</b>	<b>141</b>
<b>Stabilisierung der demokratischen Verhältnisse in Deutschland durch die Neuetablierung einer wertkonservativen Deutschen Partei</b>	<b>150</b>
<b>Die Chance auf Wiederkehr</b>	<b>162</b>
<b>Schlussbemerkungen</b>	<b>168</b>





## Vorwort

„Wutbürger“ wurde zum Wort des Jahres 2010. Und es beschreibt zutreffend die emotionale Verfassung eines stetig wachsenden Anteils von Wahlbürgern, die ihre Interessen von den derzeitigen Mandatsträgern in den bundesdeutschen Parlamenten immer weniger wahrgenommen sehen, die sich enttäuscht vom derzeitigen Parteienspektrum abwenden, und die sich immer stärker nach einer Alternative zu dem gegenwärtigen Parteiensystem sehnen.

Jüngstes Beispiel: bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen erhielten die beiden großen Volksparteien zusammen 43,4% der abgegebenen Wahlstimmen. Die Zahl der Nichtwähler dagegen betrug 46%, obwohl man in Bremen das Wahlrecht ab sechzehn eingeführt hatte. SPD-Genosse Jörn Thießen plädiert daher für eine Wahlpflicht und will Nichtwähler künftig abstrafen. Womit wir dann wieder beim System der Einheitssozialisten aus der ehemaligen DDR wären.

Für meinen kleinen Diskussionsbeitrag zur politischen Debatte in diesem Land war der vor wichtigen Landtagswahlen gezielt in die Öffentlichkeit lancierte Skandal um eine Doktorarbeit in der Causa Guttenberg, und die darin überdeutlich zu erkennende Absicht, einen im Volke überaus beliebten Politiker wegmobben zu müssen,

Anlass zur Feder zu greifen. Der Fall des Karl-Theodor zu Guttenberg zeigte wieder einmal überdeutlich das leicht durchschaubare Machtspiel und die Geringschätzung der derzeitigen politischen Kaste gegenüber der Volksmeinung. Daraus resultiert zunächst eine gehörige Portion Wut. Und die adäquateste Ausdrucksform, sich über Wut und Zorn Gehör zu verschaffen, ist die Polemik. Teilweise Überzeichnungen sind daher, um klarerer Konturen und Positionen willen, bewusst gewählt worden.

Es gibt bei uns unter dem angelsächsischen Begriff ‚Political Correctness‘ so etwas, das einen fairen und anständigen Umgang in der politischen Debatte impliziert. Da ist aber auch etwas, was man bei genauem Hinsehen als maßregelnden Gesinnungsterror vor allen Dingen im rot-grünen Lager ausmachen kann. Hier werden bestimmte Statements und Standortbestimmungen gewissermaßen nach dem Vorbild der katholischen Kirche auf den Index gesetzt. Ein Beispiel dafür ist das Parteiausschlussverfahren, mit dem die SPD gegenwärtig ihren Genossen Thilo Sarrazin überzogen hat. Auch der Begriff von der ‚deutschen Leitkultur‘ wurde gewissermaßen von einer ideologischen rot-grünen Minderheit indiziert, bis wir mit dem überbordenden Migrationsproblemen in der Wirklichkeit angekommen waren. - Die rot-grünen Wortführer selbst sind wenig zimperlich im Umgang mit ihren politischen Gegnern. Insbesondere, wenn es darum

geht, wertkonservatives Gedankengut als rechtsextremistisch zu verteufeln, oder als spießbürgerlich abzutun.

Rechtsextremismus ist aus dem politischen Grundkonsens einer Demokratie auszugrenzen. Dasselbe gilt aber auch für Linksextremisten, und pars pro toto für grüne und linke Gesinnungsterroristen. Gerade sie befördern mit der Tabuisierung von Themen, die ihrem ideologischen Milieu widersprechen, rechtsradikale Tendenzen im Land.

Insbesondere als Reaktion gegen den ‚Rot-Grünen-Migrationsfuror‘ hat auch ein europaweiter Rechtsschwenk eingesetzt. Nicht nur in der Alpenrepublik Österreich hat der Rechtspopulismus einen festen Platz, sondern nach einem Dominoeffekt ist die ausländerfeindliche Front National (FN) der Marine Le Pen in Frankreich zu einem politischen Machtfaktor geworden. Es folgte die Partei für die Freiheit (PVV) des niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders. Eine rechtsliberale Minderheitsregierung in Den Haag kann seit Oktober 2010 nur noch mit Tolerierung der PVV regieren. Im einstigen Migrationsvorzeigeland Holland ist Multi-Kulti damit endgültig gescheitert. In Ungarn gar ist nicht nur eine Partei, sondern gleich ein ganzes Volk nach rechts gerückt. Hier gibt es nicht nur die rechtsextreme, rassistische und antisemitische Jobbik-Partei, sondern auch die derzeit regierende Fides-Partei von Regierungschef

Viktor Orban ist populistisch und rechtsorientiert. Zuletzt haben die früher so liberal-sozialen Skandinavier wie die Schweden oder erst kürzlich die ‚Wahren Finnen‘ gegen Überfremdung Front gemacht. Und die Dänen errichten wieder nationale Grenzkontrollen gegen den Ansturm von Migranten und Wirtschaftsflüchtlingen aus nordafrikanischen Ländern, die sich ihrer Despoten entledigt haben und nun ‚lupenreine Demokraten‘ geworden sind. - Übrigens befürworten laut einer jüngsten Umfrage von WELT online 84% aller Deutschen diese Maßnahme der Dänen, weil sie davon ausgehen, dass so Kriminelle und Flüchtlinge gestoppt werden könnten.

**Der Prozess rechtspopulistischer Infiltration, könnte diesmal für Deutschland über Europa zum Bedrohungsszenario werden, und damit die europäische Integration insgesamt wieder rückläufig machen. Und ein dazu bereites Potential ist ganz offensichtlich vorhanden.**

Um Deutschland, von dem gesagt wird, dass es nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch der Vorreiter in Europa ist, diesen Rückfall in krudes, chauvinistisches Gedankengut zu ersparen, bedarf es eines gut aufgestellten wertkonservativen Lagers. Einer politischen Heimat für alle diejenigen, die sich in ihrer Mehrzahl angewidert vom derzeitigen Gesamtzustand von Politik und Gesellschaft abgewendet haben.

Bonn war zu keiner Zeit Weimar, wie manchmal überkluge Kommentatoren aus dieser Zeit meinten anmerken zu müssen. Berlin aber ist nicht nur geographisch wieder weit näher an Weimar herangerückt.

### **Indizien:**

- **das bei wachsender Wahlenthaltung trotz 5% Sperrklausel sich immer mehr aufsplittende Parteiengefüge,**
- **das Ausmaß an Korruption und persönlicher Vorteilnahme,**
- **die Klientel-Politik einer stetig anwachsenden Kaste von Berufspolitikern quer durch alle Parteien,**
- **die Verfilzung von zwei tragenden Säulen der Demokratie in Legislative und Exekutive, durch eine überproportionale nach parteipolitischer Zugehörigkeit vorgenommene Besetzung von Stellen innerhalb des Beamtentums,**
- **das Anwachsen links- und rechtsradikaler Randgruppen mit zunehmender Gewaltbereitschaft,**
- **die Bedrohung durch fundamentalistischen islamischen Terror, den ersten Terroranschlag auf deutschem Boden haben wir bereits kürzlich erlebt,**
- **die Vernachlässigung von deutschem Kulturgut,**
- **die ohne Zustimmung des deutschen Volkes vollzogene Einführung von Euro und europäischer Verfassung. (Wir sind derzeit realiter weder bei der**

**eigenen Verfassung noch bei der eigenen, nationalen Identität angekommen. Und der politisch und geostrategisch notwendige Weg zu einer europäischen Vereinigung wurde dem deutschen Volk weder angemessen vermittelt, noch wurde es auf dem Weg dorthin beteiligt)**

- **und letztlich ein genereller Verfall von Werten und Normen nicht nur im eigenen, sondern auch im europäischen Haus. Nicht nur die Deutschen, sondern auch die Europäer und damit das ‚christliche Abendland‘ schaffen sich einer erweiterten These von Sarrazin folgend , sukzessive ab.**

Eine klar kämpferischere Position als vergleichsweise Sarrazin gegen die Überfremdung durch Masseneinwanderung, die Aufgabe von eigenen Werten und Normen und für mehr nationale und europäische Identität, hat unter dem Eindruck des 11. September die Florentinerin Oriana Fallaci bezogen. Als eine der weltweit am meisten gelesenen Autorinnen hat sie als Kriegsberichterstatlerin hautnah die Konflikte dieser Welt erlebt, sich mutig der Maffia im eigenen Land entgegengestellt, aber auch auf die Gefahren des fundamentalistischen Islam hingewiesen und generell die massenhafte Einwanderung nach Europa an den Pranger gestellt.

**„Der Europäer hat sich geradezu in den Suizid gestürzt – durch Verhütung, Abtreibung, Ehescheidung“, nicht**

die Fallaci schreibt dies, sondern Gregor Henckel von Donnersmarck, ehemalige Manager und Abt des Zisterzienserklosters Heiligenkreuz in Österreich. Donnersmarck beschreibt damit eine andere Facette der Morbidität der ‚westlichen Kulturnationen‘ und geißelt darüber hinaus auch „die Gleichberechtigung anderer, nicht auf Fortpflanzung angelegter Lebensformen.“ Er folgert daraus: „In spätesten 200 Jahren dürfte es kein Europa mehr geben!“

Gemach Hochwürden, mit der häufig übertriebenen Selbstdarstellung im Bereich des gleichgeschlechtlichen Milieus haben Sie zwar recht, werfen Sie vor derartigen Anwürfen aber auch einen demutsvollen Blick auf die Sexualpraktiken in den Reihen der eigenen Würdenträger.

Als überzeugter Konfessionsloser und mit aus klassischer Schulbildung hinreichend ausgestatteten geschichtlichen Kenntnissen habe ich zudem keinerlei Interesse, irgendeiner Religion das Wort zu reden. Meinetwegen soll in Sachen Glauben mit den Worten Friedrichs des Großen: „Jeder nach seiner Fassung selig werden.“

Wichtiger im Hinblick auf eine Rückbesinnung auf Tugenden und Wertmaßstäbe sind allemal die das europäische Abendland nachhaltiger und im positiveren Sinn prägenden und verändernden Kräfte aus dem Zeitalter des Rationalismus, des Humanismus und der Aufklärung.

Komprimiert in dem Sittenkodex eines anderen großen Preußen, des Königsberger Philosophen Immanuel Kant, dessen kategorischer Imperativ lautet:

***„Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnte.“***



## **Prolog: „*Dies irae, dies illa!*“**

Dies ist mehr als nur ‚ein Tag des Zorns‘ oder die vielleicht noch Wochen und Monate nachhallende Empörung, ausgelöst durch Vorgänge um den Fall einer politischen Pop-Ikone, sondern in der Causa Guttenberg zeigt sich vor allen Dingen die über Jahre angestaute Wut eines Volkes, gegenüber einer Kaste von Berufspolitikern, die sich in ihrer Mehrheit selbstabgehoben und geschützt durch das System der unmittelbaren Demokratie und ihre parlamentarische Immunität immer mehr von dem eigentlichen Souverän dieses Landes, dem Volk, mit einer unheimlichen Rasanz, einem unglaublichen Realitätsverlust, einer Borniertheit und Unverschämtheit ohnegleichen entfernt hat.

Angetreten unter dem hehren Vorwand, dem Volke zu dienen, dessen Wohl und Nutzen zu vermehren, fokussiert sich in Wirklichkeit der Blick vieler sogenannter Volksvertreter immer mehr in Richtung Selbstbedienung. Über dem Eingangportal des ehemaligen Reichstages steht zwar in Stein gemeißelt, wem sie eigentlich dienen sollten. ‚Dem deutschen Volke‘ dienen die von den Bürgern dieses Landes nicht direkt gewählten, sondern uns von den Parteien vorgesetzten Abgeordneten in ihrer Mehrzahl schon lange nicht mehr. Und wer da glaubt, es gebe unter der Berliner Zirkuskuppel wenigstens ein klar aufgestelltes Lager von Regierung und Opposition, der

irrt gewaltig. Hinter den Kulissen wird zwecks Besitzstandwahrung fraktions- und parteiübergreifend durchgestochen und Klientel Politik zum Schaden des Volkes betrieben. Dass Deutschland unter den von Transparency International untersuchten 180 Ländern inzwischen den 14. Rang inne hat, ist ein Beleg dafür.

„Der Fisch stinkt zuerst am Kopf“, sagt Volkes Mund, und meint damit die korrumpierten Eliten in diesem Land. Und wahrhaftig: es stinkt in dieser Republik so vieles so gewaltig gen Himmel, dass wir angesichts des Fäulnisprozesses daran zu ersticken drohen.

Mit dem Rest Zorn eines alten Mannes, der eigentlich seinen Frieden mit dieser Welt machen sollte, bin ich aus Erfahrung und Überzeugung mit voll an der Seite meiner wütenden Volksgenossen quer durch alle Schichten, weil ich meine, dass es allerhöchste Zeit ist, uns nicht länger von der Mehrzahl der derzeitigen politischen Platzhalter in diesem Land über Gebühr bevormunden und übervorteilen zu lassen.

„Dies irae“ ist der liturgische Abgesang bei der Totenmesse vor dem „Jüngsten Gericht“. Die Causa Guttenberg ist für die politischen Platzhalter dieser Republik längst noch nicht ausgestanden. Sie könnte ein letzter Stein des Anstoßes sein, und damit zum Auslöser eines übermächtigen Volkszornes werden. Und so die Totensequenz der Repräsentativen Demokratie einleiten. Es wäre weiß

Gott nicht schade um sie. Zu sehr ist sie im Laufe der Zeit deformiert und pervertiert worden. Zu sehr ist das den Parteien in Artikel 21 der Verfassung zugestandene Mitwirkungsrecht in der Politik zum alleinigen Handlungsmonopol der politischen Kaste geworden. Zu groß ist inzwischen das Heer der unbedarften, profillosen Hinterbänkler, die sich meist während der Legislaturperiode durch Abwesenheit im Plenarsaal oder in den Wahlkreisen auszeichnen und häufig nur vor anstehenden Wahlen dort vermehrt aufschlagen. Ansonsten in den Parlamenten fügsam zum ‚Hammelsprung‘ geordnet (nomen est omen) antreten zwecks einträchtiger Abstimmung über Diätenerhöhungen, oder um sich rechtzeitig einzuordnen, um nach Parteienproporz das Bundesverdienstkreuz in Empfang zu nehmen, häufig das ‚Bundesverdienstabzeichen‘ für erfolgreiche Eigenbedienung, Klientel-Verwaltung und Durchstecherei.

Darum ihr versammelten Wutbürger dieses Landes steht auf zum Widerstand, verzettelt euch nicht nur in Einzelaktionen wie Stuttgart 21, bei dem sich übrigens der Bürgerverstand einzelner für eine Umsetzung des Großprojektes in Teilen als innovativer erwiesen hat, als der Wasserkopf von Politik und Verwaltungsapparaten. Konzentriert eure geballte Kraft, um euch aus der durch das derzeitige politische System verordneten Unmündigkeit endlich zu befreien. Sitzt zu Gericht über das derzeitige parlamentarische System. Versetzt ihm endlich den To-

desstoß, lest ihm aber auch eine anständige Totenmesse, denn es hatte in früheren Zeiten durchaus seine Verdienste. Tragt es dann aber guten Gewissens möglichst schnell zu Grabe, bevor sein Verwesungsgeruch allzu unerträglich wird. In diesem Sinne: ‚dies irae‘, ihr Wutbürger, gebt eurem Zorn Stimme. Machen wir uns auf den Weg, einen hoffentlich nicht allzu langen Marsch, zur Befreiung von unserer politischen Unmündigkeit!

## Ikarus!



Bleiben wir für einen Moment und vor einer genaueren Analyse noch ein wenig im Allgemeinen und wechseln dazu von der Liturgie zur Mythologie. Die antike Sage von Daedalus und Ikarus hat nicht nur etwas von der die Zeiten überdauernden Faszination einer klassischen Tragödie, sondern sie hat zugleich in ihrer Symbolkraft etwas Erhellendes, was uns einige Irritationen im Hinblick auf die Fama zu Gutenberg zum Teil auf sehr einfache Weise erklärt.

Kurz zur Sage. In einem Anfall rasender Eifersucht hatte Daedalus seinen Neffen Talos von der Akropolis gestürzt. Um dem Gerichtsurteil der Athener zu entgehen, floh er zusammen mit seinem Sohn Ikarus nach Kreta, um dort König Minos um Asyl zu bitten. Er musste dafür ein unterirdisches Labyrinth erbauen, das zum Verließ des stierartigen Ungeheuers Minotaurus werden sollte. Er wurde samt Sohn dann von König Minos selbst in das dunkle Verließ geworfen, weil er Ariadne den Wollfaden reichte, mit dessen Hilfe sie ihren Geliebten Theseus aus dem Labyrinth befreite. - Die Flucht übers Wasser war nicht möglich. Dort lagen die Kriegsschiffe des Minos. Nun war aber Daedalus ein höchst erfindungsreicher und geschickter Mann. Auf zwei Fluggestellen befestigte er mit Hilfe von Wachs Vogelfedern und fertig waren die ersten Ökoflieger.

Was macht nun die antike Sage von Daedalus und Ikarus zur literarischen Steilvorlage in der Fama des Karl-Theodor zu Guttenberg? Vor dem Abflug hatte Daedalus seinen Sohn ermahnt, Kurs zu halten. Auf der Flugroute, den Mittelweg zu wählen. Zwischen den Untiefen des Meeres und der alles verzehrenden Kraft der Sonne. Er solle ihm, dem erfahrenen Navigator, einfach nur folgen. Aber können junge Himmelsstürmer und Heißsporne das? Nein: denn weder der Mittelweg und auch nicht das Mittelmaß sind ihre Sache!

Wir vom gewöhnlichen Bodenpersonal, das mit der Erde fest verwurzelte Fußvolk, blicken staunend und voller Bewunderung auf zu ihnen und wissen in unserer erdverhafteten Sicherheit: sie werden fallen, stürzen. Nach der ewigen Gesetzmäßigkeit, wonach dem allzu steilen Aufstieg der brutalst mögliche Absturz folgen wird.

Ikarus stürzte, weil er der Sonne zu nah kam. Sie blendete ihn. Das bindende Wachs in seinem Fluggerät schmolz unter dem gleißenden Himmelsgestirn. Er stürzte für immer in die Untiefen des Meeres. Und überlebte dennoch in der Phantasie der Menschen vom ewigen Traum, sich aus eigener Kraft in die Lüfte erheben zu können. Und unser Freiherr? Er verbrannte, verglühte in seinem kometenhaften, allseits bestaunten furiosen politischen Aufstieg, weil er sich bei seiner Doktorarbeit mit zu vielen fremden Federn geschmückt hatte. Und geblendet wurde vom Glanz in sich selbst verliebter Eitelkeit. Von zu großem Ehrgeiz. Und weil sein Aufstieg getragen wurde von der Thermik, dem warmen Aufwind medialer Lobhudelei. Bis das Wachs, das wenig verlässliche Bindeglied von Politik und Journaille dahinschmolz, in dem Augenblick, als der Fall des kurz zuvor Gefeierten umlageträchtiger Auflagen versprach.

Wer sich unter das Menetekel der veröffentlichten Meinung begibt, um in den Fokus allgemeiner Beachtung und Betrachtung zu gelangen, der erfährt nicht nur wie

der Freiherr zu Guttenberg wie schnell dem ‚Hosianna‘ das ‚Kreuzigt ihn‘ folgt. Dem im Rückblick letzten Politiker von historischem Format in dieser Republik, Helmut Kohl, gelang in der bisher längsten Amtszeit eines bundesdeutschen Kanzlers das wohl größte politische Werk in der deutschen Nachkriegsgeschichte, die Wiedervereinigung unseres deutschen Vaterlandes, auch unter nahezu völliger Ignorierung der Medien. Sein direkter Nachfolger im Amt, Gerhard Schröder, der sich BAMS und Glotze bis an die Grenzen der Peinlichkeit anbiederete, hat im direkten Abgleich mit Helmut Kohl bestenfalls den historischen Verfallswert einer politischen Eintagsfliege.

Zurück zum politischen Ikarus unserer Tage, Karl-Theodor zu Guttenberg. Was sagte doch die höchst redliche und respektable evangelische Bischöfin Margot Käßmann bei ihrem Abgang? „Niemand kann tiefer fallen als in Gottes Hand!“ Sie Verehrteste, hatten zwar ein wenig viel vom Wein getrunken, aber im Gegensatz zu vielen üblen Zunftbrüdern aus beiden Konfessionen, die für sich Wein beanspruchen, und anderen Wasser predigen, sind Sie vor allen Dingen in ihrem moralischen Rigorismus für die gegenwärtig verfasste Gesellschaft unverzichtbar und für jedes hohe, auch außerkirchliche Amt als Vorbild bestens geeignet.



Und in Abwandlung der Abschiedsworte der evangelischen Bischöfin auf die irdische und politische Realität in der Causa Guttenberg bezogen: „Niemand kann tiefer fallen als in Volkes Hand.“ Und da ist zu Guttenberg, auch wenn er vielleicht die politische Szene nie wieder betreten wird, verdammt gut aufgehoben. Bereits jetzt ist er der politischen Kaste in diesem Land durch seinen jähen Absturz schwer auf die Füße gefallen.

Kommt er nicht wieder, wird er zum Märtyrer, zum Idol aller Enttäuschten, zum Ikarus der Moderne. Und in der Gesellschaft insgesamt zu einer Fata Morgana und Projektionsfläche utopischer Vorstellungen von Politik. Der größte Kollateralschaden für die Demokratie liegt bereits darin, dass man vor allem der Jugend eine Ikone genommen hat, die sie in ihrer Mehrzahl begeistert hat. Sie aus ihrer derzeitigen Lethargie und ihrem gesellschaftlichen Desinteresse zur politischen Teilhabe hätte motivieren können.

Und noch etwas wird eintreten, was noch schlimmer ist. Angewidert vom derzeitigen Berliner Politikbetrieb, wird die Zahl der Nichtwähler, jetzt schon die größte Fraktion, weiter ansteigen. Und durch die zunehmende Abstinenz potentieller Wähler wird die Chance für radikale, zu Wahlen fest entschlossene Minderheiten, nach der nüchternen Logik der Arithmetik steigen. Und Guttenbergs Schatten wird letztlich auch die Leistungen

der wenigen qualifizierten Spitzenpolitiker und honorigen und fleißigen Abgeordneten quer durch alle Parteien, die sich in pragmatischer und effizienter Umsetzung von Politik weitaus mehr Lorbeer erworben haben, als es zu Guttenberg bisher konnte, verdunkeln.

## Das Lied der Nibelungen

**„Verrat trennt alle Bande!“**

*Friedrich Schiller*

### Mittelhochdeutsche Strophe und Begründung

Dô sprach der verchwunde: „jâ ir boesen zagen,  
 waz helfent mîniu dienest, daz ir mich habet erslagen?  
 ich was iu ie getriuwe: des ich engolten hân.  
 Ir habt an iuwarn mâgen leider übele getân.

Die sint dâ von bescholten, swaz ir wirt geborn  
 her nâch disen zîten. ir habet iuwarn zorn  
 gerochen al ze sêre an dem libe mîn.  
 mit laster ir gescheiden sult von guoten recken sîn.“

Dies zeigt deutlich die hilflose Verzweiflung Siegfrieds, der mit dieser Tat überhaupt nicht gerechnet hatte. Dadurch wird Siegfried klar, dass er die ganze Zeit Verrätern und Feiglingen gedient hat. Er kann seine Wut nicht lange zeigen, da er dann durch die Wunden, die Hagen ihm versetzt hat, stirbt.

Nicht weil ich Spaß daran hätte hier die Relikte meiner klassisch humanistischen Bildung auszubreiten, sondern weil wiederum, diesmal an einer deutschen Sage, dem Lied der Nibelungen, die niedrigste und erbärmlichste

aller menschlichen Untugenden, die des Verrats und Meuchelmordes am eigenen Gefolgsmann, über alle Zeiten deutscher Geschichte so klar benannt und gegeißelt wird.

Um auch diese Sage in aller Kürze auf den Punkt zu bringen: Hagen von Tronje, der finstere Gefolgsmann des Burgunderkönigs Gunther, meuchelte hinterrücks Siegfried von Xanten, die Lichtgestalt der germanischen Sagenwelt. Es war ein Auftragsmord. Auftragsgeberin: eine Powerfrau im Bett, die Walküre Brunhild. Gattin des offensichtlich impotenten und schwächlichen Burgunderkönigs. Also musste zwecks Befriedigung der starken Frau der Recke Siegfried erhalten. (Ich denke mal, er bestieg sie ganz ohne Tarnkappe.) Das alles provozierte ein Eifersuchts- und Selbstgefälligkeitsdrama ohnegleichen, an dessen Ende das ganze Volk der Nibelungen in den Untergang gerissen wurde. Welch herrliche, vor allen Dingen auf die gegenwärtige Gefolgschaftssituation in der Union projizierbare Parabel!

Hier die Rollenzuweisung. Im Vergleich zu den erbärmlichen und leicht durchschaubaren Profilierungsversuchen von grauen politischen Randfiguren wie Schavan und Lammert, die in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen werden, ist selbst der einäugige Recke Hagen von Tronje noch eine respektable Gestalt. Denn im letzten Untergangsgefecht der Nibelungen in der Halle des

Hunnenkönigs Etzel, mit dem Kriemhild, um sich an Hagen zu rächen in Zweitehe verheiratet war, stellte er sich mutig, entschlossen und selbstopfernd kämpfend vor seinen König.

Hagen von Tronje war auf einem Auge erblindet. Schavan und Lammert sind es angesichts der inkonstanten, ungewissen und ambivalenten Verhältnisse vor wichtigen Landtagswahlen, in Bezug auf ihr Gefolgschaftsverhältnis zur Union (die CSU gehört ja wohl auch noch dazu), auf beiden. Das war nicht nur politisch instinktlos, sondern die moralische Empörung nimmt beiden so recht niemand ab.

Fangen wir mit der Schavan an. ‚Scheibchenweise‘ entledigte sie sich ihres Kabinettskollegen. Nach den ersten Plagiatsanwürfen noch an der Seite von zu Guttenberg, wohl mehr aus Gefolgschaftstreue gegenüber Freundin und Kanzlerin, dann nach massiven Protesten des Deutschen Hochschulverbandes, der sich über die ‚Marginalisierung schwersten wissenschaftlichen Fehlverhaltens durch höchste Repräsentanten des Staates‘ beschwerte, begann sie sich öffentlichkeitswirksam für die erschwandelte Doktorarbeit zu schämen.

Schavan ist bei genauerer Betrachtung die symbolhafte Salzsäule der Dauerparalyse in unserem gegenwärtigen Schul- und Bildungssystem. Denn nicht der Bund, wie es übrigens 92% der Bevölkerung fordert, sondern 16 Nar-

ren im partikularen Wirrwarr des derzeitigen ‚Bildungstollhauses Bundesrepublik‘, so der Titel des von mir im wissenschaftlichen Fachverlag Cuvillier, Göttingen im September 2010 aufgelegten Erfahrungsreports, haben die politische Lufthoheit über Schule und Bildung. Mit einer Schul- und Bildungspolitik je nach Kassenlage, unterschiedlichsten Bildungsstandards und Schulsystemen wird in dieser Republik eklatant und permanent gegen den in Artikel 3 geforderten Gleichheitsgrundsatz verstoßen, der auch für Schüler und Lehrer gelten sollte. Sie verunstaten und zerstören dabei dauerhaft mehr, als dass sie die Zukunftsfähigkeit unseres Landes gestalten.

Anmerkung: Bei zukünftigen Verhandlungen zum Länderfinanzhaushalt sollten die reicheren Bundesländer, die auch schul- und bildungspolitisch weitaus erfolgreicher unterwegs sind, und die sich jetzt in lobenswerter Weise wenigsten intern zu einheitlichen Bildungsstandards zu verabreden beginnen, wesentlich mehr Druck auch in Richtung einer effizienteren Bildungspolitik auf die ärmeren Schlucker unter den Bundesländern ausüben. Diese profilieren und brüsten sich derzeit mit kostenfreien sozialen Wohltaten, die sie sich von dem Geld der Reichen finanzieren lassen. Allerdings besteht die Gefahr, dass nach dem Machtwechsel in Baden-Württemberg, diese Allianz wieder zerbricht.

Aber zurück zur Bundesbildungsministerin und mehr bildhaftem und vergleichbaren in der Causa Schavan.



Quelle: FAZ.net

Was zeigt uns diese Bildsequenz, aufgenommen in dem Moment, in dem die Bundeskanzlerin Merkel zusammen mit ihrer intimsten politischen Busenfreundin, der Bildungsministerin Schavan, beim Besuch der CeBIT in Hannover auf ihrem Handy die Meldung vom Rücktritt des Verteidigungsministers erfuhrt?

Auch bei nüchternster Betrachtung sehr viel. Ich kann da leider auch nicht den geringsten Anflug von Betroffenheit ausmachen. Und bei aller gebotenen Vorsicht gegenüber übertriebener psychologisch-physiognomischer Hinein-Interpretierbarkeit und Hinein-Deuterei: hier wird alles durch Gebärdensprache in der Winzigkeit einer Zeitaufnahme überdeutlich.

Allzu deutlich die Zufriedenheit und Erleichterung der aus dem Schlamassel und der Zwickmühle eines Polit-skandals endlich befreiten Kanzlerin. Und überdeutlich das zufriedene, selbstgefällige Zurücklehnen der Bildungsministerin.

Merkel wird erst dann wieder vertrauenswürdig und die Christliche Union wählbar, insbesondere für die vielen wertkonservativen Wähler in diesem Land, wenn sie nach den männlichen hochkarätigen Talenten, derer sie sich in der Union inzwischen erfolgreich entledigt hat, nun endlich einmal ein politisches Leichtgewicht und weibliches Pendant, die Bildungsministerin Schavan, in die Wüste schickt, die in ihrem Verhalten gegenüber zu Guttenberg ganz offensichtlich auch noch das hohe C im Logo ihrer Partei vergessen hatte.

Kurz zu der zweiten Größe in der Unionsriege. Bundestagspräsident Lammert hatte in einem Zeitungsinterview die Plagiatsaffäre in der Causa Guttenberg ‚als einen Sargnagel für das Vertrauen in die Demokratie‘ bezeichnet. Bei genauerer Betrachtung ist Lammert eher selbst ein ‚Sargnagel für die Demokratie‘. Übertrieben, maßlos und im höchsten Grade ehrverletzend war sein in Richtung zu Guttenberg gemünzter Anwurf. Bei anstehenden Wahlen könnte das nicht nur zum Rohrkrepierer, sondern auch zum ‚Sargnagel‘ der eigenen Partei werden.



Rückblickend: der Deutsche Bundestag hat in der Vergangenheit schon manch emotional hochgeladene Debatte geführt. Mit brillanten Diskutanten aus allen politischen Lagern, die noch ohne die Zuhilfenahme von Redeschreibern aus dem Stand heraus, klar und verständlich im Duktus, nahezu druckreif, und auch manchmal in der Empathie bis an die Grenze des Ehrwürdigen gehend den politischen Diskurs hart und überzeugend ausfochten.

Aber nie habe wir in der langen Geschichte des Deutschen Bundestages eine erbärmlichere Debatte erlebt als in der Causa Guttenberg, und nie eine kläglichere Figur in der parlamentarischen Regieführung gesehen, als die des Unionschristen Lammert.

Da durften bei genauerem Hinsehen charakterliche Elendsgestalten dieser Republik, die eigentlich schon wegen weitaus größerer Vergehen vor die deutschen Gerichte gehörten, ungestraft ihre verbalen Dreckschleudern, mit unflätigen Geschossen weit unter der Gürtellinie, auf zu Guttenberg richten, ohne dass der Parlamentspräsident eingriff.

Faktenscheck: Wer und was ist Lammert eigentlich? Genauer gesagt und um bei korrekter Anrede zu bleiben, der Parlamentspräsident Professor Dr. Lammert! Wobei ihm der Professorentitel, ganz ohne Habilitation verliehen wurde. Guttenberg hat dagegen zumindest noch

einen gewissen Eigenanteil in seine Doktorarbeit eingebracht.

Lammert besitzt das nach dem Bundespräsidenten aus Geldern von Steuerzahlern, dem Wahlvolk, alimentierte, zweithöchste und zweitbest bezahlte Amt in dieser Republik. Und bezieht darüber hinaus, auch nach seiner Wahl zum Bundestagspräsidenten, derzeit noch 25 000 Euro aus dem Aufsichtsratsmandat im Großkonzern der Ruhrkohle AG (RAG). Das entspricht ungefähr dem Jahreseinkommen eines durchschnittlichen, mittelständischen Haushaltes.

Zwischenruf: Wer macht von den Parteien im Bundestag überhaupt noch überzeugende Mittelstandspolitik? Er und nicht die Großindustrie hält 80% der Arbeitsplätze in dieser Republik vor. Er durfte Pleiten, Pech und Pannen unfähiger Politiker, gieriger Banker, unfähiger Wirtschaftsführer und die übertriebenen Sozialtransfers sogenannter Gutmenschen, die es bei genauerer Betrachtung eigentlich nur gut mit sich selbst meinen, schultern und ausbügeln. Bricht der Mittelstand zusammen, und das geschieht bereits in seinem unteren Segment, dann fliegt uns allen der Laden um die Ohren!

Lammert und alle die, die im Bundestag meinen, ihre ohnehin schon reichlichen Tantiemen noch durch ein zusätzliches hochdotiertes und vom Großkapital ange-tragenes Aufsichtsratsmandat aufbessern zu müssen,

stehen als ‚Volksvertreter‘ nicht nur in einem unaufheb-  
baren Interessenkonflikt, sondern vor allen Dingen unter  
dem Generalverdacht, dass sie dabei sind, auch noch die  
Reste von Demokratie in dieser Republik endgültig in  
eine Filzokratie umzuwandeln.

Wenn Lammert sich in seinem Verhalten und Vorgehen  
dabei auf seine sozialdemokratische Vorgängerin Anke  
Fuchs beruft, macht das die Sache nicht besser. Auch die  
jüngste Klage von sechs Abgeordneten aus den Reihen  
von Unionschristen, SPD und FDP vor dem Bundesver-  
fassungsgericht auf Beibehaltung dieser Vorteilsnahme  
ist nur ein weiteres Indiz für das Beharren auf Klientel-  
Politik, allgemeine Durchstecherei und perfide Anleh-  
nung und Annäherung an das Großkapital quer durch  
alle Parteien.

Weiter in der Bewertung der politischen Qualitäten des  
Herrn Lammert. Er fordert, angeblich im Sinne von mehr  
Transparenz, in Wirklichkeit aber um die unanständige  
Selbstbedienung im Falle der bisherigen Praxis bei der  
Diätenerhöhung besser zu kaschieren und aus der öf-  
fentlichen Diskussion zu nehmen, für die Zukunft eine  
automatische Angleichung vorzunehmen. Und er beklagt  
sich darüber, dass die bisher nicht angepassten Diäten  
der Bundestagsabgeordneten denen der Bundesrichter  
im Land angeblich um 1000 Euro hinterherhinken. Ob-  
wohl der anmaßende Vergleich mit einem höchst quali-

fizierten Berufsstand zu den vielen als Berufspolitiker über Parteikarriere in den Bundestag gelangten Dummschwätzern allein schon die anmaßende Selbsteinschätzung unser derzeitigen Politikerkaste zeigt, entlarvt sich Lammert hier als besonders übler Trickser.

Wo und wann wurden denn jemals die armseligen Renten von Menschen angemessen aufgebessert, die in unserem deutschen Vaterland mit harter Knochenarbeit, die Trümmer des Zweiten Weltkrieges beseitigt und damit die Grundlagen für den Wohlstand dieser Republik geschaffen haben? Nicht nur bescheidene Kriegs- und Hinterbliebenenrenten decken kaum das Existenzminimum. - Sie, die Alten in dieser Republik müssen sich subsummiert unter dem widerlichsten Argument in der politischen Diskussion, dem vom ‚Demographischen Faktor‘, als lästige Altlasten und überflüssige Kostgänger verhöhnern lassen. Und so werden sie denn auch behandelt von Politik und Gesellschaft. Am Ende ihres Lebens, wenn sie zu nichts mehr nutzen, werden sie eingewiesen in die Tristesse von Altersheimen, die teilweise für die Ärmsten unter ihnen Vorhöfen zur Hölle gleichen. Sie waren zeitlebens häufig zu stolz dazu, um am Ende eines langen und verdienstvollen Arbeitslebens, beim Staat anzuklopfen und um Almosen zu bitten.

Andere dagegen, im hausgemachten Prekariat, jugendlich kraftstrotzend, wenn auch häufig blöd in der Birne,

aber nicht so blöd, dass sie sich nicht gekonnt in der Tradition ihrer dauerhaft Sozialhilfe empfangenden Dynastien im Sozialstaat bequem und dickbräsig eingesessen haben, und wieder andere, die im Zuge einer übertriebenen und völlig falschen Einwanderungspolitik massenhaft zu uns herein gewunken wurden, von rotgrünen Ignoranten dazu mit dem Argument von der ‚Zwangsgermanisierung‘ zur Verweigerung der deutschen Sprache animiert wurden, und jetzt ohne Schulabschluss und ohne Aussicht auf berufliche Ausbildung und für eine Leistungsgesellschaft völlig unproduktiv herumhängen, stehen gewaltbereit, dumm und dumpfbackig, an den Sozialkassen unseres Staates Schlange.

Hier zeigt sich überdeutlich neben vielen anderen gesellschaftlichen Perversionen und Dekadenzen, die anwachsende Unkultur in diesem Land. Wirkliche Kulturnationen wissen im Gegensatz zu den gegenwärtigen Deutschen, die weitestgehend einer Unkultur des Jugendwahns aufgesessen sind, neben ihrer eigenen Kultur ihre Alten pfleglich und liebevoll zu behandeln, sie zu ehren und ihre Weisheit zu schätzen!

Ein schärferes und gründlicheres Hinsehen als im Falle des politisch eher unbedeutenden und zu vernachlässigenden Lammert ist erforderlich, um das Gedächtnis vor allen all jener Mittelschichtenbürger aufzufrischen, die

meinen, vor lauter Alternativlosigkeit ihre künftige Wahlheimat bei den „Grünen“ suchen zu müssen.

Und auch auf jene, die sich in jüngerer Zeit mehr als Lieblinge der Bosse und des Großkapitals gerierten und dabei gleichzeitig ihre eigenen Stammwähler, die Arbeiter in diesem Land im Stich ließen, ihnen flächendeckend bei Arbeitslosigkeit Hartz IV, und was besonders perfide ist, in Form von Leiharbeit eine moderne Variante der antiken Skavenhaltergesellschaft verordneten, gilt es näher in den Blick zu nehmen. Und es gilt vor allen Dingen Figuren aus Zeiten ‚Rot-Grüner- Sozietät‘, wieder genauer zu betrachten, um ihre im Vergleich zu der Vita des Freiherren zu Guttenberg wenig vorzeigbaren und teils kriminellen Lebensläufe, wieder in Erinnerung zu bringen.

Aber gemacht, und in der richtigen Reihenfolge. Zuvor wollen wir zunächst unser Augenmerk auf das Heer der Plagiatoren und der Wissenschaftler im Elfenbeinturm richten.

## Von Plagiatoren und vom Doktorwahn

Aus dem Duden:

**Plagiar**, der; -s, -e u. **Plagiarist**, der; -, ...rii (veraltet): *Plagiator*; **Plagiat**, das; -[e]s, -e [frz. plagiat, zu: plagiare = Plagiator < lat. plagiarius = Menschenräuber, zu: plagium = Menschenraub] (bildungsspr.): **a**) *unrechtmäßige Aneignung von Gedanken, Ideen o. Ä. eines anderen auf künstlerischem od. wissenschaftlichem Gebiet u. ihre Veröffentlichung; Diebstahl geistigen Eigentums*: ein P. begehen; jmdn. des -s bezichtigen; **b**) *durch Plagiat (a) entstandenes Werk o. Ä.*: das Buch ist ein P.; **Plagiator**, der; -s, ...oren [lat. plagiator = Menschenräuber] (bildungsspr.): *jmd., der ein Plagiat begeht*; **plagiatorisch** <Adj.> (bildungsspr.): *in der Weise eines Plagiators*; **plagieren** <sw. V.; hat> [spätlat. plagiare = Menschenraub begehen] (bildungsspr.): *ein Plagiat begehen*

Bei Wikipedia findet man in Ergänzung zu Menschenraub auch noch: ‚Raub der Seele‘. Was im Zusammenhang mit der ‚Causa Guttenberg‘ einen erhellenden Zusatz liefert.

Die freie Enzyklopädie unserer Zeit, bei der übrigens beim genauen Hinsehen, auch im wissenschaftlichen Bereich, mit oder ohne Gänsefüßchen hemmungslos abgekupfert wird, liefert uns, nach der Version der Modern Language Association aus den USA die wohl engste Auslegung für den wissenschaftlichen Bereich. Zitat: „Plagiat umfasst unter anderem die Unterlassung von geeigneten Quellenhinweisen bei der Verwendung von Formulierungen oder besonderen Wortwahl eines ande-

ren, der Zusammenfassung der Argumente von anderen oder die Darstellung von Gedanken eines anderen.“

Hat sich jeder, der seine Unterschrift unter den Aufschrei der Wissenschaftler an Schavan gesetzt hat, im Hinblick auf die eigene Doktorarbeit auf diese reinen Kriterien wissenschaftlichen Arbeitens hin zuvor kritisch selbst überprüft? Und ihr Doktoranden in den Startlöchern zu den Karriereposten in dieser Gesellschaft, passt im Hinblick auf den Eigenanteil eurer künftigen wissenschaftlichen Elaborate in Zukunft verdammt gut auf. Hinter vorgehaltener Hand sprechen viele Professoren ohnehin schon längst im genaueren Blick auf die in den Vorlesungssälen vor ihnen sitzenden Studenten von „Plagiatsemestern“.

Was bei den Hausaufgaben der Schüler bei unverfrorener Übernahme aus dem Internet mangels fehlender Beherrschung der Kulturtechniken des Lesens und Schreibens als Täuschung schnell entlarvt werden kann, bedürfte zur Enttarnung ummünzender und abkupfernder Studierender bei ihren schriftlichen Hausarbeiten ganzer Heerscharen von Kontrolleuren.

Vorschlag: Zur Erreichung des Doktorgrades und sonstiger akademischer Graduierungen sollte der schriftlichen Arbeit und dem Rigorosum eine mehrstündige Klausur folgen, bei der der Proband die Kernaussagen seiner



wissenschaftlichen Arbeit auf 10 Blatt Papier konzentriert zum Ausdruck bringen sollte.

Die Mehrzahl akademischer Würdenträger in diesem Land schwieg im Wissen um das von ihnen Geleistete, und weil sie es wohl auch nicht für besonders hilfreich und notwendig erachteten, sich an einem medialen Rummel um den Dokortitel zu beteiligen. Andere hielten sich bedeckt, weil sie vielleicht befürchteten, bei zu weitem Hinauslehnen aus dem Fenster selbst ins Visier der Internetjäger von Deutschlands neuestem Computerspiel: ‚Erledige einen Doktor‘ zu geraten. Und da gibt es jede Menge Beute und weniger edles Wild als im Falle zu Guttenberg.

Natürlich, und das wurde eingangs hinreichend betont, ist wissenschaftliches Plagieren kein Kavaliersdelikt. Und gleichermaßen verwerflich bei Edelmann und Jedermann. Und wer sich in seiner studentischen und beruflichen Laufbahn jemals einem ehrlichen, wissenschaftlichen Exerzitium unterworfen hat, in mühevoller, fleißiger Arbeit über einen langen Zeitraum viel Gehirnschmalz geopfert hat, der muss und darf sich zu recht empören über die allzu Lässigen und Dreisten, die sich bei ihrer Doktorarbeit einen schlanken Fuß gemacht haben. Er wird aber auch bescheiden bleiben, wenn er im Rückblick erkennen muss, dass durch sein Kompendium weder die Wissenschaft noch die reale Welt durch

eine besonders originäre Idee, ein neues Wundermittel oder eine neuartige, bahnbrechende Erfindung bereichert wurde.

Letztere werden übrigens im brutalen Verdrängungswettbewerb der Industrienationen auf dem Wege der Industriespionage hemmungslos geklaut. Und das richtet einen in der Summe erheblich größeren volkswirtschaftlichen Schaden an als die Gesamttonnage an Papier aus Plagiaten oder auch den relativ bedeutungslosen Extrakten von mit korrekten Gänsefüßchen verfassten wissenschaftlichen Arbeiten.

Zuerst Japan, jetzt China haben uns unter Umgehung internationalen Patentrechts und mit Hilfe größtmöglicher Industriespionage im Ranking der führenden Industrienationen verdrängt. Und im Falle des Transrapid brauchte gar nicht erst ausspioniert zu werden. Die Blaupausen waren für die Chinesen Beigabe. Womit wertvollstes, höchst innovatives deutsches Ingenieurwissen, mangels der Unfähigkeit zur Umsetzung im eigenen Land wie Billigware verschleudert wurde. Wie viel neue Arbeitsplätze hätten hier geschaffen werden können?

Kurz zu den Plagiatoren der schreibenden Zunft. Nehmen wir als besonders dreistes Beispiel die junge Autorin Helene Hegemann. Kurzfristig zur Ikone der modernen deutschen Gegenwartsliteratur hochstilisiert, hatte

sie, wie sich dann herausstellte, in ihrem Erstlingswerk ‚Axolotl Roadkill‘ schlichtweg alles zusammen geklaut. Nachdem ihre Inspirationen, die sich bei genauerem Hinsehen als ein geschickt zusammengeschriebenes, aber vollständiges Plagiat entlarvten und damit auch die Kaste geschwollen daher kommender Kritikaster im gegenwärtigen Literaturbetrieb blamierte, propagierte Helene Hegemann kurzum das Plagiiere als eigene Kunstform. Ist der Diebstahl literarischen Eigentums nur ein belangloses nicht zu ahndendes Kavaliersdelikt, der im Wissenschaftsbetrieb dagegen ein Sakrileg?

Deshalb zurück zu den Plagiatoren und Doktoren im Elfenbeinturm der Wissenschaften in dieser Republik. Die Bundeskanzlerin machte für die überwiegende Mehrheit im Land einen durchaus nachvollziehbaren Unterschied zwischen den akademischen Ambitionen und dem großen politischen Talent des Freiherrn zu Guttenberg. Abgesehen davon, dass in der öffentlichen Wahrnehmung der Mehrzahl der Bundesbürger weder Adels- noch Dokortitel eine besonders große Rolle spielen. Was allein zählt, sind nachweisbare und erkennbare Leistungen. Dass man sich zwecks Aufbesserung der eigenen Reputation den Dokortitel in dieser Republik inzwischen schlichtweg kaufen kann, oder sich ehrenhalber verleihen lassen kann, wenn die geistige Kapazität dazu nicht reicht, dazu ein eher lustiges, episodenhaftes und ein eher übles Beispiel aus der Gegenwart.

Zunächst das Beispiel aus dem überschaubaren regionalen Umfeld, das im Rückblick auf die ‚Eulenspiegelerei‘ einer politischen Provinzgröße bei mir eher Schmunzeln hervorruft. Es ging in diesem Fall um die Wahl des zukünftigen Samtgemeindedirektors. Eines Postens, der im Vergleich zu vergleichsweise bescheidenen Bezügen von Staatsbeamten meiner Kategorie, im Zuge der kommunalen Selbstbeförderung eher überdotiert ist.

Dieser übrigens von mir wegen seines großen ehrenamtlichen Engagements nach wie vor geschätzte Politiker aus der Provinz, Mitglied der SPD, mit einer durchaus vorzeigbaren beruflichen Vita, kaufte sich seinen Dokortitel zwecks Aufbesserung seiner Chancen im politischen Wettbewerb ganz einfach an einer Tankstelle. Besser gesagt, die verschwörerische Übergabe von Doktorarbeit samt Titel erfolgte an einer solchen. Gemeinerweise sparte sich auch hier der politische Gegner die Enthüllung dieses eher unterhaltsamen Scherzos bis kurz vor den Wahlen auf. Die Parteigenossen hielten ihren Kandidaten noch eine peinliche Zeit im Rennen. Entfernten und entsorgten ihn dann ‚scheibchenweise‘, das heißt sie überpinselten zunächst den Doktor auf den Wahlplakaten und rollten diese am Ende resigniert ganz ein. Nach kurzem, übrigens parteiübergreifendem und für eine kurze Zeit auch überregionalem Lachgebrüll, sind in der Region alle, samt des kurzfristig düpierten und bla-

mierten Genossen, wieder in der Realität und Normalität angekommen.

Nun zu einem weitaus übleren und widerlichen Gegenstück, das bei genauerem Hinsehen des kritischen Betrachters den Verdacht auf hemmungslose und parteiübergreifende Durchstecherei in dieser Republik bestätigt. Was im mehr als dubiosen Beziehungsdreieck von Wulff-Schröder-Maschmeyer, der sogenannten Hannover-Connection, so alles gelaufen ist, könnte sich noch zu einem großen Politskandal auswachsen und bedarf dringender Aufklärung.

Gibt man bei Google nur den Vornamen Carsten ein: sofort springt Maschmeyer aus der Kiste und in seinem Gefolge gleich mit, die ‚Übergrößen‘ aus der Glamourwelt von Gesellschaft und Politik. Grund genug, sich diesen dubiosen ‚Moneymaker‘ und seine prominente Gefolgschaft näher anzusehen. Maschmeyer hat vielen kleinen und mittleren Anlegern sowohl in Deutschland als auch in Österreich mit Hilfe seiner ‚Klinkenputzer‘ und ‚Drückerkolonnen‘ höchst riskante und spekulative Anlagen offeriert und damit in den finanziellen Ruin getrieben. Seine höchst umstrittenen Verkaufs- und Finanzgebaren werden jetzt nach und nach enthüllt.

Den entscheidende Anstoß gab eine gründliche Recherche der NDR- Fernsehredaktion Panorama. Die Nachforschungen ergaben, dass etwa 34 000 ehemalige AWD-

Kunden mit geschlossenen Immobilienfonds der Capital Konsult aus Stuttgart um einen großen Teil ihres Vermögens geprellt oder finanziell ruiniert wurden. Die Magazine stern und Finanztest haben inzwischen nachrecherchiert. Und die Süddeutsche schreibt: „Es steht der Vorwurf im Raum, dass nur einer reich wurde: Carsten Maschmeyer.“ – Dass er dabei relativ kleinere Brocken aus seinem gewaltigen Vermögen, publikums- und werbewirksam wie etwa in der Sendung: ‚Ein Herz für Kinder‘ wieder zurückgab, ändert nichts daran, dass er denen, die ihren Lebensabend durch private Vorsorge absichern wollten kalten Herzens trübe Aussichten beschert hat.

Nun ist Maschmeyer nicht der einzige aus dem Bereich privater Versicherungsanbieter, die gezockt und ihre Anleger gnadenlos über den Tisch gezogen haben. Und der vielzitierte Spruch von Nobert Blüm abgewandelt in: „Die staatliche Rente ist sicherer!“, ist rückblickend wohl die bessere Variante. Denn die hat sich seit Bismarck durch alle Zeiten für das Gros der Menschen besser bewährt, als alle Geldanlagen in den Händen dubioser, privater Versicherer und Finanzhaie.

Nun war Bismarck im Vergleich zu dem derzeit letzten deutschen Kanzler der Sozialdemokraten auch ein ganz anderes Kaliber. Schröder hat sich von Maschmeyer nicht nur finanziell derart pampern lassen, dass durch

seinen noblen Anzug von Brioni (auch schon von Maschmeyer bezahlt?) jetzt ein höchst unangenehmes Düftchen dringt. Und dieser feine Zwirn könnte inzwischen mit mehr Schmutz behaftet sein, als der vergleichsweise Feinstaub, der sich vorübergehend auf das Revers des Freiherren zu Guttenberg gelegt hat.

Sind alle, die bei dem von Maschmeyer zugunsten von Schröder mit Geld gesponserten Wahlkampf zum Bundeskanzler, oder bei der Million Euro, mit der Maschmeyer sich die Vorkaufsrechte von Schröders Biographie (wahrscheinlich in großen Teilen von einem Ghostwriter geschrieben) sicherte, insgesamt alles nur arge Schelme, die sich Böses dabei denken? Und sind auch die, die in Schröder, bei angemessener kritischer Distanz, in dessen kumpelhafter Anlehnung an seinen derzeitigen, wenn auch nicht direkten Geld- und Arbeitgeber, dem neuen Russenzaren Putin, dem er bescheinigt ein ‚lupenreiner Demokrat‘ zu sein, nur das Bündnis von Vertretern des Großkapitals wittern, zu den unbedarften Ahnungslosen zu zählen?

Alles Fragen, bei denen der potentielle Wähler demnächst wohl Gelegenheit bekommt, sie an Schröder direkt zu richten. Der hat schon hinausposaunt, dass er seinen in Bedrängnis geratenen Genossen bei zukünftigen Wahlkämpfen wieder an die Seite, oder wohl doch eher in dieselbe treten will. Schröder wäre dann wohl

das beste Zugpferd im Stall von CDU und FDP. Bisher hat Schröder sich in der Causa Maschmeyer bedeckt gehalten. Hat den braven Fliesenleger, seinen ehemaligen Arbeitsminister Riester ins Feuer geschickt, der immerhin zu einem kurzen öffentlichen Statement bereit war. Der ansonsten so nassforsche Schröder hat sich dagegen bisher in die Büsche geschlagen und hält sich äußerst bedeckt.

Gehen wir kurz einer anderen Geschichte in der Hannover-Connection nach. Als erste Kanzlergattin dieser Republik bezog Doris Schröder-Köpf ihr eigenes Büro im Berliner Machtzentrum. Und manche Anbahnung ins Kanzleramt lief damals schon über des Kanzlers Gattin.

Nach dem Abgang von der politischen Bühne münzte Schröder wie kein Bundeskanzler zuvor das Amt in Bares um. Außer zu Spezi Maschmeyer und Putin unterhält Schröder auch u. a. gute Kontakte zu Karstadt Investor Nicolas Berggruen. So ist Schröder Mitglied im Rat des New Yorker Berggruen Institutes. Auf Grund dieser besonderen Beziehungen wurde nun Doris Schröder-Köpf in den Aufsichtsrat von Karstadt gehievt. Auf die Frage über welche Erfahrungen und Kompetenzen die Exkanzler-Gattin denn verfüge wurde schwammig darauf verwiesen: „sie könne dem Unternehmen zusätzlich wichtige Perspektiven geben!“ Schröder, der Kanzler mit der erbärmlichsten Hinterlassenschaft eines deutschen



Bundeskanzlers, zu der u.a. neben enormer Neuverschuldung, auf dem Sektor Arbeit mit der Einführung von Leiharbeit, eine Form modernen Sklavenhaltertums, und ein Heer von Arbeitslosen gehört, war in eigener Sache, was meint Job- und Wohlstandsvermehrung auf Grund entsprechender Connection äußert erfolgreich unterwegs. Und selbstverständlich, wenn auch ohne jegliche Qualifikation, profitiert Gattin Schröder-Köpf davon.

Doch nun zur Doktorfrage. Welche Rolle spielte und spielt eigentlich unser aller, allerdings von uns, dem Volk, nicht gewählte derzeitige Bundespräsident in der unsäglichen Hannover-Connection? Bei Wahlkämpfen in Niedersachsen haben er und Schröder sich jahrelang wie die Kesselflicker gefetzt. Wulff machte dabei schon einmal den einen oder anderen Seitenhieb auf dessen Vielweiberei. Inzwischen ist er selbst in der Realität der gesellschaftsrelevanten, für das Grundgefüge des Staates verheerenden Scheidungsrate angekommen, und ist wie Schröder in Maschmeyers pompöser Residenz auf Mallorca höchst willkommener Gast.

Worüber wird dort eigentlich geredet oder besser gesagt konspiriert? Alles nur belangloser Smalltalk, alles nur ein entspanntes Beisammensein bei bestem Rotwein?

Es besteht bei den politischen und gesellschaftlichen Eliten dieses Landes ganz offensichtlich häufig ein großer

Dissens zwischen Schein und Sein. Was uns über Glanzbroschüren oder telegene Auftritte an Strahlkraft suggeriert wird, entlarvt sich bei näherem Hinsehen als geschickte Vermarktung, als pompöse Verpackung ohne Inhalt. Und kann wie folgt reduziert werden:

Poetisch: **„Popularität ist die Summe aller Missverständnisse, die sich um eine Person ranken!“** (Rainer Maria Rilke)

Politisch: **„Die wachsende Macht der Medien über die Politik, des Verkaufens über das Erarbeiten, des Scheinens über das Sein, der Inszenierung über die Aktion, machen Deformation immer wahrscheinlicher, Reifung immer erstaunlicher.“** (Erhard Eppler, verdienter Altvorderer der SPD)

Wulff hat sich im Zusammenhang von Schein und Sein des Dokortitels in besonderer Weise geoutet. Verliehen wird der Dokortitel auch ehrenhalber. Der Dr. h. c. (honoris causa), ist gebräuchlich und wird verliehen von Hochschulen und Universitäten an herausragende, verdienstvolle oder auch besonders betuchte Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Der Verdacht mit dem dieser Titel eh schon in dem Geruch von Käuflichkeit und guten Beziehungen steht, wird im Fall Wulff-Maschmeyer besonders eklatant.

Eine der mir räumlich nächsten Universitäten, und wie ich bei Recherchen zu einer Biographie von Kaiser Barbarossas Reichskanzler, Rainald von Dassel, in Erfahrung bringen konnte: „der angesehensten im sächsischen Raum“, die Universität Hildesheim, kürte jüngst Maschmeyer nach zuvor erfolgter Geldübergabe zum Ehrendoktor. - Das aber eigentlich Peinliche oder vielleicht eher Enthüllende dabei war: Wulff hielt die Laudatio!

Auch eine lohnenswerte Aufgabe für die ‚Internetjäger‘ der Moderne, in Bezug auf diesen Titel einmal gründlich zwecks Unterscheidung von ehrenhaft und unehrenhaft zu fahnden. Die naive Frage sei nachgereicht: kann dieser, mit dem Geld geprellter Anleger erkaufte Titel auch wieder aberkannt werden? Wenn nicht, dann sollte er mit dem Rest zivilen Anstandes möglichst schnell zurückgegeben werden.

Wenden wir uns nun voller Abscheu von der Hannover-Connection ab, um wieder mit dem gebührenden Respekt vor den Wissenschaften aber auch im Bemühen um kritische Relativierung des ‚Doktorwahns‘ in dieser Republik ein wenig mehr Klarheit und Ordnung hinein zu bringen, und verschaffen wir uns dabei zunächst einmal eine Übersicht im Wirrwarr der deutschen Dokortitel. Würde man denen die auch von Deutschen im Ausland zu erwerbenden Titel mit unterschiedlichsten Anforder-

rungen hinzufügen, es gibt kein internationales Promotionsrecht, geschweige denn weltweite Standards, dann wird das Durcheinander in der Doktorfrage zum Chaos.

Und wenn Ansehen und Verdienst an vielfach und unter unterschiedlichsten Anforderungen erworbenen Dokortiteln festgemacht werden und weniger an solider, handwerklicher oder sonstiger Arbeit, haben wir mit der Überhöhung des Dokortitels ohnehin ein gesellschaftliches Problem.

Wer unbedingt Wert auf einen zwischenzeitlichen akademischen Titel legt, der mache seinen nächsten Urlaub in Österreich. Dort wird der Förster zum Ingenieur, jeder Lehrer zum Herrn Professor. Doch nun zur versprochenen Übersicht der deutschen Dokortitel. Und der geneigte Leser verschaffe sich bitte selbst einen Überblick im Dokortordschungel!

Ein Teil der unten aufgeführten Doktorgrade wird nicht mehr verliehen, manche konnten in der DDR erworben werden, die Vielfalt der unterschiedlichen Doktorgrade existiert nur in Deutschland bzw. im deutschsprachigen Raum. Die mit Abstand üblichsten deutschen Doktorgrade sind der *Dr. med.*, der *Dr. med. dent.*, der *Dr. med. vet.*, der *Dr. rer. nat.*, der *Dr. phil.*, der *Dr. iur.*, der *Dr. oec.*, der *Dr. rer. pol.*, der *Dr.-Ing.* und der *Dr. theol.* So wird z. B. einem Mathematiker nach der Promotion normalerweise der *Dr. rer. nat.* verliehen, nicht der unübliche *Dr. math.*

- *Dr. agr.* (agronomiae): Doktor der Agrarwissenschaften
- *Dr. biol. hum.* (biologiae humanum): Doktor der Humanbiologie
- *Dr. cult.* (culturae): Doktor der Kulturwissenschaften (vor dem Zweiten Weltkrieg nur von der TH Dresden verliehen)
- *Dr. diac.* (diakonologiae): Doktor der Diakoniewissenschaften
- *Dr. disc. pol.* (disciplinarum politicarum): Doktor der Sozialwissenschaften (Politikwissenschaften)
- *Dr.-Ing.* (Doktor-Ingenieur): Doktor der Ingenieurwissenschaften (Einführung 1899 an den Technischen Hochschulen Deutschlands. Wegen des Widerstandes der damaligen klassischen Universitäten gilt für den Titel die deutsche Schreibweise mit Bindestrich, nicht die lateinische)
- *Dr. iur.* (iuris): Doktor der Rechtswissenschaften (auch: *jur.* für *juris*)
- *Dr. iur. utr.* (iuris utriusque): Doktor „beiderlei Rechte“, also des weltlichen und des kirchlichen Rechts (auch: *j. u.*; *jur. utr.*, s. o.)
- *Dr. iur. can.* (iuris canonici): Doktor der kanonischen Rechtswissenschaften (d. h.: des römisch-katholischen Kirchenrechts)
- *Dr. iur. et rer. pol.* (iuris et rerum politicarum): Doktor der Rechts- und Staatswissenschaften
- *Dr. math.* (mathematicae): Doktor der Mathematik
- *Dr. med.* (medicinae): Doktor der Medizin
- *Dr. med. dent.* (medicinae dentariae): Doktor der Zahnmedizin
- *Dr. med. vet.* (medicinae veterinariae): Doktor der Tiermedizin
- *Dr. mus.* (scientiae musicae): Doktor der Musikwissenschaft (spezifischer Doktorgrad der Hochschule für Musik und Theater Hamburg)
- *Dr. nat. med.*: Doktor der naturwissenschaftlichen Medizin
- *Dr. nat. techn.* (naturalium technicarum): Doktor der Bodenkultur
- *Dr. oec.* (oeconomiae): Doktor der Wirtschafts-/Verwaltungswissenschaften
- *Dr. oec. publ.* (oeconomiae publicae): Doktor der Staatswissenschaften/Wirtschaftswissenschaften
- *Dr. oec. troph.* (oecotrophologiae): Doktor der Ernährungswissenschaften/Haushaltswissenschaft
- *Dr. paed.* (paedagogiae): Doktor der Erziehungswissenschaften
- *Dr. pharm.* (pharmaciae): Doktor der Pharmazie

- *Dr. phil.* (philosophiae): Doktor der Philosophie, umfasst die ganze Breite der alten Philosophischen Fakultäten, insbesondere alle Philologien, aber auch Geschichtswissenschaft, Kulturwissenschaften, Pädagogik, Politikwissenschaft, Psychologie, Soziologie, zuweilen auch noch Mathematik, Naturwissenschaften, Theologie und Wirtschaftswissenschaften
- *Dr. phil. in art.* (philosophiae in artibus): Doktor der Philosophie in den Künsten (künstlerisch-wissenschaftlich) (nur Hochschule für bildende Künste Hamburg)
- *Dr. phil. nat.* (philosophiae naturalis): Doktor der Naturwissenschaften, wie er an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main anstelle des Dr. rer. nat. verliehen wird.
- *Dr. PH* (public health): Doktor der Gesundheitswissenschaften
- *Dr. rer. agr.* (rerum agriculturalium): Doktor der Landwirtschaftswissenschaften bzw. Landwirtschaft und Bodenkultur
- *Dr. rer. biol. vet.* (rerum biologiae veterinariae): Doktor der Veterinärbiologie
- *Dr. rer. biol. hum.* (rerum biologiae humanae): Doktor der Humanbiologie
- *Dr. rer. cult.* (rerum culturalium): Doktor der Kulturwissenschaften
- *Dr. rer. cur.* (rerum curae): Doktor der Pflegewissenschaften
- *Dr. rer. forest.* (rerum forestalium): Doktor der Forstwissenschaften (auch ohne *rer.*)
- *Dr. rer. hort.* (rerum horticulturalium) Doktor der Gartenbauwissenschaften
- *Dr. rer. medic.* bzw. *Dr. rer. med.* (rerum medicinalium): Doktor der Medizinwissenschaften
- *Dr. rer. merc.* (rerum mercantium): Doktor der Handelswissenschaften
- *Dr. rer. mont.* (rerum montanarum): Doktor der Bergbauwissenschaften
- *Dr. rer. nat.* (rerum naturalium): Doktor der Naturwissenschaften, oft auch der Mathematik, Informatik und Psychologie
- *Dr. rer. oec.* (rerum oeconomicarum): Doktor der Wirtschaftswissenschaften
- *Dr. rer. pol.* (rerum politicarum): Doktor der Staats- und Wirtschaftswissenschaften
- *Dr. rer. physiol.* (rerum physiologicarum): Doktor der Humanbiologie bzw. Biomedizin
- *Dr. rer. publ.* (rerum publicarum): Doktor der Verwaltungswissenschaften
- *Dr. rer. rel.* (rerum religionum): Doktor der Religionskunde (nur Theologische Fakultät der Universität Rostock seit 2009)
- *Dr. rer. sec.* (rerum securitatis): Doktor der Sicherheitswissenschaften (nur Fachbereich D der Bergischen Universität Wuppertal)
- *Dr. rer. silv.* (rerum silvestrium bzw. rerum silvaticarum): Doktor der Forstwissenschaften
- *Dr. rer. soc.* (rerum socialium): Doktor der Sozialwissenschaften
- *Dr. rer. tech.* (rerum technicarum): Doktor der Technischen Wissenschaften
- *Dr. sc. agr.* (scientiarum agrariarum): Doktor der Agrarwissenschaften
- *Dr. sc. hum.* (scientiarum humanarum): Doktor der Humanbiologie : Doktor der Theoretischen Medizin bzw. Doktor der Medizinwissenschaften : Doktor der Gesundheitswissenschaften
- *Dr. sc. mus.* (scientiae musicae): Doktor der Musikwissenschaften
- *Dr. sc. oec.* (scientiarum oeconomicarum): Doktor der Wirtschaftswissenschaften
- *Dr. sc. pol.* (scientiarum politicarum): Doktor der Staatswissenschaften
- *Dr. sc. soc.* (scientiae socialis): Doktor der Sozialwissenschaften
- *Dr. Sportwiss.* : Doktor der Sportwissenschaften
- *Dr. theol.* (theologiae): Doktor der Theologie, früher häufig nur *D.*
- *Dr. troph.* (throphologiae): Doktor der Ernährungswissenschaft

### Sonstige Doktorgrade

- *Dr. mult.* (multiplex): abkürzend bei einer Person mit mehreren Doktorgraden; meist nur bei Trägern mehrerer Ehrendoktorgrade üblich
- *Dr. h. c. mult.* , multipler Ehrendoktor
- *Dr. habil.* (habilitatus): Doktor mit Lehrberechtigung (Habilitation)
- *Dr. des.* (designatus): Doktorgrad, der nach einigen Promotionsordnungen zwischen dem Ende des Promotionsverfahrens und der Veröffentlichung der Dissertation oder zwischen Veröffentlichung der Dissertation und Aushändigung der Promotionsurkunde geführt werden kann

- *DDr.* (Dr. theol. et Dr.): eine Person mit einem theologischen (Ehrendoktorgrad) und einem weiteren Doktorgrad

#### **Ehrendoktorwürde**

- *Dr. h. c.* (honoris causa): Ehrendoktor („der Ehre halber“)
- *Dr. e. h.* (ehrenhalber): Ehrendoktor, auch: *eh.* oder *E. h.*
- *D.* (ehrenhalber): Ehrendoktor der ev. Theologie

Die Ehrendoktorwürde kann von einer Hochschule mit Promotionsrecht verliehen werden. Dies erfolgt ohne Dissertation. Die Ehrendoktorwürde ist kein akademischer Grad.

#### **DDR**

- *Aus der DDR übernommen*: oben mit einer Raute (#) markiert
- *Dr. rer. comm.* (rerum commercialium): Doktor der Handelswissenschaften
- *Dr. rer. mil.* (rerum militarium): Doktor der Militärwissenschaften
- *Dr. sc.* (scientiae ...): Doktor der Wissenschaften (in Kombination mit der jeweiligen Fakultät, bspw. *Dr. sc. jur.*) - als so genannte Promotion B vergleichbar mit der Habilitation in Westdeutschland

Bei der verbreitetsten Spezies unter den Doktoren, den Ärzten, wird der Titel häufig gleich mit auf die Gattin übertragen. Und auch die im Vergleich nicht weniger tüchtigen, nichtpromovierten Ärzte unter ihnen werden von ihren Patienten aus Tradition mit dem Dokortitel angedredet.

Was den Wert oder Unwert einer Doktorarbeit ausmacht, darüber ließe sich lange und trefflich streiten. Ganz sicher könnte man getrost all jene Doktorarbeiten in den Reißwolf geben, die zu Themen zur sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftspolitik in der DDR mit Ergebnisadresse an die Diktatur des Proletariats verfasst wurden. Allerdings gilt gleiches für akademische ‚Pseudoklassenkämpfer‘ westlicher Prägung aus der Bewegung der 68-er, die sich als Doktoranden an ähnlich

substantiellem Schwachsinn in sozialistisch infiltrierten soziologischen Verblödungsseminaren versuchten.

Kehren wir auf die politische Bühne zurück. Einer, der mit als erster und besonders dummdreist den Rücktritt von Guttenberg forderte, war der Politclown der Linken, Gysi. Bis heute ist sein Verhältnis zur STASI nicht endgültig geklärt.

In seiner ‚Doktorarbeit‘, die er an der ehemals ehrwürdigen Humboldt-Universität verfasste und 1975 veröffentlichte, griff er scharf das Rechtssystem der Bundesrepublik an. Es sei „ein Ausdruck der Schwäche des Imperialismus, der sich immer weniger Demokratie erlauben kann und zu immer verschleierteren Methoden greifen muss.“ Mit dem Begriff ‚Imperialismus‘ belegte Gysi die Bundesrepublik. Die damalige DKP bezeichnete er als ‚einzige demokratische Kraft im Parteiengefüge der BRD‘.

In seinem Pamphlet unterstellte er der deutschen Rechtsprechung, dass sie die Interessen der ‚Monopolbourgeoisie‘ durchsetze. Die westdeutschen Richter bezeichnete er als reaktionär und leicht manipulierbar. Der Deutsche Bundestag biete das Schauspiel einer Scheindemokratie.

Angesichts solcher Billigprodukte in Sachen Doktorarbeiten, müssten zum Beispiel andere Akademiker, die sich



mit ihren Examensarbeiten in früheren Jahren größtenteils hohen wissenschaftlichen Standards unterziehen mussten, und die auf ihren speziellen Fachgebieten häufig mehr Verwert- und Brauchbares abgeliefert haben, als heute teilweise in mancher Doktorarbeit zusammen- und abgeschrieben wird, ohnehin in einer Sammelklage an den Petitions- oder Rechtsausschuss des Bundestages (oder wer auch immer dafür zuständig ist) wenden, um entsprechend nachgraduiert zu werden.

Wohlgemerkt und nochmals: nichts aber auch gar nichts entschuldigt geistigen Diebstahl gleich welcher Art. Und er ist beileibe kein Kavaliersdelikt. Um aber auf die Causa Guttenberg abzuheben, niemand darf in seiner Gesamtpersönlichkeit auf eine korrekt verfasste oder mit Plagiaten versehene Doktorarbeit reduziert werden!

Über welche Professionalität verfügen eigentlich Dozenten und Professoren - bei dem ‚summa cum laude‘ von zu Guttenberg an der Uni Bayreuth waren es gleich drei Beurteilende - wenn sie dergleichen Plagiaten aufsitzen? Und wie viele Dokortitel weniger Prominenter müssten bei genauerem Hinsehen aberkannt werden? Die Fälle von Bestechung, Ghostwriting und Titelmissbrauch würden gar ein eigenes Kapitel füllen. - Werden hier nicht auch allzu leichtfertig Professorentitel vergeben, und wie und von wem werden eigentlich Habilitationen auf ihren Eigenanteil hin untersucht?

Die Causa Guttenberg ist längst kein spektakulärer Einzelfall mehr. Mit den Europapolitikern Koch-Mehrin, Chatzimarkakis sowie der Stöber Tochter Veronica Saß haben die Internetjäger weitere prominente Opfer zur Strecke gebracht.

Inzwischen warnt Professor Stürmer, vormals Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Erlangen-Nürnberg, vor ‚inquisitorischem Vorgehen und einem Fußnotenterror in der Doktorfrage und hält viele Plagiatsvorwürfe für überzogen. Er outet Zitierkartelle unter erwachsenen Professoren mit wissenschaftlichem Imponiergehabe, wo vor lauter Fußnoten jeder ernsthaft neue Gedanke verloren geht.‘

„Nihil novi sub sole!“, so steht es bereits in der antiken Vulgata und relativiert damit das wissenschaftliche Konglomerat vieler Dissertationen. International erweckt die deutsche Doktor-Manie ohnehin ein mitleidiges Lächeln. Stürmer rät all denen, die keine Hochschullehrer werden wollen, dreimal nachzudenken, kostbare Lebenszeit in zwei Buchstaben zu investieren.

## Von Homo Novi und Nobiles

Der homo novus war als Aufsteiger ein besonderer Typus im politischen Gefüge der römischen Republik. Gemeint war damit im antiken Rom ein Emporkömmling, der als erster aus seiner Familie ein wichtiges Staatsamt bekleidete. Nach Möglichkeit sollte es ein Konsulat sein. In der Mehrzahl erfolgte dieser Aufstieg über nichtadlige, reich gewordene Ritter aus der Volksversammlung der Plebejer. Wobei der ‚ordo equester‘, also der römische Ritterstand, in keiner Weise vergleichbar ist mit dem mittelalterlichen Ritterstand.

In der Blütezeit der ‚res publica‘ war ein solcher Aufstieg eher selten. Zu sehr bestand ein ‚De facto-Monopol‘ bei den Senatorenfamilien, die alle insgesamt einer Minorität der nobilitas angehörten. Erst in der Spätzeit der Republik und in der folgenden Kaiserzeit kamen die ‚homo novi‘ verstärkt zum Zuge.

Der Begriff war im antiken Rom immer abwertend belegt. Zu sehr bestimmte das Zweischichtenmodell aus Senatoren und Plebejern das politische Geschehen, bei dem in Glanzzeiten der Republik der Senatorenstand die Geschicke des Staates bestimmte.

Der augenblickliche Fahrhändler der deutschen Außenpolitik, Guido Westerwelle, gebrauchte gemünzt auf Zustände in unserer Republik den bildhaften Vergleich

von spätrömischer Dekadenz. Und trotz allem Auf- und Wehgeschrei: der Mann hatte ausnahmsweise einmal recht.

Wie die unterprivilegierten Schichten Roms mit ‚panem et circensis‘ im Zaum gehalten wurden, verteilt unser überbordender Sozialstaat Wohltaten nach dem Gießkannenprinzip. Getragen und bezahlt werden die staatlichen Sozialtransfers vom Mittelstand, der als tragende Säule dieser Gesellschaft allmählich daran zugrunde geht. Wir nähern uns ähnlich wie im alten Rom damit kontinuierlich einer Zweischichtengesellschaft: bestehend aus den Superreichen und den arm gewordenen aus der Mittelschicht inklusive der staatlich Alimentierten.

Was sich jetzt schon mit einem bildungsresistenten Prekariat, mit einer steigenden Zahl von Analphabeten (derzeit sind es bereits 10% der Gesamtbevölkerung) und einem wohl gleichen Anteil herum chattender und mailender, der Muttersprache kaum mächtiger Halbidioten in dieser Republik versammelt hat, was an radebrechenden Migranten auf unseren Straßen herum flaniert, was sich darüber hinaus im asozialen, privaten Fernsehen mit Dauer pornos und Geschmacksverirrungen jeglicher Art berieseln lässt, muss bei dem kritischen wertkonservativen Beobachter zu dem verkürzten Urteil führen, dass aus der vormaligen Kulturnation Deutschland,

zunehmend ein Sprachenbabylon und ein Volk von Rammlern und Stammlern geworden ist.

Aber zurück aus Antike und Polemik zu mehr Sachlichkeit. Das Phänomen des gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Niederganges und Werteverfalls in dieser Republik lässt sich vor allen Dingen unter einem soziologischen Aspekt erklären. Es geht, wie ich es bereits in meinem Report: ‚Bildungstollhaus Bundesrepublik‘ für die Bildungskrise in diesem Land formuliert habe: **„um einen tiefgreifenden Wandel in Politik und Gesellschaft und einen sich darin widerspiegelnden negativen Prozess wechselseitiger Durchdringung und Beeinflussung von Regierenden und Regierten.“**

Und ‚pars pro toto‘ lässt sich eine Zäsur für diesen Wandel festmachen. Keine Bewegung in Nachkriegsdeutschland gerierte sich in vergleichbarem Politwahn, verursachte blutigeren Terror und Gewalt, hat mehr Bindungs- und Prinzipienlosigkeit in die bundesrepublikanische Gesellschaft transportiert, als die der ‚68-er‘ und ihr Gefolge. Was aus dieser ursprünglich studentischen Bewegung mit anfänglich durchaus diskutierbaren Zielen dann in der Folge wurde, hat die Fundamente dieses Staates irreparabel beschädigt.

Denn in der Summe gelangte ein ‚akademisches Proletariat‘, dessen Qualität weniger aus im Studium erworbenem Faktenwissen und Können bestand, sondern dem

außerhalb von Hörsälen und Seminaren in Endlos-Debatten erworbenem Herumschwadronieren und Diskutieren, in Führungspositionen in Staat und Gesellschaft.

Der Aufstieg der römischen Plebejer vollzog sich wenigstens aus dem Stand der ‚ordo equester‘, was eine gewisse Filterwirkung hatte, unsere aus dem akademischen Proletariat in Politik und Gesellschaft aufgestiegenen ‚homo novi‘ sind vielfach nur Proleten pur.

Wenden wir uns daher mit Fischer und Trittin zwei Vertretern ‚der politischen Avantgarde‘ aus den Zeiten der ‚68-er‘ zu, die es zu höchsten Staatsämtern in dieser Republik gebracht haben. Deren Vita aber in Teilen kriminelle Energien und Menschenverachtung erkennen lässt, und deren politische Leistungen, trotz allem verbalen Gedöns, sich auf wenig verwert- und vorzeigbares reduzieren lassen. In wesentlichen Teilen waren sie für Staat und Gesellschaft eher kontraproduktiv.

Sinngemäß sagte Oskar Lafontaine einst, als er sich noch mit seinem Genossen Gerhard Schröder in trauter Zweisamkeit befand, sie seien wie Zwillinge, kein Blatt Papier passe zwischen sie! Das war, wie sich bald zeigte, für den Papierkorb, und der Wandel von inniger Freundschaft zu intimer Feindschaft war bei diesen ‚Politegomanen‘ ohnehin vorhersehbar.

Ganz anders verhält es sich mit den beiden grünen Gesinnungsgenossen, die zwar weniger Freundschaft, als vielmehr eine penetrante Verachtung alles Wertkonservativen, Bürgerlichen und Deutschen in unserem Vaterland verbindet. Deren Vita davon beredtes Zeugnis ablegt und die Kunde davon gibt, dass es sich bei diesen beiden um eine postmoderne allerdings wenig ruhmreiche Variante jenes antiken Zwillingspärchens Castor und Pollux handelt.

Beginnen wir mit Fischer und mit einer kleinen Episode, die diesen herumquarzenden grünen Wendehals, den die Gazetten gleich Schröder zeitweise schon als politisches Alphetier handelten, als das entlarvt, was er von Anfang an war und im Kern seines Wesens geblieben ist: ein kleiner homo novus und ein großer Wichtigtuer!

Nun zur Episode. Um die eigene Unbedeutsamkeit zu zieren, nahm Fischer ein im Auftrag der Zeitschrift GEO von dem Heraldiker Dieter Krieger entworfenes Familienwappen an. Das in den Farben Rot und Weiß unterlegte Wappen beruhte auf der falschen Annahme, dass Fischers Vorfahren aus Fridingen an der Donau stammen. Er hätte wohl auch gern etwas vom Glanz der Freien und Edlen in seiner Vita untergebracht, aber die zeigt von Anbeginn mehr Gossenhaftes und Verabscheuungswürdiges.

Mit Hilfe des grünen Filmemachers Pepe Danquart ist nun demnächst auch noch ein Filmepos über ‚Joschka und Herrn Fischer‘ zu sehen. Als ‚Narzissmus auf höchstem Niveau‘, kommentierte das die ‚WELT AM SONNTAG‘. Und sie bezeichnet Fischers Eigenkommentare in dem Film ironisch mit: „Man wird das Gefühl nicht los, dass hier ein alter Taxifahrer spricht.“ Und das von Gazetten teilweise schon hochgeschriebene ‚Alphatier‘ Fischer entpuppe sich wohl mehr als politisches Tier. Wie immer das auch gemeint sei, die Eigenlobhudelei und Selbsterhöhung des Joseph Fischer bedarf dringend der Korrektur und der biographischen Ergänzung seiner dunklen und kriminellen Seite.

Mein jüngerer Bruder, vormals Hauptkommissar im Polizeidienst, brachte es im Bezug auf unsere Berufswahl auf den Punkt, als er einmal äußerte: „Mit der Wahl unserer Berufe lagen wir doch wohl voll daneben. Alles, was uns die Politiker dieses Landes an unbewältigten Problemen vor die Füße geworfen haben, durften wir hautnah ausbaden!“ - Ich kann ihm rückblickend als Lehrer im Ruhestand weitgehend nur zustimmen. Denn alles, was uns mangels Unvermögen von der politischen Kaste dieses Landes und insbesondere von den ‚Rot-Grünen- Koalitionären‘ aus anmaßender Höhe zwecks Weiterbehandlung vor die Füße geworfen wurde, sollten wir dann aufarbeiten. Allein dies ist Motivation genug, sich mit den ‚Herren‘ Fischer und Trittin näher zu befassen.



Fischer war bis 1975 Mitglied der linksradikalen und militanten Frankfurter Gruppe ‚Revolutionärer Kampf‘. Unter anderem beteiligte er sich mit der ‚Putztruppe‘ wie sich dieser hinterhältig-gewalttätige Verein nannte, an mehreren Straßenschlachten. Dabei entlarvte ihn ein Foto vom 7. April 1973, wie er geschützt mit einem schwarzen Motorradhelm gemeinsam mit dem Gesinnungstäter Hans-Joachim Klein, später Mitglied der Revolutionären Zellen, auf einen Wehrlosen, bereits am Boden liegenden Polizisten einschlägt. Angesichts der erdrückenden Beweislast musste Fischer diese Tat zwar eingestehen, hat sich bis heute aber nicht von ihr distanziert. Mit Verlaub Joseph Fischer: für mich und sehr viele in diesem Land waren und sind Sie das, womit Sie in einer Verbalinjurie einen Bundestagspräsidenten belegten.

Dass Fischer wegen dieses ungeheuren Deliktes, wofür jeder Normalbürger zu Recht hinter schwedischen Gardinen gelandet wäre, nicht vor deutschen Gerichten rechtskräftig abgeurteilt wurde, ist allein der damaligen politischen Lufthoheit von ‚Rot-Grün‘ in diesem Land geschuldet, und wirft zudem ein seltsames Licht auf die Justiz, wo sich wohl auch ein entsprechendes Potential aus der 68-er Bewegung tummelte.

„Wir sind die Wahnsinnigen“, Joschka Fischer und seine Frankfurter Gang, so lautet der Titel eines höchst auf-

schlussreichen Buches des Autors Christian Schmidt über die völlig durchgeknallten Gewalttäter aus der 68-er Revolte. Das Fazit, das Schmidt am Schluss seines Buches bezogen auf Fischers Eintreten für den Kosovokrieg zieht, lautet: „Wenn Politiker aus Gründen des Machterhalts auf Menschen Bomben werfen lassen, spätestens dann hört der Spaß auf!“

In der ‚Causa Fischer‘ hörte der Spaß bereits auf, als am 10. Mai 1976 bei Demonstrationen in Frankfurt ein Polizeifahrzeug von einem Brandsatz getroffen wurde, und der damals 24-jährige Polizist Jürgen Weber dabei lebensgefährliche Verletzungen erlitt.

Am Abend vor dem Anschlag hatte die ‚Frankfurter Gang‘ unter der Leitung von Fischer eine Versammlung abgehalten. Autor Christian Schmidt unterstellt Fischer er habe dabei das abscheuliche Vorgehen angeregt und gebilligt. Fischer wurde wegen des dringenden Tatverdachts vorübergehend festgenommen und beteuerte vehement seine Unschuld.

Was die ganze Sache mehr als dubios macht, ist, dass Nachermittlungen der Frankfurter Staatsanwaltschaft im Jahre 2001 dadurch behindert wurden, weil die Hessische Staatskanzlei unter dem damaligen SPD-Ministerpräsidenten Holger Börner von der Staatsschutzabteilung des Polizeipräsidiums in Frankfurt alle Unterlagen über Fischer angefordert hatte, und diese

dann verschwunden waren, just als dieser, welcher ein Zufall, in Wiesbaden zum Umweltminister ausgerufen wurde.

Und da ist noch eine nicht restlos geklärte Sache im Zusammenhang mit Fischers kriminellem Vorleben. Die militanten Revolutionären Zellen bekannten sich zur der Mordtat, der am 11. Mai 1981 der damalige hessische Wirtschaftsminister Heinz-Herbert Karry zum Opfer fiel. Bei den Ermittlungen stellte sich heraus, dass die Tatwaffe, gestohlen aus einer amerikanischen Kaserne im Jahre 1973, in Fischers Auto transportiert worden war. Er habe seinem damaligen Gesinnungsgenossen, dem bereits erwähnten Hans-Joachim Klein den Wagen nur kurzzeitig überlassen, so Fischer in seinen Einlassungen.

Als es ihm auf Grund des erhöhten Fahndungsdruckes zu heiß unter dem Allerwertesten wurde, beschloss er Politiker zu werden und sich im Establishment hochzuwurschteln. Und er tat dies getreu seinem charakterlichen Webfehler. Unter der Aufgabe von vormals laut hinausposaunten politischen Positionen und Prinzipien. Im hemmungslosen Verdrängungswettbewerb mit Konkurrenten, die seiner Karriere hätten gefährlich werden können. Und er mutierte schließlich vom antikapitalistischen Straßenköter zum willfährigen Schoßhündchen seiner amerikanischen Kollegin Albright.

Als Fischer Außenminister wurde, da war die deutsche Außenpolitik von dem größten deutschen Außenpolitiker der Nachkriegszeit, Hans-Dietrich Genscher, mit der Krönung der Deutschen Einheit, auf ein dauerhaftes und solides Fundament gestellt worden und Deutschland in Europa als friedliche Führungsmacht angekommen. Keiner seiner bisherigen Nachfolger konnte ihm auch nur annähernd das Wasser reichen. Am wenigsten Fischer.

Unter Fischer und seinen vormaligen Friedensaposteln von den Grünen wurde die militärpolitisch radikalste Wende der deutschen Nachkriegspolitik eingeleitet. Seit Fischer sich 1999 mit für die völkerrechtlich umstrittene Teilnahme am Kosovokrieg entschied, sind deutsche Soldaten, ursprünglich nur für die eigene Landesverteidigung vorgesehen, wieder weltweit in Sachen Krieg unterwegs. Deutschland wird damit auch wieder am Hindukusch verteidigt.

Wie wetterwendisch und skrupellos Fischer in Sachen Krieg argumentierte, zeigte sich am deutlichsten am Beispiel des Tschetschenienkrieges. Im Januar 1995, damals noch in der Opposition; geißelte er die Untätigkeit der Regierung Kohl angesichts „des grausamen Mordens einer nuklearen Supermacht gegen ein kleines Volk im Norden des Kaukasus.“ In 2000, nunmehr an der Regierung, klang das dann ganz anders. Nun ließ Wendehals Fischer während des zweiten Tschetschenienkrieges

verlauten, Russland dürfe in seinem legitimen Kampf gegen den Terror nicht isoliert werden!

Unverschämt, großspurig und ausfallend in der Kritik, und schnell mit Rücktrittsforderungen in Bezug auf andere wegen meist wesentlich geringerer Verfehlungen unterwegs, saß Fischer selbst hartleibig die eigenen, schweren Verfehlungen aus. So unter anderem Anfang 2005 auch die sogenannte Visa-Affäre, die es ermöglichte, dass zeitweise rund 300 000 Ausländer unkontrolliert nach Deutschland hereinspazieren konnten, was in großem Umfang von Schwarzarbeitern und Schleuserbanden genutzt wurde.

Als ‚vergrabene Bombe‘ bezeichnet der Zwischenrufer vom Stern, Jörges, die unsägliche Hinterlassenschaft Rot-Grüner-Migrationspolitik insgesamt. – „Deutschland muss von außen eingehegt, und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi ‚verdünnt‘ werden!“, so brachte die ‚WELT‘ im Jahre 1994 den Inhalt eines Buches von Joschka Fischer mit dem aufschlussreichen Titel: ‚Risiko Deutschland‘, auf den Punkt. Im Zusammenhang mit Fischers freizügiger Zuwanderungspolitik in der Visa-Affäre, stellte sich für Mariam Lau von der ‚WELT‘ die Frage, ob „die Sicherheit der Bundesrepublik einem ‚Multikulturellen Gesinnungsfuror‘ geopfert worden sei.“

Alles, was Rot-Grün unserem Vaterland in einem orgiastischen ‚Multi-Kulti-Wahn‘ zugemutet und aufgebürdet hat, was dann von den Bürgern dieses Landes mit Milliardenbeträgen an Sozialtransfers und Infrastrukturleistungen aufgebracht werden musste; was jetzt, weil Eindeutschung und Anpassung an das Grundgesetz von den multikulturellen Gesinnungsterroristen als Zwangsgermanisierung diskriminiert wurde, über ein Heer von Sozialarbeitern und enorme Bildungsausgaben für einen Haufen bildungsresistenter Migranten vor allen Dingen mit islamistischem Hintergrund, aufgearbeitet werden muss, dürfte in der Summe einen riesigen Betrag unserer gegenwärtigen Staatsverschuldung ausmachen.

Um keinen falschen Eindruck zu erwecken: nichts, aber auch gar nichts, spricht gegen eine kontrollierte Zuwanderung. Wegen seiner geostrategischen Lage war Deutschland immer ein Durchgangs- und Zuzugsland. Und das nicht zu seinem Schaden. In ‚Des Teufels General‘ beschreibt Carl Zuckmayer, worin die belebende Wirkung und das Wertvolle solcher Einwanderung und Rassendurchmischung liegt.

Das, was die Nationalsozialisten, mit ihrem verquasteten völlig irrwitzigen Rassenwahn menschenverachtend proklamierten und mörderisch praktizierten, war pure Idiotie. Die sich daraus ableitende Gegenbewegung einer Abschaffung der deutschen, nationalen Identität zu

Gunsten einer neuen, indifferenten Multi-Kulti-Gesellschaft ist eine gefährliche Utopie mit der Tendenz eines Auseinanderdriftens, einer Radikalisierung und gefährlichen Eruption der gesellschaftlichen Kräfte in diesem Land.

**„Ich glaube, dass der Nationalstaat eine Renaissance erlebt. Das gilt nicht nur für Osteuropa, sondern in einem gewissen Maß auch für den Westen. Der Nationalismus gibt die Möglichkeit zur Beibehaltung einer Identität. In jedem Fall ist Ostdeutschland im traditionelleren Sinn der nationalere Teil von Deutschland!“,** so lautete 1998 die Einschätzung von Henry Kissinger, dem altgedienten, diplomatisch gewieften und mit allen Wassern gewaschenen Fahrensmann der amerikanischen Außenpolitik.

Kissinger erwarb sich die für sein Amt wichtigen Voraussetzungen u.a. als promovierter Absolvent der Harvard University, wo er auch als Professor tätig war. Zu den Vorbereitungen für das Außenamt von Joschka Fischer gehörten neben zahlreichen Gelegenheitsjobs seine einschlägigen Erfahrungen als gewalttätiger, hinterhältiger Pseudorevoluzzer. Das macht den Unterschied zwischen erworbenem Wissen, Können und geistiger Kapazität auf der einen Seite und den Qualitäten eines dubiosen Emporkömmlings vom Schlage eines Joschka Fischer.

Was Typen wie ihn vollends verachtungswürdig macht, ist die derzeitige intime Nähe des einstigen antiimperialistischen und antikapitalistischen Straßenkämpfers zum Großkapital. Seit September 2008 übernahm er einen Beratervertrag bei der Madeleine Albright gehörenden Firma: The Albright Group LLC an. Den Posten bekam er wahrscheinlich als späten Dank dafür, weil er als amtierender Außenminister die Deutschen ganz im Sinne der Amerikaner und von deren Außenministerin Albright in die Kriegsallianz mit eingebunden hatte.

In 2009 schloss Fischer einen hochdotierten Vertrag mit den Energieversorgern RWE und OMV. - RWE-Chef, Jürgen Großmann, gibt sich übrigens auch nach Fukushima als Hardliner in Sachen Atomenergie und hatte bereits in 2007 Front gegen den Rot-Grünen-Atomausstieg gemacht. „Pecunia non olet“, ganz gleich von wem es kommt. Hier demaskiert sich die ganze Verlogenheit eines ehemaligen grünen ‚Spitzenpolitikers‘.

In Sachen Gas ist Fischer bei den großen Energieversorgern derzeit übrigens Lobbykonkurrent von Schröder, dem ‚Gasmann‘ Putins. Doch damit nicht genug. In 2009 wird Fischer Berater für den Autokonzern BMW. Dabei hatte ich immer gedacht, dass der Autobauer aus Bayern sich zu den Nobelmarken zählt! Weiter geht's in Sachen Geldabzocke. Im Oktober des Jahres avanciert Fischer zum Berater der Siemens AG in außenpolitischen und



unternehmensstrategischen Fragen. Und damit der Geldfluss nicht ins Stocken kommt, berät Fischer seit September 2010 auch noch den Handelskonzern Rewe.

Dass die Grünen, die derzeit infolge der Reaktorkatastrophe in Japan von einem lemmingartigen Run verängstigter Bürger in ihre Partei profitieren, und in aktuellen Umfragewerten dabei sind die SPD zu überflügeln und die CDU einzuholen, für 2013 in ihren Reihen schon laut über einen eigenen Kanzlerkandidaten nachgedacht haben, und dabei Joschka Fischer ins Gespräch gebracht haben, kann nur mit einer totalen Amnesie deutscher Wohlstandsbürger erklärt werden. Wobei gottseidank, erstens, der Kandidat zwar geschmeichelt abgelehnt hat, er hätte sich dann ja auch von seinen zahllosen Tantiemen von Seiten des Großkapitals verabschieden müssen, und zweitens Hoffnung besteht, dass der Zustand der Amnesie bei den Deutschen ein temporärer ist.

Frage: „Weiß eigentlich jemand, wo sich die Turnschuhe des ‚großen Alphaaußenministers‘ derzeit befinden?“ Einst zierten sie eine Vitrine in Fischers Arbeitszimmer im Auswärtigen Amt. Zu allem Überfluss betrieb er auch noch Reliquienverehrung in eigener Sache! Falls diese Treter irgendwo aufzutreiben sind, so gäbe es eine symbolträchtige Handlung, derer man sich mit ihrer Hilfe bedienen könnte.

In der derzeitigen demokratischen Aufbruchssituation vieler nordafrikanischer Staaten, gibt es eine Geste äußerster Verachtung gegenüber Despoten, Diktatoren und anderen unliebsamen Zeitgenossen. Entweder wirft man sein Schuhwerk, so möglich, selbigen an den Kopf, oder man hängt sie zwecks Ausdrucks gemeinsamen Massenprotestes auf die Außenumhüllung eines besonders verabscheuungswürdigen Exemplars der Gattung ‚homo politicus‘. Jüngst geschehen als ‚Anti-Guttenbergler‘ sich in Nachahmung vorbildlicher, nordafrikanischer demokratischer Unmutsbezeugungen üben, und so ihr Schuhwerk aufreichten. – Fischer sollte sich seine Turnschuhe, als kleine Wiedergutmachung am deutschen Volk am besten selbst um die Ohren hauen!

Nun zu Trittin. Wenn es für mich einen Grund gibt, trotz anfänglicher Bedenken und Irritationen für zu Guttenberg vehement Partei zu ergreifen, dann war es neben all den wesentlich schwereren und teils kriminellen Verfehlungen des Joseph Fischer, die dieser dickfällig und unter dem Schutzschirm Rot-Grüner-Lufthoheit ausgesessen hat, die Riege der erbärmlichen Nachtreter, händereibenden Zyniker und Menschenverächter. Allen voran Jürgen Trittin.

Wie Fischer entstammt auch er dem Dunstkreis der ‚68-er‘. War während seines Studiums in Göttingen Mitglied des Kommunistischen Bundes(KB). Das Motto dieses

maoistisch-kommunistischen Kampfbundes lautete: „Nie wieder Deutschland!“ Heute wird er dem linken Flügel der Grünen zugerechnet.

Michael Buback, der Sohn des von der RAF ermordeten Generalbundesanwaltes, rückte Trittin in die Nähe des sogenannten Mescalero-Briefes. Der Verfasser, der sich als der Literaturwissenschaftler und Deutschlehrer(!), Klaus Hülbrock, outete, hatte in diesem Brief seine ‚klammheimliche Freude‘ an der Mordtat der RAF geäußert. Trittin bezeichnete in seiner Eigenschaft als Fachschaftvertreter die Veröffentlichung des Mescalero-Pamphlets als „trotzige Verteidigung der Meinungsfreiheit.“ – Der Zufall wollte es, dass er Jahre später Michael Buback in einem Zugabteil gegenüber saß. Von Buback auf die Ungeheuerlichkeit angesprochen und um eine klare Distanzierung von den damaligen Gesinnungsgenossen gebeten, reagierte Trittin wie man es von ihm erwartet: arrogant, schmallippig und abweisend.

Als junger Bereitschaftspolizist musste sich mein jüngerer Bruder bei Einsätzen in Göttingen u.a. auch mit dem kommunistisch infiltrierten Pack des Jürgen Trittin herumschlagen. Seine Kameraden und er mussten sich aus den Reihen der verblödeten Bolschewiki westdeutscher Prägung als ‚Nazischweine‘ beschimpfen lassen, und gerieten bei Einsätzen gegen die äußerst gewalttätigen Autonomen wiederholt in Lebensgefahr. Dem Hass ge-

genüber Trittin aus seinen Zeiten als ‚kommunistischer Frontkämpfer‘ ist Verachtung für den derzeitigen Politiker der Grünen gefolgt. Und eine ganz gehörige Portion von Misstrauen gepaart mit großer Sorge gegenüber einem ‚Rot-Rot-Grünen-Lager‘, dem diese Republik unter dem Einfluss von ostdeutscher kommunistischer Plattform, westdeutschen Salonbolschewiken, die schon wieder laut über die Sinnhaftigkeit des Kommunismus nachzudenken beginnen, und grün gewandelten Exkommunisten, zum Opfer fallen könnte.

Für mich unverständlich ist der derzeitige Hype der Grünen, der sie zeitweise in die Größenordnung der beiden großen Volkparteien katapultiert hat. Ausgerechnet das mittelständische Bürgertum, scheint der grünen Schlagwortpolitik und Verschleierungstaktik zu erliegen. Fischer, Trittin und mit ihnen viele Grüne sind nie angekommen im Wertekontext der bürgerlichen Mitte. Die blau- oder einäugigen unter den derzeitigen bürgerlichen Grünensympathisanten sollten sich zwecks Aufklärung einmal das Machwerk von Trittin: ‚Gefahr aus der Mitte‘. Die deutsche Politik rutscht nach rechts. Verlag: Die Werkstatt, Göttingen 1993, zu Gemüte führen.

Trittin ist immer noch ein sarkastischer Verächter jeglichen deutschen Nationalgefühls. Als der damalige Generalsekretär der CDU im März 2001 in einem Interview äußerte, dass er stolz darauf sei ein Patriot und ein

Deutscher zu sein, entblödete sich Trittin zu der Aussage, Meyer habe nicht nur das Aussehen, sondern auch die Mentalität eines Skinheads. Das ist Trittin pur. Einer, der wie er, sehr gut vom System lebt, vom deutschen Steuerzahler über nahezu sein ganzes Erwerbsleben großzügig alimentiert wurde und wird, verachtet in arrogantester Selbstüberhebung in Wahrheit dieses Volk.

Schmallippig und tonlos lässt er bei Feierlichkeiten die deutsche Nationalhymne über sich ergehen. Das Gelübde von Soldaten, die seine Fraktion erst mit der Realität des Krieges konfrontiert hat, nennt er ‚ein perverses Ritual‘.

Ersparen wir uns weitere Einzelheiten und eine weitere Betrachtung anderer ähnlich gearteter ‚homo novi‘ aus der Avantgarde jener Quartalsirren der 68-er-Bewegung, die die demokratisch verfasste Ordnung und den durch Bürgerfleiß errungenen Wiederaufbau und Wohlstand unseres Vaterlandes zerstören wollten und durch eine anarchische totalitäre Herrschaft des Proletariats ersetzen wollten. Sich in nicht zu überbietender Arroganz zu Befreiern der unterdrückten Arbeiterklasse erklärten, von dieser aber nur Hohn, Spott und Verachtung erfahren. Die dann in der Speerspitze der Bewegung, der RAF, zu einer terroristischen Mörderbande wurden, die sich jahrelang im soziologischen Umfeld ‚klammheimlicher‘

Gesinnungsgenossen/innen und Sympathisanten tummeln konnte.

Es ist eine nicht hinzunehmende Verhöhnung von Opfern dieser Mörderclique, wenn in deutschen Medien immer noch versucht wird, jenen Gewaltverbrechern nachträglich einen besonderen Mythos zu verleihen.

Das unsägliche Gedankengut und die gesellschaftszersetzenden Kräfte aus Zeiten der 68-er wirken noch immer nach. Mit dem Schlagwort von der ‚antiautoritären Erziehung‘, wobei de facto in den meisten Fällen überhaupt keine Erziehung stattfand, kamen Chaos und Gewalt in die Schulen. Das Leitbild von Emanzipation reduzierte sich mehr auf die Befreiung von jeglicher Verantwortung, unter Hintanstellung von Normen und Werten. Die Hinterlassenschaft eines akademischen Proleteniums haben die Deutschen in gesellschaftliches Chaos und eine tiefe Identitätskrise gestürzt, die immer noch anhält.

Das allein schon erfordert endlich die Etablierung einer patriotischen und wertkonservativen Partei in Deutschland. Diese Notwendigkeit ergibt sich nicht nur aus der Gefahr eines Abdriftens in ein Links-Grünes-Nirwana, sondern insbesondere aus dem Verlust an Gestaltungsfähigkeit der beiden, vormals großen Volksparteien. Auf diesen Zusammenhang soll in einer Zustandsbeschreibung der derzeit agierenden Parteien noch näher einge-

gangen werden. Zuvor wollen wir uns aber, um die Konturen weiter zu schärfen, dem politischen Gegenentwurf zu den ‚homo novi‘ zuwenden.

In der Geschichte der Deutschen, wurde das Deutsche Reich zunächst im Mittelalter im ‚Heiligen Römischen Reich‘ Nachfolger des Römischen Imperiums. Später dann mit dem Zusatz ‚Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation‘ zur beherrschenden Kraft in Europa. Die Macht dieses Imperiums stützte sich auf das Lehenswesen und den Ständestaat. Gestalter von Politik war der Adel. Als das Zweite Deutsche Reich an Hybris, Militarismus und Chauvinismus zugrunde ging, war der Adel als immer noch führende Kaste als Elite für lange Zeit diskreditiert.

Dieses tiefe Misstrauen gegenüber allen Eliten hat sich bis in die jüngste Zeit erhalten. Die Sehnsucht nach einer Renaissance des Adels fand bestenfalls ihren Niederschlag in der Yellow-Press und ähnlich gelagerten Hausfrauenmagazinen. Mit dem strahlenden Aufstieg des Freiherrn Karl-Theodor zu Guttenberg und seiner schönen, geistvollen Gattin aus dem Geblüt des ‚Eisernen Reichskanzlers‘ wurden nicht nur die Rudimente alter Sehnsüchte nach Führung und Gefolgschaft wieder geweckt, sondern es war vor allen Dingen das neue Bild vom Adel, das sich im Ehepaar zu Guttenberg widerspiegelte. Und diese Faszination quer durch alle Gesell-

schaftsschichten und Parteien, unmittelbar nach seinem Abgang von der politischen Bühne betrug seine Anhängerschaft quer durch alle Parteien, sogar bei den Linken, noch über 50%, war auch eine klare Gegenreaktion auf das Angewidert-Sein und den Verdruss am Ist-Zustand dieser Republik.

Wohlgermerkt, es sind keinesfalls nostalgische Anwendungen wieder etwas etablieren zu wollen, was sich durch die Geschichte überholt hat. Noch gibt es einen Grund dafür, Leute von Adel generell als die feinere Gesellschaft anzusehen. Es gibt genügend Beispiele, dass charakterliche Webfehler unisono und durch alle gesellschaftlichen Schichten gleichermaßen verteilt sind. Aber es gibt auch viel Vorzeigbares und Vorbildliches am Adel, das es verdient, wieder mehr in den politischen Fokus gerückt zu werden.

Beginnen wir aus Gründen der politischen Ausgewogenheit mit einem höchst ehr- und achtbaren adligen Vertreter aus den Reihen der SPD, der in seiner Person alles verkörpert, was den meisten in den gegenwärtigen Parteien abhanden gekommen ist.

Gemeint ist Klaus von Dohnanyi. In den Jahren 1972 bis 1974 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und von 1981 bis 1988 Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg. Was den promovierten Juristen auszeichnet, ist seine hanseatische Weltläufigkeit, seine



vornehme Gesinnung, seine Fairness im Umgang mit politischen Gegnern und sein ausgeprägtes Gerechtigkeitsempfinden. Einer, der in dieser Republik auch kanzlertauglich gewesen wäre.

Zwei Stipendien ermöglichten ihm ein Studium an der Columbia University und der Stanford University. An der Yale University erwarb er 1953 den damals noch wenig verbreiteten Titel eines Masters of Law, nachdem er bereits im Jahre 1949 mit ‚magna cum laude‘ an der Ludwig-Maximilians-Universität München zum Doktor der Rechtswissenschaften promoviert hatte.

In den Jahren von 1990 bis 1994 war Dohnanyi im Zuge der Wiedervereinigung auch Beauftragter der Treuhandanstalt für die Privatisierung der maroden Ostkombinate. Derzeit ist er stellvertretender Vorsitzender, den Vorsitz hat Roman Herzog, im neoliberalen Konvent für Deutschland, der u.a. für eine überfällige Föderalismusreform in der Bundesrepublik eintritt.

Klaus von Dohnanyi steht in der Reihe eines Adelsgeschlechtes, das sich seiner besonderen gesellschaftlichen Verantwortung für Deutschland stets bewusst war. Sein Vater, Hans von Dohnanyi, verheiratet mit Christine Bonhoeffer, der Schwester des gegen Kriegsende von den Nationalsozialisten hingerichteten evangelischen Theologen und Widerstandskämpfers, Dietrich Bonhoeffer.

fer, fand gleichfalls im April 1945 als Widerständler im KZ Sachsenhausen den Tod.

Was Klaus von Dohnanyi sowohl in der Auseinandersetzung seiner Partei mit dem Klartextler und SPD-Mitglied Thilo Sarrazin, als auch in der Affäre zu Guttenberg in besonderer Weise auszeichnete, war in dem einen Fall sein engagiertes Eintreten für das Recht auf Meinungsfreiheit auch zu einem für die Genossen unbequemen Thema, und in der Causa Guttenberg seine ausgewogene Gesamtbeurteilung eines zweifellos großen politischen Talentes.

Wenn ich mir einen honorigen und wohlmeinenden Mentor für eine eventuelle Rückkehr des Freiherren zu Guttenberg auf die politische Bühne wünschen könnte, dann wäre das weniger jemand aus den Reihen der Unionschristen, sondern weitaus mehr der ‚Elder Statesman‘ aus dem Lager der Opposition, Klaus von Dohnanyi. Über die Erfahrungen und das Können dieses Vorzeigedemokraten könnte zu Guttenberg die Reife erlangen, die für seine Rückkehr unabdingbar ist.

Er könnte dabei aber auch auf die eigene, höchst respektable und vorzeigbare Familiengeschichte zurückgreifen, die erstaunliche Parallelen zu der der Dohnanyis aufweist.

In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung sagte Enoch zu Guttenberg, der Vater des zurückgetretenen Verteidigungsministers, über die Tradition in seiner Familie: „Wir sind so erzogen worden, dass man für das, was man für richtig hält, zur Not auch sterben können muss. Ich weiß nicht, ob ich das könnte, aber das ist das Familienideal. Und das schafft fast einen Zwang zur Unabhängigkeit!“

Genau das Gegenteil zeichnet unsere Kaste von Berufspolitikern aus. Weil sie in der Mehrzahl zu nicht viel anderem als dem Politikgeschäft taugen, haften sie, als hätten sie ihre Allerwertesten mit Pattex versehen, auf den einmal eingenommenen Plenarsesseln. Diese direkte Abhängigkeit vom einmal errungenen Mandat, zwingt sie zu angepasstem Verhalten und zum Fraktionszwang. Nicht mehr dem Volk sind sie verpflichtet. Sie üben sich vielmehr im Wohlverhalten und in Parteidisziplin, um die eigenen Pfründe nicht zu verlieren.

Was unseren Parlamenten fehlt, ist der Geist der Freien. Unabhängige Geister, die es wagen gegen Parteidoktrin und Fraktionszwang, nur der Sache verpflichtet, zu entscheiden. Die aber auch über die nötige materielle Rücklage oder eine entsprechende berufliche Qualifikation verfügen, um nicht auf Diäten und Nebeneinkünfte aus diversen Aufsichtsratsstätigkeiten zeitlebens angewiesen zu sein. Der Typus des Berufspolitikers, der fast aus-

schließlich auf die Wahrung von Eigeninteressen fixiert ist, ist der ‚eigentliche Sargnagel der Demokratie‘, um den vortrefflichen Herrn Lammert noch einmal richtig zu zitieren.

Die Geschichte derer zu Guttenberg zeichnet ein originäres Interesse an der Politik und am Zeitgeschehen aus, in das sie sich auf selbstbewusste, kritisch hinterfragende Art eingebracht haben.

Die Älteren unter uns erinnern sich da an den namensgleichen Karl Theodor, noch ohne Bindestrich im Vornamen. In den Anfängen der Republik war er u.a. für die CSU Parlamentarischer Staatssekretär unter Adenauer. Als überzeugter Patriot bekämpfte er später heftig die Ost- und Verzichtspolitik Willi Brandts. Er misstraute aber auch zutiefst dem Machttrieb von Franz Josef Strauß. Trat der Hetze gegen Herbert Wehner wegen dessen kommunistischer Vergangenheit entgegen und nannte ihn einen Freund und Patrioten. Im Jahre 1966 war er einer der ersten, die sich für eine Große Koalition mit der SPD aussprachen.

Kommen wir noch einmal auf den Vater, Enoch zu Guttenberg, zurück. Als die Grünen noch in den Windeln lagen, war der Freiherr schon ein flammender Verfechter des Umweltschutzes. So gründete er in den sechziger Jahren den Bund Naturschutz. Mit der gleichen Leidenschaft wie für die Umwelt ist der hochbegabte Enoch zu

Guttenberg als Künstler unterwegs. Als Amateur hat er sich zum international tätigen Dirigenten hochgearbeitet. Seine Bruckner-Interpretationen brachten ihm kürzlich den Klassik-Echo ein.

Was Enoch zu Guttenberg über seinen Stand hinaus auszeichnet, der Immer-noch-Borniertheit vieler seiner Standesgenossen ist er sich durchaus bewusst, sind eigentlich eher dem Bürgertum zugerechnete Tugenden. Fleiß, Ausdauer und ein ausgeprägtes Verantwortungsgefühl sind es, was er seinen Söhnen, auch in der zeitweiligen Rolle als Alleinerziehender, vermittelt hat. – Den Vorwurf eines Lebensentwurfes auf dem Hintergrund einer entsprechenden materiellen Sicherheit weist Enoch zu Guttenberg entschieden zurück: ‚er halte es für schlimm und für intellektuell hochgefährlich, eine geistige Unabhängigkeit von der materiellen abhängig zu machen.‘

Wenn man, so es die eigene Überzeugung erfordert, gegenüber einem menschenverachtenden Gewaltregime auch unter Einsatz des eigenen Lebens vorgehen muss, dann reduziert sich die Frage von Besitz und materiellem Hintergrund auf das Gewissen und den Wertekodex.

Das hat die Familie zu Guttenberg insbesondere in Zeiten des Naziterrors explizit vorgelebt. Bereits jener Querdenker und unabhängige Geist aus der Adenauerzeit, hat wegen seiner Empörung gegenüber der Juden-

verfolgung einige Zeit im KZ eingesperrt. Dessen Onkel, Karl Ludwig zu Guttenberg, war als enger Mitarbeiter des Abwehrchefs Admiral Canaris in die Verschwörung vom 20. Juli 1944 involviert und wurde 1945 hingerichtet.

Die exorbitante Erziehung und Bildung, (Erziehung findet in unserer Gesellschaft mit verheerenden Folgen kaum noch statt) die der Adel, natürlich auch auf Grund gesicherter Vermögensverhältnisse genießt, ist ein äußerst wertvolles Kapital für Charakterbildung, Unbeugsamkeit und Persönlichkeitsbildung, aus überlieferter Familientradition heraus. Erziehung zu einer gewissen Härte in allen Lebenslagen, gegenüber der weitverbreiteten Larmoyanz in dieser Gesellschaft, das sind insgesamt wichtige Voraussetzungen auch für geistig-politisches Führen.

Ohne einer Verallgemeinerung anheimfallen zu wollen: es gibt in bestimmten Adelskreisen etwas, was sich im Laufe der Jahrhunderte durch Assimilation mit bürgerlichen Tugenden, über Generationen gelebter Traditionen und überzeugende Lebensbiographien als wertkonservativer Tugend- und Verhaltenskodex herauskristallisiert hat. Etwas, das wert ist, dieser Gesellschaft wieder mehr zum Vorbild zu dienen, als dies vergleichsweise die Politbiographien genannter ‚homo novi‘ erkennen lassen.

Das Gespür der Massen, die irisierende Sehnsucht nach einem Anderssein, vielleicht auch nur einer Utopie von mehr Glanz, Vorbildfunktion und Führungsqualität in diesem unserem deutschen Vaterland, hat vieles von dem in der Person des jungen Freiherren zu Guttenberg instinktsicher geoutet. Und diese Sehnsucht wird überdauern, je länger das gegenwärtige System der mittelbaren Demokratie dahinvegetiert.

Zur Ergänzung. Da gab es in den Reihen der FDP jene knorrig-kompetente Wirtschaftskapazität in Gestalt des Otto Graf zu Lambsdorff. Und gegenwärtig überzeugt Hermann Otto Solms, seines Standes eigentlich Prinz zu Solms-Hohensolms-Lich, in der zweiten Reihe der Freidemokraten mehr durch Bescheidenheit und Können, als der mehr von Ehrgeiz denn von politischem Können getriebene bürgerliche Ex-FDP-Präside Guido Westerwelle, samt der handzahmen Youngster in seinem unmittelbaren Gefolge.

Einem wertkonservativen Bündnis, das es zur Veränderung der derzeitigen politischen Szenerie in dieser Republik unbedingt bedarf, sollten verstärkt unabhängige Geister aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur der bürgerlichen Gesellschaft angehören. Es wäre aber auch ganz sicher eine Bereicherung, wenn der Adel auf Grund seines veränderten Status hierbei wieder einen angemessenen Part übernimmt.

Das schäbige Bild, das derzeit viele Führungskräfte in Politik und Gesellschaft abgeben, die Raffgier der Banker und sonstiger Moneymaker, die Unverschämtheit und gleichzeitige Unbedarftheit, Unzuverlässigkeit und Unfähigkeit durch die sich die derzeitige politische Kaste dieses Landes in ihrer Mehrheit auszeichnet, bedarf des Korrektivs.

In Karl-Theodor zu Guttenberg war vieles von dem erkennbar, was einen neuen Politikstil mit mehr Zustimmung im Volk hätte befördern können. Abgesehen von seinem großen politischen Talent, war es sein unabhängiges Denken. Auch dann gegen den Strom zu schwimmen, wenn es Widerstand in den eigenen Reihen zu überwinden galt. So sprach er sich als Wirtschaftsminister gegen den Mainstream der politischen und veröffentlichten Meinung aus und lehnte eine staatliche Hilfe für den Autobauer Opel ab. Was sich letztlich als richtig erwies. Und seine ganze innovative Gestaltungskraft zeigte sich, als er die längst überfällige Bundeswehrreform in Angriff nahm.

In bestimmter Weise war er vielleicht die letzte Chance für die Repräsentative Demokratie. Und alle, die sich durch seinen Glanz zu sehr in den Schatten gestellt fühlten, die ihn weghaben wollten und mussten, um wieder unter sich zu sein, in der Gemeinsamkeit der Gewöhnlichen, Unscheinbaren und Durchschnittlichen, haben sich



damit letztlich einen Bärendienst erwiesen. Denn nach dem Fortgang der Lichtgestalt, werden die Konturen des verbliebenen politischen Personals vom Wählervolk umso schärfer und kritischer in den Blick genommen. Die Schatten- und Dunkelmänner leichter entlarvt. Und über die Kritik an den politischen Parteien und ihren Mandatsträgern wird die Verachtung wachsen, und die Ablehnung des bestehenden Systems sich weiter verfestigen.

Ein näherer Blick auf die gegenwärtig agierenden politischen Parteien im Land zeigt, wie sehr der demokratische Grundkonsens beschädigt und in Teilen pervertiert wurde, und dass zu einer Korrektur keine ‚Reförmchen‘ mehr ausreichen, sondern dass es einer dringenden und umfassenden demokratischen Rundumerneuerung bedarf.

## **Das gegenwärtige Parteiensystem - Eine Zustandsbeschreibung-**

*„Demokratie bedeutet, das Politische und Soziale als ein Zubehör der humanen Totalität anzuerkennen und die sittliche Freiheit zu wahren.“*

*Thomas Mann*

Sittliche Freiheit gründet sich nach Thomas Mann auf dem Grundpfeiler sozialer Gerechtigkeit sowie auf der Verbindlichkeit und Einhaltung humaner Werte und Normen. Die humane Totalität, von der Mann spricht, ist sowohl dem Wahlvolk als auch seinen politischen Repräsentanten in dieser Republik weitgehend abhanden gekommen.

„Wenn die demokratischen Sitten erschlaffen, drohe den Völkern eine ‚gewaltige Vormundschaftsgewalt‘. Die neue Art der Unterdrückung werde mit nichts, was ihr in der Welt vorausging, zu vergleichen sein. Der neue Souverän erhebe den Anspruch, alles, was für die Menschen von Bedeutung ist, aus eigener Machtvollkommenheit zu reglementieren. Er wolle „die Menschheit in ihrer Gesamtheit“ erfassen und bedecke ihre Oberfläche mit einem Netz kleiner, verwickelter, enger und einheitlicher Regeln, so dass nicht einmal die originellsten Geister und die stärksten Seelen sich ihm zu entziehen vermögen. Immer aber belästigt, bedrängt, entkräftet, schwächt

und verdimmt er, wodurch er jedes Volk schließlich dahin bringt, dass es nur noch eine Herde furchtsamer und geschäftiger Tiere ist, deren Hirte die Regierung darstellt!“

Es war der bedeutende Franzose Alexis de Tocqueville, der im Jahre 1835 in seinem Buch: ‚Die Demokratie in Amerika‘, damals schon eindringlich vor den Gefahren eines Verfalls und Erschlaffens der demokratischen Sitten und Kräfte warnte, und damit nahezu prophetisch den Totalitarismus in den Spielarten des Kommunismus und Nationalsozialismus vorausdachte.

Aber bei genauerem Hinsehen enthalten die Worte von Tocqueville auch schon in gewisser Weise die Zustandsbeschreibung eines sich bereits im Fäulnisprozess befindlichen demokratischen Systems, das dadurch gekennzeichnet ist, dass es seine Bürger zunehmend der politischen Teilhabe beraubt, arrogant und wenig nachvollziehbar über deren Köpfe hinweg regiert, und sie so gewissermaßen schon auf willfähriges Verhalten im Übergang zum Totalitarismus vorbereitet. Ein wichtiges Indiz hierfür sind die Verfasstheit und die Strukturen im gegenwärtigen Parteiensystem.

Schon ein Abgleich mit Artikel 21 des Grundgesetzes zeigt, wie sehr sich die allgemeine politische Willensbildung in unserem Land zum nahezu alleinigen Meinungsmonopol der Parteien verändert hat.

**Artikel 21, GG**

- (1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.**
  
- (2) Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.**

Von einer Mitwirkung war die Rede und von demokratischen Grundsätzen und nicht von allgemeiner Lufthoheit über dieses Land. Und gegen die in Absatz 2 postulierte demokratische Grundordnung wird schon deshalb permanent verstoßen, weil die Abgeordneten nicht von den Bürgern dieses Landes direkt gewählt werden, sondern dem Wahlbürger in Gänze von den Parteien vorverlesen vorgesetzt werden.

Aufschlussreich ist auch die Zusammensetzung des gegenwärtigen Bundestages nach beruflichen und gesellschaftsrelevanten Gruppierungen.

<b>Berufsstand</b> ☒	<b>Anzahl</b> ☒	<b>%</b> ☒
Öffentlicher Dienst	199	32 %
Politische und gesellschaftliche Organisationen	90	14,5 %
Kirchen	6	1,2 %
Wirtschaft (unselbständige Tätigkeit)	87	14 %
Sonstige (unselbständige Tätigkeit)	10	1,6 %
Wirtschaft (selbständige Tätigkeit)	53	8,5 %
Freie Berufe	134	21,5 %
Hausfrauen	2	0,3 %
Arbeitslose	0	0 %
Ausbildung (Schüler, Studierende, u.ä.)	8	1,3 %
Keine verwertbaren Angaben	33	5,3 %
Vollständige Liste auf der Site des Bundestages. <sup>[4]</sup>		

Ergänzt man diese Übersicht noch geschlechtsspezifisch, dann sind mit der Bundestagswahl im Jahre 2009 von insgesamt 622 Abgeordneten 418 (67,2%) Männer und nur 204 (32,8%) Frauen in den 17. Bundestag eingezogen.

Unter den Mandatsträgern befinden sich quer durch alle Parteien 56% Berufspolitiker, eine eigene Kaste, die das Grundgesetz nie vorgesehen hatte, und die jetzt in ihrer Mehrheit das Bundesparlament dominiert und deren Interesse, wie bereits angemerkt, sich zuvorderst auf Besitzstandwahrung fokussiert.

Auffällig ist weiter, dass in der Kaste der Berufspolitiker Berufsstände überwiegen, die es lieber vorziehen, sich auf Dauer vom Steuerzahler alimentieren zu lassen, als sich dem arbeitsaufwendigeren Konkurrenzkampf in der freien Wirtschaft auszusetzen. Waren es früher vor allen Dingen Lehrer, die es besonders häufig vorzogen, die schlechtere Bezahlung und die allgemeine Schultristesse gegen ein wohldotiertes und ruhigeres Abgeordnetenmandat einzutauschen, so sind es jetzt die Juristen, die überproportional im Bundestag vertreten sind. Sage und schreibe 24% und damit fast ein Viertel unserer Abgeordneten kommen aus der Juristerei. – Dass Gesetzesvorhaben derzeit besonders häufig vor dem Bundesverfassungsgericht landen, lässt nur den Schluss zu, dass es sich bei dem Gros der Vertreter aus der Jurisprudenz bestenfalls um die zweite Garnitur handelt.

Eine weitere Schiefelage ergibt sich aus dem geringen Frauenanteil. Noch bedenklicher ist, dass der Öffentliche Dienst mit fast einem Drittel der Abgeordneten vertreten ist. Was nur bedingt durch die 134 Freiberufler kom-

pensiert wird. Die Crux eines überproportionalen Anteils des Öffentlichen Dienstes liegt darin, dass hier indirekt das Prinzip der Gewaltenteilung verletzt wird.

Montesquieu, der staatsphilosophische Begründer der Gewaltenteilung im demokratischen Rechtsstaat, hatte eine Teilung der politischen Gewalt in die drei Säulen von gesetzgebender, vollziehender und rechtsprechender Gewalt gefordert. Kant verstärkte später diesen Anspruch, indem er die strikte Trennung der Gewalten noch näher spezifizierte.

Die übermäßige Einflussnahme des Öffentlichen Dienstes, sowohl in den Parlamenten als auch in der Verwaltung und im Staatsdienst, hat nicht nur die Gewichte im ursprünglich angedachten austarierten Verhältnis der Gewaltenteilung entscheidend verschoben, sondern er hat auch unter Aufgabe der Parteilosigkeit für die Angehörigen in der vollziehenden Gewalt eine Parteienfilzkrairie ohnegleichen in diesem Land befördert. Ämter, insbesondere Spitzenämter im Öffentlichen Dienst, werden danach immer weniger nach Leistung, sondern nach Parteibuch vergeben. Mit der Folge einer zunehmenden Ineffizienz und Inkompetenz des Öffentlichen Dienstes.

Wenn wir einen näheren Blick in das Gefüge und die Verfasstheit der derzeit agierenden Parteien werfen, dann müssen wir feststellen, dass sie sich zunehmend von dem in ihrem Logo postulierten Anspruch entfernt

haben. Das gilt insbesondere für die beiden einst dominierenden Volksparteien.

Ihr Niedergang resultiert in erster Linie daraus, dass bei ihnen keine entscheidenden Gegensätze und unterschiedlichen Politikentwürfe mehr ausgemacht werden können. Die Annäherung bis fast zur Deckungsgleichheit besteht vor allen Dingen darin, dass die vormalige traditionsbewusste Arbeitnehmerpartei unter Schröder, der ja die treffende Bezeichnung vom ‚Genossen der Bosse‘ erhielt, zur Arbeitgeberpartei mutierte. Von seiner vielgerühmten ‚Agenda‘ profitierten in erster Linie Großkapital und Finanzhaie. Mittelstand und Arbeitnehmer waren die sozialen Verlierer, durften aber Schröders unbezahlte Zeche, als Finanz- und Wirtschaftsblase platzten, dann bezahlen. Übrigens wollen wir nicht versäumen nachzutragen, dass auch die Grünen sich als willfährige Helfer von Schröders Agenda gerierten.

Es ist nicht nur der lang nachwirkende Kollateralschaden, den Schröder seiner Partei zugefügt hat, sondern es sind auch die Konsorten aus seinem Gefolge, die sich noch immer an maßgeblicher Stelle in der SPD positioniert haben. Solange die SPD sich nicht wieder klarer als Arbeitnehmerpartei formiert, wird sie zukünftig nur noch vermehrt zum Juniorpartner in Regierungskoalitionen taugen.



Wie wenig die Sozialdemokraten derzeit wirklich eine Arbeitnehmerpartei sind, zeigt sich auch darin, dass sich nur noch ganze drei klassische Arbeiter in den Reihen der Bundespartei befinden. Da wird das Absingen der proletarischen Hymne regelrecht zur Farce.

Wohin die CDU unter der Kanzlerin Merkel gegenwärtig hinsteuert, ist in dem ‚Regierungschaosverein‘ mit der FDP nicht erkennbar. Positionen werden mit Verve eingenommen, um bei der nächsten Volte wieder über Bord geworfen zu werden. Die Kontinuität einer Partei, die für wirtschaftliche Kompetenz stand, die über lange Zeit über Mittelstandförderung und das Vorhalten von Arbeitsplätzen sozialen Ausgleich betreiben konnte, die aber auch immer in ihren Reihen Politiker hatte, die eine wertkonservative Kante zeigten, ist zu einer uniformen, indifferenten Partei der politischen Beliebigkeit geworden.

Eine Kanzlerin, die um ihres politischen Überlebens willen, derzeit einen Zickzack-Kurs ohnegleichen fährt, die wirtschafts- und wertkonservatives männliches Potential systematisch aus der Führungsriege der Union eliminiert hat, wird Mühe haben, die Legislaturperiode unbeschadet zu überstehen. Ein Zukunftsmodell ist das System Merkel derzeit jedenfalls nicht.

Wenden wir uns den kleineren Parteien zu. Auch wenn sie momentan in der Manier eines aufgeblasenen Och-

senfrosches mit viel heißer Luft daherkommen, und sich schon zu den Großen zählen, in dem Augenblick, wo die übertriebene Hysterie angesichts der Vorgänge in Japan - so deckten sich die Deutschen fern vom atomaren Gau in ihrer Ängstlichkeit mit mehr Jodtabletten und Geigerzählern ein als die betroffenen Japaner - wieder nüchterner Betrachtung gewichen ist, werden die Grünen wieder auf die ihnen gebührende Größe schrumpfen.

Denn sie werden sich bald wiederfinden in einem unauflösbaren Dilemma, bei dem sie in ihrem Engagement für Umwelt und erneuerbare Energien nur zwischen Teufel und Beelzebub wählen können, wollen sie nicht den Wirtschaftsstandort Deutschland nachhaltig schädigen. Abgesehen davon, dass ihnen die übrigen Parteien in Bezug auf einen überhasteten Atomausstieg inzwischen den Rang abgelaufen haben, was die Sache nicht besser macht, wird der verstärkte Einsatz von Kohle- und Gaskraftwerken die weltweite Klimakatastrophe beschleunigen.

Schon heute warnt Großbritanniens bekanntester Klima-Aktivist, der Zoologe George Monbiot, vor einem voreiligen Ausstieg aus der Atomenergie. Und er relativiert die sektiererische Haltung der Grünen in Bezug auf alternative Energien, die in erster Linie auf die diffusen Bauchgefühle eines Volkes abzielt, das zunehmend in Ängste

verfällt und das, was die Traumatisierungsquote anbelangt, weltweit Spitzenreiter sein dürfte.

So sieht Monbiot auch in dem, was derzeit in Deutschland geschieht eine „wilde Überreaktion“. Und er bringt Fakten für seine Thesen. So weist er auf eine Statistik hin, die die Todesfälle pro Terawattstunde produzierter Energie vergleicht. Dabei steht Kohle mit 161 Toten pro Terawattstunde einsam an der Spitze. Und die Atomkraft liegt mit nur 0,04(!) Todesfällen noch hinter Solaranlagen und Windkraft. Und wer zulassen will, dass unsere deutschen Landschaften nachhaltig mit ‚Windkraftspargeln‘ verschandelt werden, der begeben sich auf einen Trip durch die USA und fahre einmal über das Colorado-Plateau. Aberhunderte überwiegend ramponierte Windkraftträder gammeln dort vor sich hin und bieten einen erschreckenden Anblick. Und die Problematik bei Kohle- und Gaskraftwerken, ohne die es nicht gehen wird, ist nicht zu Ende gedacht.

Das Fazit von Monbiot lautet: „Eine Atomanlage ist gefährlich, wenn ein Unfall passiert. Eine Kohlekraftanlage ist gefährlich, wenn sie normal funktioniert. Ein Kohlekraftwerk funktioniert jeden Tag ‚normal‘. Unfälle in Reaktoren hingegen passieren sehr, sehr selten!“ Monbiot empfindet es als eine Tragödie, dass die Grünen derzeit den Kampf gegen den weltweiten Klimawandel dem Ausstieg aus der Kernenergie unterordnen.

Die Grünen würden damit die Realität gegen eine Fantasiewelt eintauschen.

Welchen Sinn macht es eigentlich, wenn wir unsere derzeit 17 AKWs, die einen vergleichsweise hohen Sicherheitsstandard aufweisen, jetzt panikartig abschalten und im Gegenzug aus maroden Atomkraftwerken aus Tschechien und Frankreich Atomstrom beziehen müssen? Frankreich ist übrigens mit 53 Atomkraftwerken europäischer Primus und plant bis 2020 weitere 10 Kernkraftwerke! Und die Franzosen werden sich sicher langfristig nicht von grünbewegten Atomkraftgegnern, die sich in ihrer Mehrheit aus Anti-AKW-Touristen aus Deutschland rekrutieren, von ihrem Energiekonzept abbringen lassen.

Angst ist derzeit die verbreitetste Weltanschauung unter den Deutschen. Und sie ist wie wir wissen der schlechteste Ratgeber. Die Frage, ob es nicht in der Abwägung von Chancen und Risiken von Atomenergie, im knallharten Verdrängungswettbewerb der Industrienationen besser wäre, das eigene, hochentwickelte Know-how, auch um der eigenen Sicherheit willen weiter zu entwickeln, bedarf der mehr wissenschaftlich-rationalen Abklärung als des diffusen Bauchgefühls.

Nach der griechischen Mythologie kam mit dem Öffnen der Büchse der Pandora das Schlechte in die Welt. Aus dieser Büchse entfleuchte, befördert durch menschlichen Forschungsdrang, auch die Atomenergie. Dabei ist

das nukleare Waffenarsenal auf dieser Welt, das zum Beispiel in Pakistan in die Hände aufständischer Taliban geraten könnte, das eigentliche Bedrohungspotential. Sowohl bei der Bedrohung von Atomwaffen als auch bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie gilt wie in der Geschichte der Pandora das Prinzip Hoffnung.

Angesichts dieser weltweiten Problematik und der Unumkehrbarkeit eines atomaren Zeitalters, ist es schlichtweg naiv und wirklichkeitsfremd den Deutschen vorzugaukeln, sie könnten sich auf eine Insel grüner Seligkeit zurückziehen. Und im Ausblenden von Wirklichkeiten sind sie Grünen ausgesprochene Spezialisten.

Auch mit ihrem Multi-Kulti-Utopia, der erwähnten vergrabenen Bombe mit Langzeitwirkung, haben sie den Deutschen in der Summe bevölkerungspolitisch mehr Schaden als Nutzen zugefügt.

Wir alle in Deutschland, vor allen die von Grünen und Linken zum Vorwand genommenen ärmeren Deutschen, hätten längst allesamt „mehr Netto vom Brutto“ im Geldbeutel, wie es die FDP vor der Bundestagswahl plakatierete, dabei aber den Zusatz vergaß, dass dies nur für die Bestverdienenden gemeint war, wenn nicht die Kosten des Migrationsfurors und damit Milliarden verzehrende Unterhaltungskosten für eine regelrechte Migrationsindustrie und ein kostenaufwendiges, wenig stringentes, und sich über Endlosverfahren hinziehendes

Asyl- und Aufenthaltsrecht weitere enorme Summen verschlingen würde.

So bedauerlich es ist, dass das wirtschaftlich am besten aufgestellte Bundesland in dieser Republik Rot-Grün anheim gefallen ist, so sehr stehen die Grünen, die erstmals einen Ministerpräsidenten in Regierungsverantwortung stellen, jetzt in der Pflicht. Und das Debakel ist unschwer vorauszusehen. Es wird sich zeigen in dem ewigen Dilemma in dem die Grünen von Anbeginn stehen. Dem Zwiespalt einer ursprünglichen Bürgerbewegung und dem einer etablierten Partei. Die aufmüpfige, demonstrierfreudige Basis wird denen, die jetzt unter dem Diktat von Sachzwängen in Baden-Württemberg regieren müssen schon kräftig einheizen. Und vehement gegen alles opponieren, was nicht ‚Grün‘ pur ist!

Werfen wir noch einen Blick auf die FDP, die auf dem besten Weg ist sich gänzlich abzuschaffen. Eine Partei, die weit über die Nachkriegszeit der Bundesrepublik mit hervorragenden Persönlichkeiten an ihrer Spitze durch kluge, liberale und sachbezogene Politik die Geschicke unseres Landes maßgeblich beeinflusst und mit gestaltet hat.

Unter Westerwelle ist die Partei zur neoliberalen Gefälligkeitspartei des Großkapitals und der (erheblich) besser Verdienenden geworden. Sie betreibt in schamlosester Weise Klientel-Politik, bei der in nicht zu übertref-

fender Dummdreistigkeit Wahlspenden direkt in Gefälligkeitpolitik umgemünzt wurden, und sie ist entscheidend verantwortlich für das chaotische Gesamtbild, das die derzeitige Bundesregierung bietet. Die bisher reichliche profillose junge Garde hinter Westerwelle wird Herkulesarbeit leisten müssen, um wieder Oberwasser zu bekommen.

Auch nach dem ‚freiwillig erzwungenen Verzicht‘ von Westerwelle wirkt die Neuinszenierung der Partei wie das Schauspiel von des ‚Kaisers neuen Kleidern‘. Zu sehr ist die Partei in den Geruch einer reinen Klientel-Partei geraten. Zu sehr und zu lange hat sie sich als neoliberale Partei einer abgehobenen Klasse von Wohlstandsbürgern und Yuppies geoutet, als dass ihr jemand im Land die derzeitigen panischen Volten und Rückwärtsrollen abnehmen würde. Sie ist vielmehr auch nach dem Rollentausch und der Verjüngungskur weiter im steilen Sinkflug begriffen und muss derzeit sogar um ihren Wiedereinzug in das Bundesparlament bangen.

Ohne die arbeitnehmerfeindliche Agenda und dem von Profilneurose gezeichneten Streit der ehemaligen Intimgenossen und Daueregomanen, gäbe es sie gar nicht: die ‚Linke‘. Schröder und Lafontaine gleichermaßen haben der SPD als Volkspartei den Todesstoß versetzt.

Dank ihrer Hilfe ist sie jetzt wieder auferstanden aus den Ruinen des menschenverachtenden Systems der Ein-

heitssozialisten der ehemaligen DDR. Und die kommunistische Plattform im Osten, in der sich alle ehemaligen Kader und Nutznießer versammelt haben, und sich weiter ein großer Teil von Enttäuschten befindet, die sich weiter sozialistisch pampern lassen wollen und dabei nicht in der Leistungsgesellschaft der Bundesrepublik angekommen sind, wird im Westen ergänzt durch Porsche fahrende Salonbolschewiken, und gefährliche Spätromantiker, die wie zu Zeiten der 68-er postkommunistischen Ideen anhängen.

Dass, was die Linke gefährlich macht, sollte sie sich auf Dauer etablieren, ist eine entsprechende Gegenbewegung im rechten Spektrum. Schon jetzt überwiegt rein statistisch das derzeit vorhandene rechtsradikale Potential und Gedankengut in der Bundesrepublik gegenüber dem linkslastigen Anteil. Was der rechten Szene derzeit fehlt, sind charismatische Führungspersönlichkeiten. Mit der Etablierung einer Rechtspartei bei gleichzeitigem Wählerschwund bei den beiden Noch-Volksparteien kämen wir dann Weimarer Verhältnissen wieder bedenklich näher.



## Filzläuse!

*„Der Geist denkt, das Geld lenkt!“*

Oswald Spengler: Untergang des Abendlandes

Läuse generell, so weiß es der Duden, als flügellose Insekten mit stechsaugenden Mundwerkzeugen und Klammerbeinen machen eine unvollständige Verwandlung durch und leben als Blutsauger an anderen Säugern.

Das mit Abstand widerlichste Pack unter diesen Kleinpasiten, das dabei den Menschen bei mangelnder Hygiene heimsucht, sind die Filzläuse. Und sie bevorzugen insbesondere das Dunkle und das Geflecht von Intimsphären.

Was immer schon in Bezug auf Geld, Käuflichkeit und auf politische Hygiene umgemünzt, scheinbar schicksalsgegeben oder weil offensichtlich der menschlichen Natur adäquat und immanent, unter dem Begriff ‚Vetternwirtschaft‘ firmierte, und nach dem Motto kommentiert wurde: ‚ein Vetter auf Erden sei dem Menschen nützlicher, als ein Dutzend Heiliger im Himmel‘, hat inzwischen die höchst unappetitliche Dimension einer das gesellschaftliche Gesamtgefüge zerstörenden Filzokratie erreicht.

Nach dem Motto: „Cosi fan tutte!“, tun fast alle in dieser Republik, was ihnen von den sogenannten Eliten in Politik und Gesellschaft vorgelebt wird. Der verursachte volkswirtschaftliche Schaden geht bei hoher Dunkelziffer in die Milliarden. Das Brutto-Inland-Produkt (BIP) reduziert sich auf dem Hintergrund von Schattenwirtschaft und Korruption in Deutschland permanent und wird damit zu einer entscheidenden Wirtschaftsbremse.

Korruption frisst so nicht nur die Produktivität auf, sondern neben dem volkswirtschaftlichen Schaden entsteht auch ein moralischer, denn die Unternehmen, die sich nicht an den Bestechungsaktivitäten ihrer Konkurrenten beteiligen, scheiden häufig aus dem Wettbewerb.

Professor Friedrich Schneider vom Institut für Volkswirtschaftslehre an der Johannes Kepler Universität Linz hat die Schattenwirtschaft und Korruption in Deutschland und Österreich auf dem globalen Hintergrund der Weltwirtschaftskrise von 2010 untersucht. Er kommt zu dem Ergebnis, dass das offizielle Brutto-Inland-Produkt sich um 3% verringerte und einen Anstieg der Arbeitslosen um eine Million zur Folge hatte. Er hat eigene Berechnungen auf der von CPI-Transparency in 2010 erstellten Grundlage vorgenommen, und sie in einer tabellarischen Übersicht zusammengestellt.

Tabelle 5.2: Entwicklung der Korruption und des Schadens aus der Korruption in Deutschland von 2004 bis 2010

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010 Prognose/A nnahme über Korruptions entwicklung
Schaden <sup>1)</sup> in Mrd. Euro	220	230	245	268	261	250	270
CPI Korruptions-, Transparency Index (je höher, desto geringer die Korruption!)	8,2	8,2	8,0	7,8	7,9	8,0	7,8
Rang von Deutschland (je tiefer, desto besser!)	15	16	16	16	14	14	-

<sup>1)</sup> Volkswirtschaftlicher Schaden (vermindertes BIP), der durch Korruption entsteht.

Quelle: CPI Transparency, Berlin 20010, und eigene Berechnungen.

Aus dieser Tabelle wird erkenntlich, dass zum Beispiel ohne Korruption das deutsche Bruttosozialprodukt im Jahre 2009 um 250 Milliarden Euro höher gewesen wäre. - In Schattenwirtschaft und Korruption liegt aber auch enormer sozialer Sprengstoff. Denn proportional zu der Gewinnmaximierung einer korrumpierten Oberschicht wächst die Armut im Land, schrumpfen die finanziellen Ressourcen für Bildung und Forschung.

Wie sehr das mehr als nur unappetitliche ‚Geschmäcke‘ der Vorteilsnahme und Verflechtung von Wirtschaft und Politik auch nicht mehr vor dem Kanzleramt halt macht, hat die Spendenaffäre im Zusammenhang mit Altkanzler Kohl gezeigt. Während Kohl sich aber nicht persönlich bereichert hat, hat sich sein Nachfolger im Amt wesentlich großzügiger selbst bedient. Der Zwischenrufer vom Stern, Jörges, schätzt Schröders Jahreseinkommen auf derzeit 10 Millionen Euro! Was davon versteuert wird

oder in Rubel ab- oder umgerechnet wird, davon schweigt des Sängers Höflichkeit. Während Schröder seinen malochenden Genossen den Gürtel über Hartz IV, Leiharbeit, längere Lebensarbeitszeit und Lohndumping zum Nutzen des Großkapitals immer enger zog, sorgte er selbst dafür, dass er jetzt finanziell in der Champions League spielt.

Im Internet ist im Zusammenhang mit der erwähnten unseligen Hannover-Connection bereits von Filzläusen oder etwas milder abgewandelt bezogen auf das Umfeld und wirtschaftspolitische Geflecht, das der Altkanzler sich mit Hilfe seines Amtes als Kanzler dieser Republik national und international geschaffen hat, von Filzfröschen die Rede. Abgeleitet aus: „Friends of Gerd“, eben: FROGs.

Es wurde bereits erwähnt, das Deutschland nicht nur durch unverschämte Vorteilsnahme der politischen Kaste, sondern allgemein durch Ämterpatronage, Bestechlichkeit und Korruption in den Behörden Gefahr läuft, in den Dunstkreis von Bananenrepubliken zu gelangen.- Geht man den Ursachen nach, dann kommt man zu der Erkenntnis, dass diese Entwicklung befördert und beschleunigt wurde durch die Sonderstellung und Sonderprivilegien mit der sich die Parlamentarier in der Bundesrepublik selbst üppig ausstaffierten.

Sie haben sich damit weitestgehend in einen Ausnahmestatus gegenüber dem Normalbürger versetzt, und damit de facto für ihre Kaste die Normen des Bürgerlichen Gesetzbuches außer Kraft gesetzt. Diese besonderen Privilegien, neben zahlreichen anderen Ausnahmetatbeständen, lassen sich zunächst auf vier Bereiche fokussieren:

**1. Immunität**

**2. Indemnität**

**3. Diäten**

**4. und das Zeugnisverweigerungsrecht**

Die Immunität schützt nach Art. 46 Abs. 2 GG, die Abgeordneten vor Strafverfolgung durch Polizei und Gerichte. Ein Sonderrecht, das erst bei entsprechender Schwere der Strafe aufgehoben werden kann.

Da das Bonner Grundgesetz in einer Art Abkehr- und Abwehrreaktion auf den Unrechtsstaat der Nationalsozialisten verfasst wurde, sollte damit der willkürlichen Verhaftung missliebiger Abgeordneter vorgebeugt werden. In demokratischen Zeiten, die den Prinzipien des Rechtsstaates folgen sollten, besteht für ein solches Sonderrecht eigentlich keine Veranlassung mehr.

Mit Indemnität ist gemeint, dass ein Abgeordneter wegen bestimmter Äußerungen im Parlament oder in den Ausschüssen weder dienstlich noch gerichtlich belangt werden kann. Auch sein Verhalten bei Abstimmungen ist straffrei. Was im Zusammenhang mit Bestechlichkeit und Korruption noch näher zu kommentieren sein wird. Und hier kommt erschwerend hinzu, dass im Gegensatz zur Immunität die Indemnität eines Abgeordneten nicht aufgehoben werden kann.

Das Gehalt der Bundestagsabgeordneten, das derzeit satte 7000 Euro nebst einer pauschalen Aufwandsentschädigung von 3650 Euro im Monat beträgt, bezahlt der Steuerzahler. Auf die Höhe und Erhöhung der Diäten hat der eigentliche Arbeitgeber, nämlich das steuerzahlende Volk, keinerlei Einfluss. Darüber bestimmen die Abgeordneten per Gesetz in schönster Eintracht selbst. Und ihre Ruhestandsbezüge sind später, anders als Renten und Pensionen, auch noch steuerfrei.

Im Zeugnisverweigerungsrecht haben Abgeordnete gegenüber Normalbürgern das besondere Recht gegenüber Strafverfolgungsbehörden und vor Gerichten über Personen, die ihnen in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete Sachverhalte und Tatsachen anvertraut haben, sowie über Unterlagen und Fakten in diesem Zusammenhang, das Recht auf Verweigerung von Aussagen.

Reichen wir noch einen kleinen Ausschnitt weiterer selbsterteilter Vorrechte gegenüber dem Normalbürger nach, als da wären:

- kostenloses Parken an Flughäfen,
- Schutz vor dem Wählervolk durch eine sogenannte Bannmeile,
- Abgeordnete genießen einen vierjährigen Kündigungsschutz
- und zahlreiche Nebenjobs, deren Einkommenshöhe nicht genannt werden muss.

Jeder kleine Schwarzarbeiter in diesem Land, der über harte Zusatzarbeit seine bescheidene Haushaltskasse aufbessern möchte, wird von eigens dazu geschaffenen Strafverfolgungsbehörden verfolgt, und wenn ertappt, von Gerichten hart abgeurteilt. An diesem Beispiel lässt sich im direkten Abgleich mit der Dunkelzone eines Beziehungsgeflechtes in dem Mandatsträger via Nebenjob vom Großkapital zwecks ‚Pfleger der politischen Landschaft‘ üppig dotierte Zusatzjobs erhalten, das ganze korrupte und korrumpierte System dieser Republik festmachen! In ihm manifestiert sich aber auch der ungeheure Zorn der sogenannten einfachen Bürger dieses Landes. Und er wird eines nicht zu fernem Tages über-

mächtig werden mit der Gefahr einer extremen Systemveränderung oder sogar Systemzerstörung.

Über vier Jahrzehnte war die Bestechung von Mandatsträgern in dieser Republik straflos. Erst im Jahre 1994 hat der Gesetzgeber (das Parlament!) auf Druck des Bundesverfassungsgerichtes den Tatbestand der Abgeordnetenbestechung mit in das Strafgesetzbuch aufgenommen. Unter Juristen gilt der §108e StGB aber als typisches ‚Placebo-Gesetz‘. Denn in Wahrheit täuscht es nur vor, die Bestechung von Abgeordneten umfassend zu regeln. So umfasst der neu formulierte Tatbestand nicht die Tätigkeit der Abgeordneten in Fraktionen, Ausschüssen, Kommissionen und anderen Gremien, weil dies unter die nicht aufhebbare Indemnität der Volksvertreter fällt.

Unter Strafe wird nur gestellt, wenn ein Abgeordneter für ein bestimmtes künftiges Abstimmungsverhalten Zahlungen oder sonstige Vorteile als Gegenleistung in Empfang nimmt. Die nachträgliche Gratifikation, also alles, was so unisono für Lobbytätigkeit fällig wird, ist dagegen nicht unter Strafe gestellt. Und hier zeigt sich wieder die ganze pure Unverschämtheit, Pervertiertheit, maßlose Vorteilsnahme und Dummdreistigkeit unserer sogenannten Volkvertreter!

Enorme Bereicherungssummen kreisen so nach dem ‚Cosi fan tutte – Prinzip‘ durch diese Republik. Nicht nur



durch ‚das Anfüttern‘ korrupter Abgeordneter, sondern auch infolge von Vorteilsnahme auf allen politischen Ebenen durch eine in die Parteienfilzokratie involvierte Beamtenschaft und kommunale Mandatsträger. Einer derart stetig anwachsenden Lawine dubioser Geldumläufe durch Korruption als neue Erscheinungsform organisierter Wirtschaftskriminalität, die enorme Geldmengen am Volk vorbei führt, mit schwerstkriminellen Begleitdelikten wie Steuerhinterziehung, Schwarzgeldkonten, Geldwäsche und Kartellbildung, stehen die Strafverfolgungsbehörden sowie die Justiz derzeit noch völlig überrascht, überfordert und konzeptionslos gegenüber.

Aus guten Gründen forderte die Uno in ihrer Konvention von 2002 daher, dass es ein möglichst schnelles Ende haben muss mit dem strafrechtlichen Privileg der Abgeordneten in Sachen Vorteilsnahme im Amt. Statt sich in maßloser Arroganz gegenüber weniger entwickelten Ländern als demokratischer Musterknabe zu gerieren und dort Demokratiedefizite zu beklagen, sollte man zunächst einmal den eigenen Augiasstall ausmisten!

Allein die Höhe von bekannten und offengelegten Nebeneinkünften von Mandatsträgern, mindestens 15 Abgeordnete erzielten dabei in 2006 über 50 000 Euro(!), lassen in ihrer Höhe entsprechende Vermutungen über die Rückwirkung auf die Mandatsausübung zu. Aber da

wären auch noch ‚Spitzenabzocker‘ mit über 100 000 Euro.

Drei davon seien namentlich angeführt. So kam Friedrich Merz (CDU) zeitweise auf 250 000 Euro, Anette Kramme von der SPD brachte es auf 140 000 Euro und Genosse (vormals Grüner) und Ex-Innenminister Otto Schily bezog mindestens 140 000 Euro aus anwaltlicher Beratung für den Siemens-Konzern. Aktuell steht gerade wieder ein Ex-Siemens Vorstand in einer weiteren Schmiergeldaffäre des Konzerns vor Gericht. Und Heinz-Peter Hausteil (FDP), bezieht 126 000 Euro als Geschäftsführer aus seinem Unternehmen. Wohlgermerkt hier handelt es sich um offengelegte Beträge. Was in der Dunkelzone, jenem vernetzten Intimbereich der ‚politischen Filzläuse‘ dieser Republik, so gedealt und nach dem Gefälligkeitsprinzip abgezockt, abgewickelt und abgerechnet wird, muss so beträchtlich sein, dass die Selbstbedienungstruppe aus den Parteien immer wieder im Clinch mit dem Bundesverfassungsgericht liegt, um mit ‚Organstreitklagen‘ die Offenlegung von Nebentätigkeiten der Bundestagsabgeordneten zu verhindern.

So klagten in 2006 drei Abgeordnete der FDP: Heinrich Leonhard Kolb, Sibylle Laurisch und Hans-Joachim Otto; von der CDU: Friedrich Merz, Siegfried Kauder und Marco Wanderwitz(!); von der CSU: Max Staubinger und Wolfgang Götzer und von der SPD: Peter Dankert gegen

die Offenlegung. Am 4. Juli 2007 lehnte das Bundesverfassungsgericht bei Stimmengleichheit die Anträge der Kläger ab.

Die Richter des Zweiten Senates des Bundesverfassungsgerichtes wiesen damit erstmals darauf hin, was im Volk ohnehin klar war, „dass die Annahme nicht von der Hand zu weisen sei, dass von den dotierten Nebentätigkeiten der Abgeordneten etwa in Aufsichtsräten großer Konzerne, besondere Gefahren für die Unabhängigkeit der Mandatsträger ausgehe. Das Volk habe einen Anspruch darauf zu wissen, von wem und in welcher Größenordnung seine Vertreter Geld entgegennehmen. Das Interesse der Abgeordneten an Vertraulichkeit der Daten sei demgegenüber zweitrangig.“ Damit ist das Bundesverfassungsgericht endlich der UN-Konvention gefolgt. Bleibt abzuwarten, ob bei konkreter Gesetzgebung nicht wieder nur ein windelweiches ‚Placebo-Gesetz‘ zustande kommt.

## **Fliehkräfte und Gefahrenpotentiale im gegenwärtigen Verfassungssystem der Bundesrepublik**

Als ich 1961 in Göttingen das Studium für das Lehramt aufnahm, hielt Christian Graf von Krockow die Rede anlässlich der Immatrikulationsfeier. Der Mann faszinierte mich vom ersten Augenblick an. An Politik und politischem Tagesgeschehen war ich damals eher desinteressiert, und meine Ambitionen für das Lehramt lagen in ganz anderen Fächern.

Aber die Gesamtpersönlichkeit des Grafen, sein freier und fesselnder Duktus, veranlassten mich zu einem Schnupperkurs in seinen Vorlesungen und Seminaren. Ich blieb. Und bis in seine letzten Tage hat er mich beeindruckt und mich in meinem geschichtlich-politischen Grundkodex nachhaltig geprägt und beeinflusst. Ich habe den verehrten Hochschullehrer, der dann zunächst als Dozent nach Frankfurt wechselte und sich später zu einer Karriere als freier Schriftsteller entschloss, auf seinen Vortragsreisen sporadisch getroffen, wenn es ihn in unsere Region verschlug.

Wahrscheinlich war es vor allen Dingen sein profundes Wissen um Geschichte und insbesondere die, die er als Betroffener in Kriegs- und Nachkriegszeit selbst erlebt und erlitten hatte, und die er in großartiger Literatur

verarbeitet hat, was in mir auf eine gewisse Seelenverwandtschaft stieß.

Aber da gab es auch den hellwachen, kritischen Betrachter der Verhältnisse der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft. In seiner kritischen Kommentierung der Grundrechte, die ausgehend von einer Prämisse und eindeutigen Formulierung von Menschen- und Freiheitsrechten in der Kernaussage, diese dann in diversen Ab- und Zusätzen wieder verwässern und unterschiedlich interpretieren, sah von Krockow früh einen unaufhebba- ren Dissens von idealtypischer Forderung und realisti- scher Auslegung. Und er belegte seine These durch die Heranziehung von Fallbeispielen.

Auch in seiner Analyse des vom Parlamentarischen Rat beschlossenen zukünftigen Verfassungsmodells für die Bundesrepublik überwog Skepsis. Zu sehr beeinflusst vom Diktat der Siegermächte sah er den Verfassungs- entwurf. Und damals schon bemängelte er den äußerst geringen Spielraum für direkte Bürgerteilhabe. Das ge- samte Verfassungskonstrukt schien ihm zu unfertig und im Endeffekt zu undemokratisch, um auf lange Zeit be- stehen zu können. Immer wieder betonte er die in der Präambel des Grundgesetzes zugestandene Vorläufigkeit und die darin enthaltene Chance auf Revidierung.

Eine seiner Kernaussagen, die für mich zunehmend an Aktualität gewonnen hat, lautete dem Sinn nach: „Kein

noch so gut ausformulierter und auf hehre Ziele von Freiheits- und Menschenrechte hin definierter Verfassungstext ist das Papier wert, auf dem er geschrieben wurde, wenn es nicht gelingt einen Grundkonsens zwischen Regierenden und Regierten herzustellen!“ - Dem wäre hinzuzufügen, dass sich weder Revolutionen, Revolten oder Massenerhebungen jeglicher Art an vertraglich Klausuliertes halten, wenn das Leben der Menschen nicht mehr ihrer Lebenswirklichkeit entspricht.

Diese Chance zu einer gründlichen Reform der antiquierten bundesrepublikanischen Verfassung und einer Revidierung des derzeitigen Parteiensystems wurde m.E. im Zuge der Wiedervereinigung gründlich vertan. Hier hat man nahezu im Stile einer Besatzungsmacht die ‚Brüder und Schwestern‘ im Osten vereinnahmt und ihnen das westdeutsche System eins zu eins übergestülpt. Was im Osten unseres Vaterlandes, wo ohne engagierten Bürgermut die Wiedervereinigung der Deutschen ja niemals stattgefunden hätte, zurecht zu tiefer Enttäuschung und bis in unsere Tage nachwirkenden Irritationen geführt hat.

Auf Grund der völlig veränderten historischen Situation und der Erkenntnis, dass es letztlich der sich selbst organisierende Bürgerprotest ist, und weniger das Geschick von Politikern, der ein Land positiv verändern kann, wäre allein schon eine Umschreibung der bestehenden

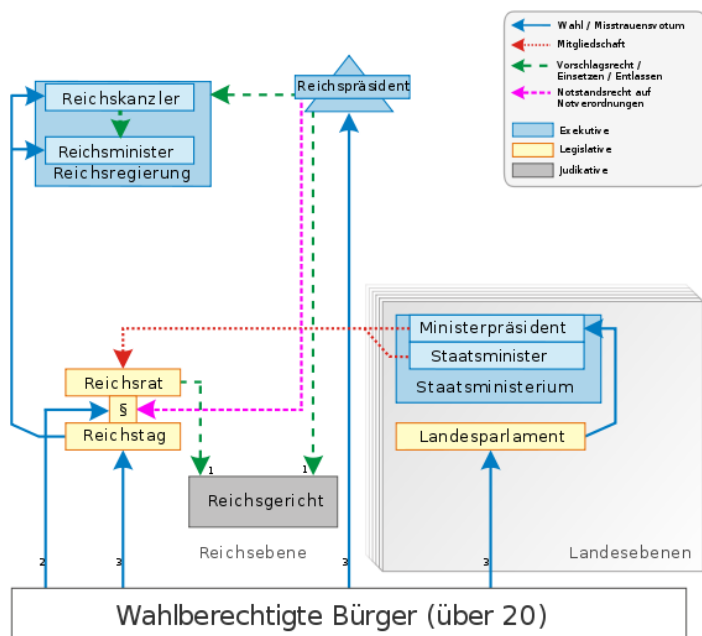
bundesrepublikanischen Verfassung in Richtung von mehr Bürgerbeteiligung von Nöten gewesen. Damit hätte man auch dem berechtigten Stolz der Ostdeutschen auf eine in der deutschen Geschichte einmalige und großartige Revolution die gebührende Anerkennung gezollt.

Es wäre zudem auch der günstigste Zeitpunkt für eine umfangreiche Föderalismusreform gewesen, mit dem Ziel eines neuen Zuschnittes der Bundesländer und damit einer Bereinigung von Flurschäden infolge föderaler Strukturen, wie etwa das durch Kleinstaaterei verursachte Bildungsdesaster in dieser Republik. Das einheitliche Schulsystem, bei dem alle Schüler/innen möglichst lange dieselbe Schule besuchen, wurde übrigens von dem PISA-Spitzenreiter Finnland, nachdem man sich zuvor in anderen Ländern gründlich umgesehen hatte, aus der ehemaligen DDR übernommen.

Ich hatte angedeutet, dass m.E. die Berliner Republik in ihrer derzeitigen Gesamtverfassung Gefahr läuft, wieder in Weimarer Verhältnisse zurückzufallen, und meine mit der Zustandsbeschreibung der derzeit agierenden Parteien und der Kritik am Ist-Zustand des derzeitigen parlamentarischen Systems, hinreichende Belege geliefert zu haben. Weil aber die Weimarer Republik für die jüngste deutsche Geschichte nahezu eine klassische Vorlage für das Scheitern einer demokratisch konzipierten

Verfassung liefert, die den ‚legalen‘ Übergang zu einem totalitären System ermöglicht hat, sollen im Versuch eines kurzen Abgleichens mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik, die besonderen Gefahrenmomente und Szenarien herausgestellt werden, die auch zu einem möglichen Ende der Berliner Republik führen könnten.

## Das Weimarer Verfassungsmodell



1 Der Reichspräsident ernennt die Reichsrichter auf Vorschlag des Reichsrates.

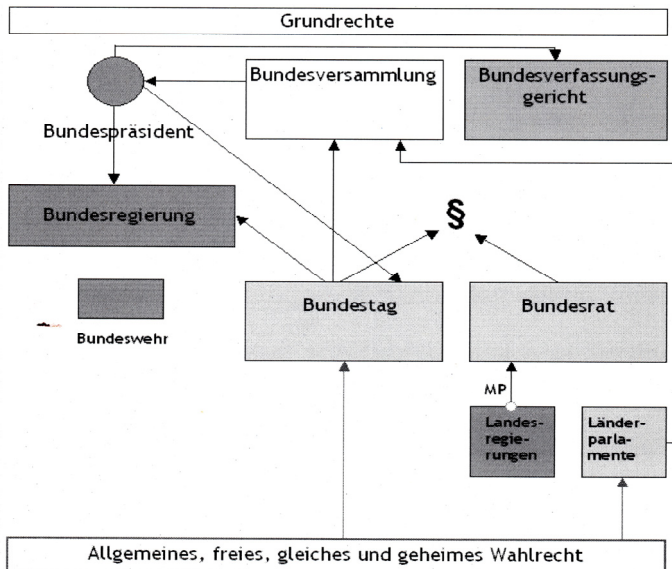
2 Ein Volksentscheid konnte durch ein Volksbegehren, das durch 10% der Wahlberechtigten verlangt wurde, oder auf Antrag des Reichspräsidenten zustande kommen.

3 Die Wahlen waren allgemein, geheim, unmittelbar und gleich. Reichstagswahlen finden alle 4 Jahre, Reichspräsidentenwahlen alle 7 Jahre statt.

Quelle: Wikipedia



## Verfassung der Bundesrepublik Deutschland



Betrachtet man die Weimarer Verfassung und reduziert sie auf ihre wichtigsten Elemente, so ist es zunächst einmal die herausgehobene Stellung des Reichspräsidenten. Direkt vom Volk gewählt, verkörperte er in seiner Person die höchste Staatsgewalt. Seine Amtszeit betrug sieben Jahre. Er war nach Artikel 45 der Verfassung völkerrechtlicher Vertreter seines Landes und nach Artikel 47 Oberbefehlshaber der Reichswehr.

Nach Artikel 48, Absatz 2 konnte er zudem ‚zur Herstellung des Reichsfriedens‘ sogar die Grundrechte außer Kraft setzen. Es wurde gängige Staatspraxis, mit Hilfe dieser Befugnisse die sogenannten Notverordnungen zu

erlassen. Im Zusammenspiel mit Artikel 25, der es dem Reichspräsidenten erlaubte, die Auflösung des Reichstages zu veranlassen, zeigte sich eine Machtfülle, die nur mit der des Kaisers im Bismarckreich zu vergleichen ist. – Einziges Regulativ: der Reichstag konnte mit Zweidrittelmehrheit eine Volksabstimmung zwecks Amtsenthebung initiieren, was bei den divergierenden politischen Kräften im Reichstag aber nie zum Tragen gekommen wäre. Ein interessanter Aspekt für eine Neuordnung des Bonner Grundgesetzes im Hinblick auf mehr Bürgerbeteiligung lag in weiteren, wichtigen Kompetenzen des Reichspräsidenten. Nach Artikel 73 konnte er bestimmen, dass ein Gesetz durch Volksentscheid bestätigt werden musste.

Die Zuständigkeit des Reiches wurde im Vergleich zur Bismarckschen Reichsverfassung erheblich gestärkt. Soweit das Reich Gesetze zu erlassen hatte, galt das Prinzip: Reichsrecht bricht Landesrecht. Als Staatsorgane fungierten in der Weimarer Reichsverfassung der Reichspräsident, der Reichstag, die Reichsregierung, der Reichsrat sowie der Staatsgerichtshof.

Die Legislaturperiode des Reichstages betrug wie die des Bundestages vier Jahre. Gewählt wurde nach dem Prinzip des Verhältniswahlrechtes, womit die Zusammensetzung des Parlamentes genau dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen entsprach. Das wäre auch im Hinblick

auf eine Parlamentsreform der Bundesrepublik eine Überlegung wert.

Der Reichskanzler sowie die von diesem vorgeschlagenen Minister wurden nicht vom Reichstag gewählt, sondern nach Artikel 52, 53 vom Reichspräsidenten ernannt. Sowohl im Reichstag als auch im Reichsrat hatte die Reichsregierung ein Gesetzesinitiativrecht.

Nach Artikel 60 vertrat der Reichsrat als weiteres Verfassungsorgan die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches. Er setzte sich aus Vertretern der Landesregierungen zusammen. Der Reichsrat konnte u.a. Vorschläge für die Besetzung des Reichsgerichtes machen und hatte ein Vetorecht gegenüber Beschlüssen des Reichstages. Was de facto aber angesichts der Omnipotenz des Reichspräsidenten kaum zum Tragen kam. Und pro forma spielte der Staatsgerichtshof eine ähnliche Rolle wie das Bundesverfassungsgericht. Wobei die Einzel- oder Sammelklage von Privatpersonen, auf der Grundlage der im Grundgesetz der Bundesrepublik formulierten Grund- und Freiheitsrechte in der Weimarer Verfassung nicht vorgesehen war.

Die gegenwärtige Verfassung der Bundesrepublik indiziert, dass in ihrer Konzeption eine Wiederholung der legalen Machtokkupation wie in der 2. Republik nicht mehr möglich ist, weil sie in erster Linie als scheinbar, wehrhaftes Gegenmodell zur Weimarer Verfassung kon-

stituiert wurde. Dabei wird unterstellt, dass die Weimarer Verfassung als Konstrukt der Nach-Kaiserzeit von vornherein weder zur Etablierung noch zur Stabilisierung demokratischer Verhältnisse beigetragen hat. Ein Urteil, das im historischen Rückblick schnell gefällt werden kann, das nichts, aber auch gar nichts über die Belastbarkeit und Überlebensfähigkeit unseres gegenwärtigen Verfassungssystems aussagt.

Es wird gemeinhin gesagt, die Weimarer Verfassung sei eigentlich eine Fortschreibung der Verfassung des Kaiserreiches gewesen. Das trifft zu, wenn man sowohl die dominierende Rolle des Kaisers als auch die des Reichspräsidenten in Betracht zieht. Aber hätte Hitler, der ja legal zunächst ‚nur‘ als Reichskanzler agierte, nicht gerade durch die weitaus stärkere Position des Reichspräsidenten, sobald Gefahr im Verzug gewesen wäre, leicht ausgehebelt werden können? Faktisch, und auf Grundlage der Verfassung, eindeutig ja. Aber, und das belegt den Zweifel an allen noch so gut verklausulierten Verfassungskonstruktionen: entscheidend ist das Agieren oder wie im Fall des Reichspräsidenten Hindenburg Nichtagieren von Einzelpersonen und die besondere Gemengelage im Volk. Denn letztlich wollte das durch die Siegermächte gedemütigte deutsche Volk, das in der Weimarer Demokratie dazu keine geeignete Institution sah, durch eine starke, nationale Führung wieder zu seiner

angemessenen Rolle unter den Völkern Europas zurückkehren.

So gesehen hatte die 2. Deutsche Republik von Anfang an keine Chance. Und es gilt unisono: wenn die Lebensverhältnisse der Menschen durch äußere Pression und im Inneren der Gesellschaft durch extrem auseinanderdriftende Kräfte zunehmend bestimmt werden, Verfassungstext und Lebenswirklichkeit immer weiter auseinanderklaffen, dann wächst übermächtig der Wunsch nach radikaler Veränderung und gleichzeitig nach starker Führung.

Auch unsere gegenwärtige Verfassung, bisher noch keinem extremen Tauglichkeits- und Härtest unterzogen, wäre kein demokratisches Bollwerk gewesen gegen die zerstörerischen Kräfte, die das Ende der Weimarer Republik besiegelten. Die Rache der Siegermächte aus dem Ersten Weltkrieg, die das Deutsche Reich im Versailler Vertrag mit dem Verdikt der Alleinschuld an den internationalen Pranger stellten, und mit harten Reparationszahlungen in Not und Elend trieben, war von vornherein in keiner Weise geeignet, die Deutschen für das Muster der westlichen Demokratien zu begeistern. Die Weltwirtschaftskrise von 1929/30 mit galoppierender Inflation, Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut, jeder Hartz IV – Empfänger darf sich heute im Vergleich dazu glücklich schätzen, tat ein Übriges und stürzte die Men-

schen damals in tiefste Verzweiflung. Viele sahen nur im Selbstmord einen Ausweg.

Bei einem ähnlichen Szenario würde auch das repräsentative Verfassungssystem der Bundesrepublik samt seinen derzeitigen Platzhaltern erbarmungslos hinweggefegt werden. Ja, die Toleranzgrenze dürfte angesichts der neuen Befindlichkeit und Empfindlichkeit der deutschen Bundesbürger um ein Deutliches unter dem liegen, was den Bürgern der 2. Republik zugemutet wurde.

**„Die latente zerstörerische Gewalt, liegt in dem vermehrten Strandgut, das diese Gesellschaft produziert. Alle, die zur Zeit noch in einer diffusen Masse orientierungslos im Wohlstandsmüll dahin dümpeln, durch mangelhafte Bildung und Ausbildung zu kurz gekommen sind, und in ihrer Kindheit weder Zuspruch, Halt noch Liebe erfahren haben, infolge Masseneinwanderung und mangelnder Integration in dieser Gesellschaft nicht angekommen sind, bilden bereits heute ein gewaltiges Potential, dem es im Augenblick nur an Weg, Richtung und Führung für ein gewaltsames Einbrechen in die abgehobene und abgeschottete Wohlstandsbürgerschicht fehlt!“**

Zu dieser gesamtgesellschaftlichen Einschätzung bin ich unter anderem bei der Hintergrundrecherche zu meinem Bildungsreport gelangt, da Schule insgesamt die gesellschaftlichen Verhältnisse in besonderer Weise re-

produziert. Und um die von mir vorgetragene These zu untermauern, möchte ich den wohl renommiertesten Kenner und Analysten der Weimarer Republik ins Feld führen

„Blickt man allerdings auf die vielschichtige demokratische Gedanken- und Verfassungsentwicklung zurück, so bleibt zu bedenken, wie ständig präsent die Möglichkeit eines Rückfalls in autoritäre oder der Verführung zu totalitären Politikformen ist, die auch nach der Durchsetzung des modernen Rechtsstaates immer wieder über die Demokratieidee hereinbrachen.

Man wird diese dann also nicht einfach als notwendige Konsequenz eines einlinigen geschichtlichen Fortschritts oder als ohne weiteres übertragbare ‚beste‘ Form eines Staates im Sinne der ewigen Suche nach dem idealen Staat betrachten können. Sie ist vielmehr Frucht sowohl einer höchst komplizierten sozialen und politischen wie zugleich vor allem einer geistigen und moralischen Anstrengung, die immer wieder darauf ausgeht, die Schranken der bloß ‚natürlichen‘ Verhältnisse zu überwinden und den Prozess der ‚Zivilisation‘ über einen bloßen Machtdarwinismus hinauszuführen.“

Der dies sagt, ist der Politologe Karl Dietrich Bracher. Nach dem Studium der Geschichte, Literatur und Philosophie in Tübingen und Harvard, habilitierte er in Berlin und ist zusammen mit Hans-Peter Schwarz Herausgeber

der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Mitglied mehrerer Akademien, sowie des Ordens „Pour le mérite für Wissenschaft und Künste“.

Ein Sehender und vor allen Dingen Wissender, im Gegensatz zu vielen sich in Talkshows drängende Dauergäste aus der Zunft der Politikwissenschaftler. Bracher hat vor allen Dingen schon sehr früh die Gefahren benannt, die er vor allen Dingen in der legalen Okkupation der 2. Republik durch die totalitäre Herrschaft der Nationalsozialisten sah.

In seinem 1992, in der Deutschen Verlagsanstalt, Stuttgart, erschienenem Buch: ‚Wendezeiten der Geschichte‘, nimmt er die nunmehr gesamtdeutschen Verhältnisse in der Berliner Republik auch im Abgleich auf die Weimarer Republik, nochmals genauer unter die Lupe.

Es ist insbesondere der Mangel an geistig-moralischer Anstrengung und Ausrichtung in der gegenwärtigen Gesellschaft und politischen Führung dieses Landes, wodurch dem gesamten verfassten politischen System der Bundesrepublik ein Aus droht. Und diese Gefahren, lassen sich an zwei Punkten festmachen.

Bracher weist an anderer Stelle darauf hin, dass die Weimarer Republik unter anderem an einem verhängnisvollen ‚Wertneutralismus‘ litt. Bezogen auf die heutigen Verhältnisse könnte man dazu ergänzen, dass die



Berliner Republik an einem zunehmenden Werteverfall leidet, und die Gesellschaft insgesamt einem Wertefatalismus anheimgefallen ist.

Für die 2. Republik folgte daraus, dass sie sich schutzlos den wertbetonten Angriffen aus dem rechten und linken Lager ausgesetzt sah. Ein demokratisches System, das seinen Gegnern ‚das Monopol der Wertsetzung‘ überlässt, so Bracher, ist zum Scheitern verurteilt. Man könnte dies auf die vereinfachte Formel bringen: **aus Werterelativismus und Werteneutralität folgert letztendlich politische Wehrlosigkeit!**

In Ermanglung einer solchen Werteorientierung und eines ‚Denkvakuums‘ seiner Eliten im Hinblick auf moralisch-geistige Erneuerung ist auch die Berliner Republik, insbesondere in Zeiten vermehrter Krisen, die Finanz- und Wirtschaftskrise ist trotz momentaner wirtschaftlicher Scheinblüte noch längst nicht überwunden, bedrohlich eng an die Weimarer Verhältnissen herangerückt. Demokratieverdrossenheit, Resignation, und Skepsis überwiegen in weiten Teilen der Bevölkerung.

Eine zweite, systemimmanente Schwäche kommt hinzu. Die Bonner Nachkriegsrepublik wurde in Verfassung und Systemausgestaltung als Reaktion auf die nationalsozialistische Diktatur und fremdbestimmt, unter dem starken Einfluss der Siegermächte in tiefem Misstrauen gegenüber dem eigenen Volk konzipiert.

Unter diesen Prämissen beschloss der Parlamentarische Rat am 8. Mai 1949 als Nachkriegsverfassung, das merkwürdige Konstrukt einer ‚Repräsentativen Demokratie‘ zu etablieren. Nach der klassischen Definition werden mit Parlamentarischer- und Präsidialer Demokratie zwei moderne Formen der Demokratie genannt.

Das ‚Zwittergebilde‘ unserer gegenwärtigen ‚Repräsentativen Demokratie‘ als einer unmittelbaren Form von Demokratie war und ist in seiner besonderen Form so konzipiert, dass es die mittelbare, sprich direkte Beteiligung und Teilhabe der Bürger an der gesellschaftspolitischen Gestaltung ihres Landes weitestgehend ausklammert. Es funktionierte und hat zum Teil hervorragende Arbeit geleistet in einer Zeit allgemeiner Verzweiflung, Hilflosigkeit, Orientierungslosigkeit und politischer Unmündigkeit der deutschen Nachkriegsbürger.

In Zeiten zunehmender Interdependenz und eines geradezu planetarischen Systems von weltweiter Vernetzung, einem durch Internet, Facebook und Handy rasant beförderten Informationsaustausch, ist der Wahlbürger der Neuzeit auch im Rückblick und im Vergleich zu der unmittelbaren Nachkriegszeit ein gänzlich anderer geworden. Und was die Deutschen betrifft, so haben sie sich längst auf Augenhöhe zu anderen Demokraten hin emanzipiert. Ein Revirement des derzeitigen Parteien- und parlamentarischen Systems ist daher unumgänglich.

Es wäre anmaßend, hier im Detail ein Konzept entwerfen zu wollen. Dazu bedürfte es eines hochqualifizierten und hochrangigen Gremiums von Verfassungsexperten, Juristen, Völkerrechtlern, Politologen, Geisteswissenschaftlern und ganz sicher aber auch eines Bürgerforums, dessen Vertreter aus der Mitte des Volkes in eine neue verfassungsgebende Versammlung gewählt werden müssten.

Ein Mehr an Bürgerbeteiligung wäre allein schon durch die Direktwahl des Staatsoberhauptes gegeben. Die Wahl des derzeitigen Bundespräsidenten geriet zur Schmierenskomödie, da die Regierungsparteien ihren Kandidaten, der keine Mehrheit im Volke hatte, durchdrückten. Die vom Bundespräsidenten geforderte Überparteilichkeit bleibt da eine Friktion. Der Präsident selbst wird mit der Zuweisung auf rein formale und repräsentative Aufgaben mehr oder weniger auf die Funktion eines ‚Grüß-Gott-Augustes‘ zurechtgestutzt. Er kann bestenfalls, und das haben einige Bundespräsidenten in hervorragender Weise geleistet, über Appelle und Grundsatzreden die gesellschaftspolitische Diskussion anstoßen.

Ein Bundespräsident vom Volk direkt gewählt und ausgestattet mit einigen Sonderrechten, etwa bei der Ernennung von Richtern und hohen Beamten, könnte, allein schon, um hier den Einfluss der Parteien auf ein erträgliches Maß zu reduzieren, seine Position im Sinne

einer Überparteilichkeit stärken. Desgleichen könnte ihm das Recht zugestanden werden, Volksbegehren zu bündeln und über ein Initiativrecht als Gesetzesvorlage in Bundesrat und Bundestag einzubringen.

## **Mehr Bürgerdemokratie statt Parteienoligarchie**

Wenn wir noch einmal versuchen die Kritikpunkte und das bisher Gesagte am derzeitigen Parteiensystem zu bündeln, dann lässt es sich etwa in folgenden Punkten zusammenfassen:

- 1. Die Parteien haben über den ihnen im Grundgesetz zugemessenen Spielraum der Mitwirkung am gesellschaftspolitischen Gestaltungsprozess unseres Landes ein Monopol in Form einer Parteienoligarchie entwickelt.**
- 2. Durch den Fraktionszwang und die zunehmende Etablierung einer Kaste von Berufspolitikern wird die Gewissensfreiheit und die Verpflichtung des einzelnen Abgeordneten, zum Gemeinwohl des Volkes zu handeln, immer mehr zur Farce.**
- 3. Die Sonderrechte der Abgeordneten begünstigen Lobbyismus und Vorteilsnahme.**
- 4. Die Parteien unterscheiden sich infolge fraktionsübergreifender Gefälligkeitspolitik und dem mangelnden Mut zu dringend notwendigen Reformen kaum noch von einander.**
- 5. Minderheitsmeinungen kommen im derzeitigen System so gut wie nicht mehr zum Tragen.**

- 6. Arroganz, abgehobenes Verhalten, was die realen Lebensverhältnisse der Menschen in diesem Land betrifft.**
- 7. Argumentative Schwäche und plumpes Taktieren nach dem Freund-Feind-Schema, das niemanden mehr überzeugt.**
- 8. Unsinnige, aus wahltaktischen Gründen geleistete Sozialtransfers, die den überschuldeten Haushalt zusätzlich belasten und weder aus ökonomischen noch sozialpolitischen Gründen einen Sinn ergeben.**

Was in der Demokratiebewegung der Vereinigten Staaten, etwa in der sogenannten ‚grass roots politics‘ auf lokaler Ebene eine bewährte Tradition hat, und sich derzeit zudem überregional in der ‚Tea-Party-Bewegung‘ an außerparlamentarischen Kräften formiert, ist nicht nur ein plebisitäres Korrektiv zur Präsidentialdemokratie. Es ist zugleich eine regenerierende Kraft für die Demokratie und eine bewusste Rückbesinnung der Amerikaner auf die Ursprünge ihres Unabhängigkeits- und Freiheitskampfes, der eingeleitet wurde durch einen Akt des Ungehorsams, als sie 1773 im Hafen von Boston die Teeballen über Bord warfen, für die sie dem Mutterland England Zoll entrichten sollten.

Die Entstehungsgeschichte von Demokratien ist zumeist von einem solchen Akt des Ungehorsams oder von sich

in Massen formierenden Freiheitsbewegungen, wie etwa derzeit in den nordafrikanischen Staaten, gekennzeichnet. Und ziviler Ungehorsam, wie etwa in der Tea-Party-Bewegung in den USA, ist auch dann angebracht, wenn die Strukturen innerhalb eines demokratischen Systems wie dem der gegenwärtigen Repräsentativen Demokratie in der Bundesrepublik sich in Richtung einer Parteienoligarchie zu verfestigen drohen, und damit eine unmittelbare Bürgerbeteiligung im demokratischen Findungsprozess weitgehend verhindern, und wenn abzusehen ist, dass die derzeitigen politischen Platzhalter weder willens und bereit sind, an diesem Zustand etwas zu verändern.

Da die Vorgaben für eine Verfestigung oligarchischer Strukturen im Parteiengefüge im Verfassungssystem der Bundesrepublik bereits implementiert wurden, bedarf es einer gründlichen Verfassungsreform mit dem Ziel, dem eigentlichen Souverän, dem mündigen Bürger dieses Landes, entschieden mehr Partizipationsrechte einzuräumen. Instrumente der plebiszitären Demokratie, Volkabstimmungen und Volksbegehren, wie es sie in der Weimarer Verfassung noch gab, wurden in der Verfassung der Bundesrepublik bewusst ausgeklammert.

**„In der Repräsentativen Demokratie unseres Typs sind die Bürger von der unmittelbaren Mitwirkung an politischen Entscheidungen faktisch ausgeschlossen!“** So

lautet eine Einschätzung von Kurt Sontheimer, dem in 2005 verstorbenen Politologen und langjährigen Dozenten an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität. Sontheimer demaskierte damit bereits den derzeitigen Wahlakt als Scheinlegitimation des Systems, „da er nicht identisch sei mit der Teilnahme an einer politischen Entscheidung in einer konkreten Sache, sondern nichts anderes als der Ausdruck der Parteinahme für eine politische Organisation (Partei) ist, die sich gebildet hat, um diejenigen, welche die konkreten politischen Entscheidungen in ihren jeweiligen Ämtern zu treffen haben, durch den Souverän wählen zu lassen.“

Das Schlagwort von der ‚Pluralistischen Gesellschaft‘, das eine allgemeine und demokratisch verankerte Bürgerbeteiligung an der Gestaltung der gesellschaftlichen Wirklichkeit impliziert, ist angesichts der realen politischen Verhältnisse längst zur leeren Worthülse verkommen.

Ernst Fränkel, Politologe mit jüdischen Wurzeln, im Internationalistischen Sozialistischen Kampfbund im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, musste 1938 in die USA emigrieren. Er kehrte nach dem Krieg nach Deutschland zurück, und war ab 1953 Professor an der Deutschen Hochschule, dem Otto-Suhr-Institut, in Berlin tätig und verstarb im Jahre 1975.



Auf dem Hintergrund seiner Erfahrungen in der Weimarer Republik, im Nationalsozialismus und während seines unfreiwilligen Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten wurde er in Deutschland zum glühenden Verfechter eines pluralistischen Demokratiekonzeptes. Vereinfacht lautete seine Hauptthese: ‚Totalitäre Systeme bestimmen entlang einer Ideologie das Gemeinwohl a priori, wo hingegen es in einer pluralistischen Gesellschaft a posteriori in einem Prozess divergierender Ideen und Interessen von Gruppen und Parteien austariert wird.‘

Fränkels pluralistische Demokratiekonzeption setzt ein utilitaristisches Verständnis vom Gemeinwohl voraus, gegründet auf einem allgemein anerkannten Wertekodex, Mindestanforderungen sozialer Gerechtigkeit, den Grenzen von Interessengruppen und Spielregeln eines Fairplay.

Eine seiner Kernaussagen lautet: **„Da das, was im Gesamtinteresse liegt und damit letztlich dem Gemeinwohl dient, nur durch eine Abwägung der Partikularinteressen ermittelt werden kann, so muss man diesen Partikularinteressen auch auf breiter Ebene die Möglichkeit der Artikulation und Organisation lassen.“**

Fränkels Überlegungen und Thesen stießen bereits in den 50-er und 60-er Jahren auf wenig Gegenliebe bei den politischen Parteien, und sie wurden auch in der politwissenschaftlichen Debatte nicht weiter verfolgt. Es

wäre aber durchaus lohnend, sie auf dem Hintergrund der aktuellen politischen Situation in der Bundesrepublik wieder aufzunehmen.

Die Spielräume für einen auf paritätischer Teilhabe beruhendem Konsens haben sich nach dem Wegfall des Eisernen Vorhanges vor allen Dingen unter dem Vorzeichen eines sich hemmungslos gebärdenden ‚Raubtierkapitalismus‘ immer mehr verengt, und stellen damit die Demokratie an sich immer mehr in Frage.

Die jüngste Bankenkrise, die damit einhergehende Wirtschaftskrise und die Gefahren, die dem Euro und damit der Integration Europas insgesamt, durch permanentes Aufspannen von Rettungsschirmen für angeschlagene Mitgliedsländer drohen, lassen sich allesamt auf unkontrollierte und auf pure Gewinnmaximierung fixierte globale Geldströme zurückführen. Und es ist bisher nicht zu erkennen, dass der Gier der Banken und dem ungezügelten, großkapitalistischen Wirtschaftsgebaren durch nationale oder durch internationale Vereinbarungen der Regierenden entschieden genug entgegengewirkt wird.

Das alles provoziert förmlich ein inflatorisches Gesamt-szenario. Und ein Land, wie die Bundesrepublik, das mit zwei Billionen selbst in der Kreide steht, als stärkste Wirtschaftsmacht in Europa aber stets die größten zweistelligen Milliardenbeträgen für marode Volkswirtschaften in Europa aufbringen muss, gerät damit zunehmend

selbst in Gefahr, auf Dauer in einen inflationären Strudel hinein zu geraten.

Der Untergang der Weimarer Republik vollzog sich in erster Linie auf dem Hintergrund einer solchen Weltwirtschaftskrise, mit der Folge einer galoppierenden Schwindsucht des Geldes. Das war es vor allen Dingen, was die Menschen letztendlich dazu veranlasste, bei links- oder rechtsextremistischen Heilsverkündern ihre Zuflucht zu suchen. Und es ist klar absehbar, dass auch die Bundesrepublik Deutschland ein solches Szenario nicht überleben würde, weil, nochmals sei an den Grafen von Krockow erinnert, unter derartigen Bedingungen sich alle in den Verfassungstext geschriebenen Postulate in Schall und Rauch auflösen.

Die Weimarer Republik, um noch einmal auf das Verfassungskonstrukt abzuheben, zu dem die Väter des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat von 1949 meinten einen Gegenentwurf konzipieren zu müssen, darf daher nicht länger als Alibi benutzt werden, um als alleiniger Erfahrungs- und Deutungshorizont der aktuellen bundesrepublikanischen Wirklichkeit herhalten zu müssen.

Die Demokratie in unserem Land kann insgesamt nur krisenfester gemacht werden, wenn sie auf eine breite Akzeptanz bei ihren Bürgern trifft. Und diese Akzeptanz setzt Pluralismus und Partizipation voraus. Was wir aber

derzeit auf allen Ebenen der Politik beobachten, ist das Gegenteil. Der deutsche Bundesbürger wurde auf dem historisch bedeutsamen und wichtigen Weg zur europäischen Integration weder bei der Einführung des Euro gefragt, noch wurde er bei der Einführung der europäischen Verfassung beteiligt. Die Bundesbürger wurden damit im Vergleich zu Bürgern anderer europäischer Staaten, die über die Aufgabe von fundamentalsten nationalen Rechten mit abstimmen durften, von einer arroganten Kaste von Politikern, die für sich die alleinige Deutungshoheit über unser deutsches Vaterland reklamierten, in unverschämter Weise entmündigt und gedemütigt.

In der deutschen Bevölkerung überwiegen daher immer noch die nostalgischen Gefühle für die D-Mark, als einer auf dem soliden Fundament von harter Wiederaufbauarbeit in der Nachkriegszeit abgesicherten Währung. Und in der Wahrnehmung der Deutschen werden die übergeordneten europäischen Instanzen eher misstrauisch und ablehnend als ferne, abgehobene ‚Eurokratie‘ wahrgenommen.

Und unter ‚Politbürokratie‘ leiden die Deutschen schon ohnehin genug. Es wurde bereits näher erläutert wie sehr Deutschland in den Würgegriff der Parteienfilzokratie geraten ist, und dieser Prozess hat sich durch alle

Ebenen von Politik und Verwaltung in Bund, Ländern und Kommunen verselbständigt.

Als hautnaher Beobachter und hauptsächlich Betroffener der kommunalen Szene, ist mir die sich nach dem dritten Parkinsonschen Gesetz ausufernde Kommunalbürokratie, wonach Bedeutung und Besoldung eines Amtsträgers proportional zu der Zahl seiner Mitarbeiter steigen, ein besonderer Dorn im Auge.

Mit der Tendenz, sich an vom Bürger immer entfernteren Orten zu etablieren und personell aufzublähen, entsteht mit höheren Verwaltungskosten mehr Bürgerferne und Bürgerfrust. Was besonders in ländlich geprägten Regionen zu einer flächendeckenden Verödung der Dörfer geführt hat.

Eine Katastrophe insbesondere angesichts einer immer älter werdenden Bevölkerung. Dagegen formiert sich zunehmend Protest, der sich vor allen Dingen darin ausdrückt, dass sich immer mehr Bürger in sogenannten Unabhängigen Wählergemeinschaften (UWGs) formieren und zum Teil schon Mehrheiten finden.

Von der zunehmenden Abkehr von Parteistrukturen an der parlamentarischen Basis geht damit ein hoffnungsvolles Signal aus. Es wäre zu wünschen, dass es sich mit dem Ziel von mehr aktiver und direkter Bürgerbeteili-

gung über die Länder bis in den Bund mit wachsender Dynamik fortsetzt.

## **Rundumerneuerung statt selegierender Reformen**

Zum Fortbestehen der Bundesrepublik unter den veränderten Bedingungen einer Neuausrichtung der deutschen Nachkriegspolitik auf eine europäische Integration und einer neuen Faktenlage nach der nationalen Wiedervereinigung, bedarf es eines längst überfälligen, neuen, großen Verfassungsentwurfes. Bisherige Veränderungen waren eher systemimmanent und im Sinne der bestehenden Politikerkaste und daher selegierende Reformen. Und insgesamt eher mehr auf den Erhalt des ‚status quo‘ ausgerichtet.

Genügend Gründe hierfür wurden bisher genannt. Es sollen daher vier Kernbereiche aufgezeigt werden, entlang derer ein gründlich revidierter Systemwechsel vorgenommen werden müsste. Als da sind:

- 1. eine gründliche Föderalismusreform,**
- 2. eine Neuformulierung des Parteiengesetzes,**
- 3. ein grundlegender Systemwechsel verbunden mit einer Parlamentsreform,**
- 4. und eine Entflechtung der Exekutive und Judikative von politischer Dominanz und Beeinflussung zur Wiederherstellung des demokratischen Prinzips der Gewaltenteilung**

„Der Föderalismus gilt in Deutschland allgemein als Reformbremse. Das hohe Maß an Politikverflechtung und die dadurch verursachten Verhandlungszwänge zwischen Bund und Ländern erzeugen nach allgemeiner Auffassung eine Politik, die Institutionen, Programme und Leistungen bestenfalls schrittweise verändert.

Dafür, dass diese verflochtenen Strukturen des Bundesstaates nicht ‚entflochten‘ werden, werden unter anderem die Parteien verantwortlich gemacht. Einerseits wird argumentiert, den Parteien sei am Bestand des kooperativen Föderalismus und seiner institutionalisierten Politikverflechtung gelegen, weil sie sich so der Verantwortung gegenüber der Wählerschaft entziehen und nach der Art eines Kartells ihre Macht gegenüber gesellschaftlichen Interessengruppen und Bürgerinnen und Bürgern erhalten und vergrößern könnten.

Andererseits wird behauptet, die Konfrontation zwischen konkurrierenden Parteien fördere angesichts der Einigungszwänge im Bundesstaat ‚die Wahl suboptimaler Konfrontationsstrategien‘, mit denen sich insbesondere Strukturreformen mit hohem Konsensbedarf nicht durchsetzen lassen.“

So beschreibt der Politikwissenschaftlicher Arthur Benz von der Fern-Universität Hagen zunächst mehr hypothetisch die Crux des gegenwärtigen Föderalismussystems, und untersucht dabei speziell die Rolle der derzeit agie-



renden Parteien im Hinblick darauf, ob sie sich mehr als Reformmotoren oder Reformblockierer gerieren. In der Analyse kommt er dann zu dem Ergebnis: **„Das Bild einer verselbständigten politischen Klasse bzw. Kartellierung von Parteien bedarf gerade für den Bundesstaat der Korrektur, vor allem angesichts des Wandels, den die Parteien im Laufe der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik Deutschland durchgemacht haben und dem sie weiterhin unterliegen.“**

Benz ist der Meinung, dass im Zuge der Kartellierung der politischen Verhältnisse, in einer Grauzone von Regierungshandeln und Wächterfunktion der Opposition, verursacht durch einen alle Parteien durchziehenden Filz, Reformforderungen zwar immer wieder artikuliert und besonders in Wahlzeiten vehement angemahnt werden, aber letztlich selten konkret umgesetzt werden.

Angesichts der höchst problematischen Situation eines großen Reformstaus bei geringer Reformfähigkeit oder Reformverweigerung im derzeitigen Parteiensystem ist es allerdings kontraproduktiv, wenn Benz immer noch auf die Selbstheilungskräfte des bestehenden Systems vertraut und von ‚situationsangemessener Reformpolitik‘ spricht, und einen Systemwandel in Richtung eines entflochtenen Bundesstaates für unwahrscheinlich hält.

Nur ein gründliches Revirement der bestehenden Verhältnisse, eine klarere Zuordnung von mehr Kernkompe-

tenzen an die Bundespolitik, von mehr Subordination unter das Prinzip: ‚Bundesrecht bricht Landesrecht‘, zwecks mehr bundeseinheitlicher Chancengleichheit und Kosteneffizienz durch Verschlankung und Vereinheitlichung von Behörden und Ämtern und Bündelung finanzieller Ressourcen, kann hier Abhilfe schaffen.

Wie dringend notwendig und auf Dauer für die Überlebensfähigkeit dieses Staates unverzichtbar ein solches Revirement in Form einer gründlichen Föderalismusreform ist, soll nochmals am Beispiel der Bildungspolitik klar gemacht werden.

**„Das deutsche Schul- und Bildungswesen gleicht derzeit einem leckgeschlagenen Dampfer in schwerer See, zu dessen Rettung gleichzeitig 16 Kapitäne das Kommando geben!“**

Zu dieser Einschätzung in meinem Report: ‚Bildungstollhaus Bundesrepublik‘ veranlassten mich 40 Jahre, mit zuletzt leidvollen Erfahrungen, als Lehrer im niedersächsischen Landesdienst. Das Aufgeblähte eines ineffizienten Behördenapparates mit unsäglichen, unproduktiven Volten in der Systemfrage je nach veränderter politischer Lufthoheit, die Bezahlung und Ausbildung von Lehrern und die Erteilung von Unterricht nach Kassenlage, sind aber nicht nur in Niedersachsen die entscheidenden Kriterien, nach denen Schule und Bildung derzeit in ei-

nem partikularen Wirrwarr und Irrsinn ohnegleichen bundesweit gegen die Wand gefahren werden.

Eine abgehobene, arrogante auf tradierte Besitzstandwahrung abzielende politische Kaste quer durch alle Parteien verstößt damit nicht nur gegen die Chancengleichheit von Schülern und Lehrern, wie es Artikel 3 des Grundgesetzes fordert, sondern ignoriert zudem auch völlig den Elternwillen. Wenn nach einer aktuellen Umfrage, die die Bertelsmann-Stiftung gemeinsam mit der Unternehmensberatung Roland Berger sowie den Zeitungen Bild und Hürriyet in Auftrag gegeben hatte, und die im April dieses Jahres veröffentlicht wurde, 92% aller Bundesbürger unabhängig von Alter und Bildung ein bundesweit einheitliches Schulsystem mit einheitlichen Standards und Abschlussprüfungen fordern, und dies von den politischen Parteien allein aus Gründen der Besitzstandwahrung verweigert wird, dann demaskiert sich hier das derzeitige System in besonderer Weise als höchst undemokratisch.

Eine Folge des desaströsen Schul- und Bildungswesens in dieser Republik ist übrigens, das es ökonomisch mit katastrophalen Folgen zu Buche schlägt und auf die einfache Formel gebracht werden kann: **Weniger Bildung = höhere Kosten**. So warnt das Wissenschaftszentrum für Sozialforschung in Berlin angesichts der eskalierenden Zahl von derzeit 150 000 Jugendlichen ohne Schulab-

schluss und damit ohne Berufsperspektive: „Wenn es nicht gelingt, diese Zahl zu halbieren, entstehen für die öffentlichen Haushalte Belastungen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro pro Altersjahrgang!“

Im Bildungswesen verspielen wir damit auf Dauer unsere wichtigste Ressource im Wettbewerb mit den Industrienationen der Welt. Und unter dem Gesichtspunkt einer generellen Optimierung, Bündelung und Konzentration aller Ressourcen und damit auch einer notwendigen Neuausrichtung unter ökonomisch-politischen Aspekten, bedarf es auch eines Neuzuschnitts der derzeitigen Bundesländer unter der klaren Zielangabe: weniger Bundesländer, weniger Abgeordnete. Mit der Aufhebung des Länderstatus der Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin, ihrer Zuordnung zu entsprechenden Flächenländern, einer Angliederung des Flächenzwerghandes Saarland und der Zusammenlegung anderer, kleinerer Bundesländer ließe sich ohne weiteres ein Tableau von 10 Bundesländern erzielen.

Darüber hinaus sollte bei einer Neukonstituierung des Parteiengesetzes die Rückführung auf die den Parteien zugedachte Teilhabe, wie sie in Artikel 21 des Grundgesetzes formuliert ist, erfolgen. Und es bedarf endlich einer stärkeren Verankerung einer direkten Bürgerbeteiligung, um die Dominanz der Kaste von Berufspolitikern zu überwinden.

In einer Rechtsreform sollten die Ausnahmetatbestände für Parteien und Abgeordnete wieder mehr den Rechtsnormen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) angeglichen werden. Desgleichen müsste eine gründliche Steuerreform in Angriff genommen werden, mit dem Ziel einer größeren Vereinfachung und von mehr Transparenz.

Parallel dazu einhergehen müsste zudem eine gründliche Parlamentsreform mit einem entsprechenden Systemwechsel. Gemeinhin ist es so, dass die Politik den Bürger ständig mit Richtungsänderungen überzieht, die von dieser äußersten Flexibilität verlangen. Umgekehrt aber die politische Kaste des Landes ihrerseits wenig Veränderungsbereitschaft erkennen lässt.

Es wurde hinreichend begründet, wie dringend notwendig aber eine solche Rundumerneuerung unseres derzeitigen politischen Systems ist, und dass dies nicht länger durch die Reformblockierer in den einzelnen politischen Lagern verhindert werden darf, geschweige denn durch selektierende, sprich im Parteieninteresse liegende ‚Reförmchen‘, immer nur weiter verwässert wird.

Immer wieder wurde auf die Selbstbedienungsmentalität der Abgeordneten verwiesen. Sie lässt sich u.a. auch festmachen am Verhältnis der politischen Platzhalter zur Einwohnerzahl. Im Deutschen Bundestag tummeln sich derzeit 621(!) Abgeordnete. Damit hat die Bundesrepub-

lik im internationalen Vergleich mit die höchste Belegschaft in einem Parlament. So hat etwa das Repräsentantenhaus in den Vereinigten Staaten bei 3,5-facher Einwohnerzahl nur 435 Sitze. Eine Halbierung der Sitze im Bundestag würde zu mehr Konkurrenz unter den Parteien und mehr Effizienz in der Parlamentsarbeit führen.

Ein anderer, naheliegender und interessanter Gedanke im Zusammenhang mit der ständig anwachsenden Politikverdrossenheit und eines daraus resultierenden stetig ansteigenden Potentials an Nichtwählern, die in der Summe mehr als ein Drittel aller Wahlbürger ausmachen, wäre die Sitzverteilung nach Wahlbeteiligung. Eine Regelung, die es übrigens in der Verfassung der 2. Republik auf deutschem Boden schon einmal gab.

Über eine bessere Bezahlung von weniger Abgeordneten ließe sich reden. Bei einer Halbierung der Parlamentssitze könnte dies eine Verdopplung der Bezüge sein. Das würde dann vielleicht dazu führen, dass endlich weniger den freien Wettbewerb scheuende Juristen oder öffentlich Bedienstete die Parlamente übervölkern, sondern dass vor allen Dingen gestandene Mittelständler, die ohnehin die Hauptlast in dieser Republik tragen, sich mit ihrem Sachverstand mehr einbringen könnten. Unabdingbar wäre allerdings der Wegfall jeglicher Nebeneinkünfte aus Vorstandstätigkeit oder anderer der ‚Pfleger der politischen Landschaft‘ dienender Einkünfte.

Der Stabilität und der längerfristigen Um- und Durchsetzung von Vorhaben und Projekten, könnte sicher auch eine Verlängerung der Legislaturperiode analog zur Amtszeit der Bundespräsidenten auf fünf Jahre dienen.

Von enormer Wichtigkeit nicht nur für die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse, sondern für die politische Hygiene in dieser Republik insgesamt ist die Notwendigkeit, das Prinzip der Gewaltenteilung wieder herzustellen.

Das Berufsbeamtentum wird dadurch ad absurdum geführt, dass es eigentlich als neutrales, überparteiliches Organ der Exekutive, gesetzeskonform und nur dem Bürger verpflichtet handeln sollte, durch schamlose Infiltration und Okkupation durch die Parteien jetzt aber eher zum willigen Vollstrecker der Politik geworden ist. Auch die Erteilung hoher Ämter in der Justiz unterliegt zunehmend diesem Verdikt. Eine klare Trennung der drei Säulen der Verfassung zwecks Austarierung von politischer Gewalt, ist zur Reanimierung und für das Überleben unserer Demokratie eine ‚conditio sine qua non‘.

## **Stabilisierung der demokratischen Verhältnisse in Deutschland durch die Etablierung einer wertkonservativen Partei**

*„Politik ist der Kampf um die Veränderung oder Bewahrung  
bestehender Verhältnisse!“*

Christian Graf von Krockow, 1976

Diese auf die kürzeste Formel gebrachte Definition von Politik, des Politikwissenschaftlers von Krockow, beschreibt in zutreffender Weise auch zugleich das elementare Grundwesen der Demokratie. Danach ist ein demokratisches Gemeinwesen nur überlebensfähig, wenn es sich dieser Ambivalenz bewusst ist und sie durch einen Prozess ständiger Selbsterneuerung (und Selbstreinigung!) offen hält.

Der ewige Konflikt in allen Herrschaftsformen besteht in dem einerseits auf Machterhaltung und Machtausübung ausgerichteten Interesse der Regierenden und andererseits in dem emanzipatorischen Grundbedürfnis der Regierten nach angemessener Beteiligung. Auch die Urformen der Demokratie des Abendlandes, die griechische ‚polis‘ und die römische ‚res publica‘ standen bereits in diesem Grundkonflikt. Im Sinne von *demos* = Volksherrschaft, ist die ‚polis‘, der überschaubare antike griechische Stadtstaat mit direkter Volksbeteiligung, bis heute die Urform und der Idealtyp von Demo-



kratie geblieben. In der ‚res publica‘ schwanden dann die Partizipationsmöglichkeiten der römischen Bürger stetig, um im Kaiserreich vollends verloren zu gehen.

Wenn die Geschichte uns also lehrt, dass nur eine angemessene Bürgerbeteiligung das Überleben der Demokratie sichert, und dass sich diese Teilhabe von Bürgern am besten nach dem Vorbild der ‚polis‘ an der Basis organisieren sollte, um permanent an der Um- und Mitgestaltung des staatlichen Gemeinwesens mitzuwirken, dann bedarf es im Sinne des Zitates des Grafen von Krockow dazu zweierlei: eines Prozesses der ständigen Veränderung und Erneuerung, sowie eines gleichzeitigen Festhaltens an Bewährtem. Und ich möchte ergänzen: zugleich auch der Rückorientierung und Neuetablierung von verloren gegangenen, zeitlos gültigen Werten und Normen.

„Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit!“, auf diese Plattitüde eines unbekanntenen Autors ließe sich vereinfacht reduzieren, was dem derzeitigen Parteien- und Regierungssystem in Deutschland insgesamt droht, wenn die Beharrungskräfte und Besitzstandwahrer einer jetzt schon dominierenden Kaste von Berufspolitikern weiter obsiegen, und wenn vor allen Dingen nicht die stetig anwachsende Zahl derjenigen, die angewidert vom derzeitigen Politikbetrieb in das Lager der Nichtwähler abwandern, wieder eine politische Heimat erhält.

Der renommierte Altpolitologe, Gerhard Lehmsbruch, in seiner aktiven Zeit u.a. auf den Lehrstühlen in Tübingen und Heidelberg, Inhaber des Theodor-Eschenburg-Preises, und derzeit als emeritierter Professor für Politikwissenschaften an der Universität Konstanz tätig, hat wohl am treffendsten die Zielrichtung jeglichen politischen Handelns formuliert, wenn er sagt: **„Politik ist gesellschaftliches Handeln, welches darauf gerichtet ist, gesellschaftliche Konflikte über Werte verbindlich zu regeln.“**

Damit ist eine klare, allgemeine Vorgabe für eine neue wertkonservative Partei zunächst definiert. Es soll nun versucht werden, über bereits im Vorwort genannte Gründe, für ein Abdriften in Weimarer Verhältnisse, einige programmatische und inhaltliche Zielvorstellungen im Sinne von Grobzielen einer konservativen Parteiprogrammatik zu beschreiben und zu bündeln.

- 1. Reaktivierung eines klassischen, wertkonservativen Wählerpotentials als dringend notwendigen Stabilisierungsfaktor in einem weitgehend indifferenten und richtungslosen Parteiengefüge und als künftiges Gegengewicht zu einer sich immer deutlicher abzeichnenden Rot-Rot-Grünen Formation in dieser Republik.**
- 2. Eine gründliche Überarbeitung und Neukonstituierung des derzeitigen Parteien- und Verfassungssys-**

tems durch Anpassung an die Faktenlage nach der deutschen Wiedervereinigung und europäischen Integration.

3. Eine Neudefinition der deutschen Bundesstaatlichkeit durch eine gründliche Föderalismusreform mit dem Ziel einer Konzentrierung, Vereinheitlichung und Vereinfachung sowie Bündelung von politischen und verwaltungstechnischen Ressourcen angesichts einer desaströsen Kassenlage von Bund und Ländern.
4. Eine rigorose Vereinfachung des derzeitigen Steuerrechtes, das derzeit durch zahlreiche Ausnahmetatbestände über Parteienfilz Lobbyisten Vorteile verschafft und in seiner Gänze für den steuerzahlenden Bürger undurchschaubar geworden ist.
5. Reduzierung eines überbordenden Sozialetats. Keine Verteilung von sozialen Wohltaten zu Wahlkampfzwecken nach dem ‚Gießkannenprinzip‘. Stattdessen gezielte Förderung von Alleinerziehenden und unverschuldet in Not geratener. Drastische Streichung von Sozialtransfers an ein zunehmend bildungsresistentes und arbeitsscheues Prekariat auch unter Migranten.
6. Eine Reform des Strafrechtes, insbesondere auch des Jugendstrafrechtes, unter dem Aspekt von

**mehr Opferschutz und Opfergerechtigkeit auch durch eine schnellere Aburteilung und härtere Sanktionen gegenüber Gewalt-, Serien- und Intensivtätern.**

- 7. Eine Überarbeitung des bestehenden Asylrechtes, nach Möglichkeit im europäischen Kontext, mit dem Ziel einer strafferen Durchführung und Beschleunigung der Asylverfahren.**
- 8. Deutliche Erleichterungen und Verbesserungen bei der Einbürgerung von ausländischen Wissenschaftlern und Fachkräften zur Sicherung des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandortes Deutschland.**
- 9. Die Etablierung eines bundeseinheitlichen Schul- und Bildungssystems mit einheitlichen Standards und einem bundesstaatlichen Monitoring.**
- 10. Deutschland sollte sich endlich, nach mehr als einem halben Jahrhundert, nicht länger auf 12-Jahre nationalsozialistische Gewaltherrschaft reduzieren lassen. Es hat seine Lektion aus dieser Zeit gründlich aufgearbeitet und sollte sich jetzt auch wieder mehr selbstbewusst auf die eigene nationale Identität und seine überragenden Beiträge zu Wissenschaft und Kultur besinnen.**

- 11. Eine geistig-moralische Neuorientierung, Rückkehr und Rückbesinnung auf Primartugenden und verbindliche Werte und Normen, die in Zeiten der NS-Diktatur missbraucht und damit diskreditiert wurden und immer noch werden, die aber im deutschen Volk weitgehend erhalten sind, müssen wieder klar benannt werden. Sie könnten der Demokratie in unserem Land wieder mehr Richtung und Halt geben.**
- 12. Nicht das Fördern von Parallelgesellschaften und ein Prozess weitere Heterogenisierung, sondern ein Ausrichten entlang deutscher Leitkultur auf dem verbindlichen Grundkonsens aus europäischer Aufklärung und demokratischen Freiheits- und Grundrechten führt zu einem Ausweg aus der deutschen Identitätskrise.**
- 13. In einem vereinigten Europa muss Deutschland wieder das gleiche natürliche Nationalbewusstsein zeigen dürfen, wie seine europäischen Partnerländer, um wieder auf Augenhöhe zu gelangen. Ein starkes Europa braucht ein starkes und selbstbewusstes Deutschland.**
- 14. Der Weg der europäischen Integration ist aus wirtschaftlichen, friedenspolitischen und geostrategischen Gründen unumkehrbar und darf auch in Zeiten wirtschaftlicher Krisen nicht in Frage gestellt**

**werden. Europa kann in Zeiten globaler Vernetzung und weltweit agierender Finanzströme nur als Solidargemeinschaft überleben.**

- 15. Dem Versuch einer Unterwanderung durch rechts- oder linksradikale Gruppierungen muss entschieden und wehrhaft begegnet werden.**
- 16. Die Religionsfreiheit, seit der Aufklärung auf das feste und bewährte Fundament einer klaren Trennung von Staat und Kirche gestellt, findet ihre Grenzen dort, wo zum Beispiel wie im fundamentalistischen Islam über die Scharia, zugleich ein religiöses und weltliches Herrschaftssystem reklamiert wird.**
- 17. Eine wertkonservative Partei steht für mehr Bürgerbeteiligung und Bürgerrechte, die in der Verfassung klar benannt und festgeschrieben werden sollten.**
- 18. Unter dem schlichten Logo: Deutsche Partei, könnten sich alle diejenigen, ganz gleich mit welchem Migrationshintergrund oder welcher Religionszugehörigkeit, auch klarer formieren, die in diesem Land angekommen sind, und mit ihrer Leistungsbereitschaft und ihrem Engagement zum Wohle und zur Prosperität Deutschlands beitragen.**

Der Vorteil für eine Neukonstituierung unter den genannten Prämissen: die genannte Partei gab es und sie gibt es, derzeit allerdings nur in Rudimenten. In der unmittelbaren Nachkriegszeit hat die **Deutsche Partei (DP)** die Geschicke unseres Landes maßgeblich und verantwortungsvoll mitgestaltet. So war sie von 1949 bis 1960 an der Bundesregierung unter Konrad Adenauer beteiligt, der kurz vor seinem Tod bekannte: „Mein größter politischer Fehler war, die DP platt gemacht zu haben!“

Während ihrer aktiven Teilhabe an der Bundespolitik war die Partei am nationalkonservativen Rand des politischen Spektrums angesiedelt. Mit einer klaren Positionierung gegen Kommunismus und Sozialismus. Diese Partei leistete vor allen Dingen mit ihrem engagierten Einsatz für die Vertriebenen und Flüchtlinge, und der einmaligen Erfolgsgeschichte bei deren Wiedereingliederung, den wohl größten Beitrag in der deutschen Nachkriegspolitik.

Für den Neuaufbau Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sie sich „die Erneuerung Deutschlands aus geistig-moralischer Krise und innerer Zerrissenheit und die Festigung der wiedergewonnenen nationalen Einheit nach innen und außen“ aufs Panier geschrieben. Sie arbeitete im Parlamentarischen Rat mit an der Ausformulierung des Grundgesetzes und orientierte sich dabei an bürgerlich-konservativen Werten. Damals stand

sie noch in Konkurrenz zu der teilweise national ausgerichteten FDP. Womit allein schon das wahrscheinliche Aus einer FDP, die für nichts und niemanden mehr steht, eine neue, wertkonservative Partei erfordert.

Wichtig auch: die DP sah sich einem von humanistischen Wertvorstellungen geprägten freiheitlichen Menschenbild verpflichtet und ging von einer durch Sprache, Geschichte, Kultur und Religion geformten politischen Gemeinschaft aller Deutschen aus. Sie grenzte sich desweiteren klar von der damaligen rechtsextremen Sozialistischen Reichspartei (SRP) ab.

Als die Partei erstmals im Jahre 1949 in vier Bundesländern zur Wahl antrat, erreichte sie in Schleswig-Holstein 12,1%, in Hamburg 13,1% in Niedersachsen 17,8 und in Bremen 18% der Stimmen. In Niedersachsen stellte sie mit Heinrich Hellwege, später Minister im Kabinett Adenauer, sogar den Ministerpräsidenten. Die ausgewiesenen Prozentzahlen zeigen, dass die Partei bei entsprechend personeller und programmatischer Aufstellung und angesichts der derzeitigen Gemengelage der augenblicklich agierenden Parteien durchaus mit der Aussicht auf breite Zustimmung wieder antreten könnte.

Ihren politischen Niedergang leitete die Partei ab 1961 ein, als sie mit dem Bund Heimatvertriebener und Entrechteter (BHE) zur Gesamtdeutschen Partei (GDP) fusionierte und sich später an der Gründung der NPD betei-



ligte. Woraus für eine wirkliche Neuetablierung zwei klare Lehren zu ziehen wären. Zum einem heißt es inhaltlich klare und unverwechselbar Kante zu zeigen, zum anderen ist eine unmissverständliche Abgrenzung zum rechten Spektrum erforderlich.

Selbstverständlich muss jeder Zuwanderer, der über ein Gastrecht bei uns angekommen ist, sich um Integration bemüht hat, seinen Beitrag für das Wohl des Landes leistet, sich zu Grund- und Freiheitsrechten bekennt und die deutsche Staatsbürgerschaft hat, gleich welcher Religion oder ethnischen Gruppe er zuvor angehört hat, in dieser Partei willkommen sein. Wir alle in Deutschland haben im historischen Rückblick einen Migrationshintergrund. Es gibt keine deutsche Rasse, nur eine deutsche Nation, die sich immer wieder entlang einer nationalen Identität neu formiert und neu organisiert hat. Wenn der Versuch unternommen wird, wie es zum Beispiel Sarrazin in Teilen gemacht hat, bestimmte Verhaltensweisen oder charakterliche Eigenschaften an speziellen rassistischen Genen festzumachen, ist dies ein abstruser Unsinn, der im Umkehrschluss nur vermuten lässt, dass bei einigen Zeitgenossen noch Genmaterial der Neandertaler vorhanden ist.

**In Fragen seiner ökonomischen Zukunftsfähigkeit und seiner nationalen Identität steht Deutschland derzeit am Scheideweg. Und wir alle müssen uns entscheiden,**

**ob wir beides opfern wollen. Etwa durch ein weiter verklemmtes Verhältnis zur eigenen Nation, durch panikartigen Ausstieg aus der Kernenergie oder weitere überbordende Sozialleistungen für eine fehlgeleitete Migrationspolitik.**

Ab dem 1. Mai dieses Jahres herrscht in Europa Freizügigkeit. Das heißt, jeder Europäer kann sich zukünftig ohne Einschränkung seinen Arbeitsplatz in der gesamten Europäischen Union aussuchen. Hier ist zu befürchten, dass der Druck auf die ohnehin schon Geringverdienenden in diesem Land noch mehr wachsen wird.

Rückblickend sind aus Deutschland in den letzten Jahren 500 000(!) gut- und bestens Qualifizierte ausgewandert, weil wir ihnen nicht mehr die Löhne zahlen oder Berufsperspektiven bieten können, wie es andere Industrieländer tun. Einen derartigen Aderlass können wir uns nicht länger leisten. Wenn wir also unseren derzeit ohnehin schon relativen Wohlstand nicht auf Dauer aufs Spiel setzen wollen, müssen wir konsequent gegensteuern. Innovatives Spitzenpersonal muss adäquate Bezahlung und adäquate Berufsperspektiven erhalten.

Für ein arbeitsscheues und bildungsresistentes Prekariat, bildungsferne Ausländer mit Gaststatus und Asylbewerber, sollte der Geldtransfer aus den Sozialkassen der Steuerbürger nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten in der Gegenbilanz dagegen komplett eingestellt

werden und durch Sachleistungen ersetzt werden, was, wie es vergleichende Studien zeigen, gleichermaßen vor Wirtschaftsflüchtlingen schützt, und den Prozess der Integration erwiesenermaßen beschleunigt und ein blühendes Migrationsgewerbe und professionelles Schleusertum beseitigt.

Um das durchzusetzen und um nicht irgendwann in einem ‚Rot-Rot-Grünen-Nirwana‘ aufzuwachen, und um unser deutsches Vaterland endlich wieder auf soliden, berechenbaren Kurs zu bringen, und vor allen Dingen all den Deutschen, die sich vom derzeitigen Politikbetrieb angewidert abgewendet haben wieder eine politische Heimat zu geben, braucht es der neuen wertkonservativen Deutschen Partei.

## Die Chance auf Wiederkehr

*„Ich erachte es als wichtig, dass jede Person, die dazu bereit (und fähig ist), ihre ureigenste und unvergleichliche Kraft zur Gemeinschaft hin öffnet!“*

Zitat aus dem Vorwort aus der ästhetischen Werkstatt  
von Jonas: ‚Das Prinzip Hoffnung‘

Meine Bedenken in eine politische Reaktivierung des Karl-Theodor zu Guttenberg hatte ich eingangs geäußert. Aber wie sagt es Volkes Mund, zwar weniger ästhetisch und poetisch aber auf den Punkt gebracht: „Die Hoffnung stirbt zuletzt.“ Und so ist in mir, wie auch bei der Mehrzahl meiner deutschen Landsleute ein Restfunken von Hoffnung geblieben.

Nicht wir, das Volk, haben ihn enttäuscht oder zum Rücktritt gedrängt. Sondern er war es zunächst einmal selbst, der trotz aller höchst veritablen und vorzeigbaren Eigenschaften und Fähigkeiten seiner Gesamtpersönlichkeit, gegen etwas verstoßen hat, das nicht als Petitesse abgehandelt werden kann. Für einen Politiker der Durchschnittsware und vom Kleinformat derer, die die derzeitigen Parlamente zuhauf bevölkern, wäre der Furor um fehlende Gänsefüßchen ohne jegliche Bedeutung und Konsequenz gewesen. Für den Freiherren zu Guttenberg und seinen besonderen Anspruch auf Wahrheitigkeit und Redlichkeit ist es aber unabdingbar, die Plagiatsaffäre vor seiner Rückkehr geklärt und aufgear-

beitet zu haben. Und das unabhängig von einer juristischen Bewertung und oder von der Meinungsfindung eines herumeiernden Professorenkollektivs aus Bayreuth, dem es letztlich nur um Schadensbegrenzung eines gründlich lädierten Rufes gehen kann.

Bei zu Guttenberg ist es also eine Frage der persönlichen Ehre. Und auf die kommt es für einen, den wir in der Gesamtbeurteilung dem Stand der Nobiles zuordnen, besonders an. Die Zeit der hoffentlich temporären Enthaltbarkeit von der Politik sollte zu Guttenberg in erster Linie dazu nutzen, um seinen Dokortitel wiederzuerlangen. Und dabei ein Thema wählen, wo er sich bestens auskennt, und wo er bereits auch ganz ohne Gänsefüßchen ein großes Werk auf den Weg gebracht hat: die Bundeswehrreform.

Als Wirtschaftsminister blitzte sein politisches Talent erstmals auf, als er wie etwa in der Opel-Krise dem politischen Mainstream widerstand und in der Sache unabhängig und vor allen Dingen richtig handelte. Als Verteidigungsminister kam der Herzblutpolitiker zu Guttenberg zum Vorschein. Niemand hat sich jemals so demonstrativ vor unsere Bürger in Uniform gestellt wie Karl-Theodor zu Guttenberg. Er benannte das, wohin Rot-Grün unsere Soldaten einst geschickt hatte, klar als das, was es von Anfang an war, nämlich Krieg. Und er ging zu seinen Soldaten in Afghanistan mit in die vor-

dersten Linien, um hautnah zu empfinden, was Krieg für den Einzelnen bedeutet.

Die Guttenbergs reisten gemeinsam nach Afghanistan. Nicht um sich über die Medien zusätzlichen Glamour zu verschaffen. Wer eine derartige, natürliche Strahlkraft besitzt wie das Ehepaar zu Guttenberg, hat die Assistenz von Medien nicht nötig, sondern es waren vielmehr die Medien selbst, die es in die Nähe der höchst vorzeigbaren und charismatischen zu Guttenbergs drängte. Die Soldaten der Bundeswehr haben ihren damaligen obersten Vorgesetzten in ihrer überwiegenden Mehrheit bis zuletzt geliebt, weil er ihnen endlich zu der gebührenden Anerkennung in ihrem Vaterland Deutschland verholfen hat. Und auch das Volk sehnt ihn sich in seiner Mehrheit zurück, weil es erkannt hatte, dass sich hier einer in erster Linie über alle Parteiinteressen hinaus dem Wohle seines Landes verpflichtet fühlte und in dieser Konsequenz vorbildlich handelte.

Auch nach Tsunami, Erdbeben und Reaktorkatastrophe in Japan, der nicht nur die politische Kaste, sondern auch die gesamte Republik in einen hysterischen, führungslosen Hühnerhaufen verwandelt hat, sehnen wir uns insgesamt mehr denn je nach kompetenter Führung.

Wir haben derzeit, mit Ausnahme von Ursula von der Leyen (CDU) und Peer Steinbrück (SPD), die derzeit in der zweiten Reihe ihrer Parteien agieren, kein kanzler-

taugliches Personal mehr. Das System Merkel ist jetzt schon ein Auslaufmodell, da auch die CDU immer mehr in den Abstiegsstrudel ihres kleineren Koalitionspartners hineingezogen wird.

Aber es geht letztlich auch nicht nur um eine personelle Erneuerung, sondern vielmehr um eine Neuformierung unter einer wertkonservativen Partei. Und hierbei käme ein machpolitisches Kalkül ins Spiel, das schon einmal angedacht wurde.

Es war Franz Josef Strauß, der um seiner bayrischen CSU mehr Gewicht bei den Unionschristen zu verschaffen, dem Koalitionspartner einst mit bundesweiter Aufstellung seiner Partei drohte. Was ihm in der Folge immerhin zur Kanzlerkandidatur verhalf.

Wenn wir derzeit auf der Suche nach einem wertkonservativen Restreservoir sind, dann bleibt uns eigentlich nur noch die CSU in Bayern. Sie hat sich zudem wie keine andere Partei im Land über Wirtschaftskompetenz definiert und Bayern zum führenden Wirtschaftsstandort in der Bundesrepublik gemacht.

Hätte diese Partei jetzt den Mut über ihren landespolitischen Schatten zu springen, und würde das wagen, was Franz Josef Strauß wahrscheinlich nur als Drohkulisse aufgebaut hatte, und sich endlich aus der jetzigen Rolle als Juniorpartner der CDU befreien, bundesweit antreten

und dabei ihr hohes C im Logo aufgeben, was ja keinen wertkonservativen Christen ausschließen würde, aber der Mehrzahl konfessionsloser und andersgläubiger Bürger den Eintritt erleichtern würde, dann könnte sie den Grünen mühelos Paroli bieten. Aber wie heißt es doch in Bayern: „Mia san mia!“ Was in Bezug auf eine bajuwarische Initialzündung zu nicht allzu großer Hoffnung berechtigt.

Die Gefahr einer bedrohlichen Okkupation durch ein Rot-Rot-Grünes Regierungsbündnis in 2013 erfordert aber, allein schon, um diesem Land wieder Stabilität und eine werte- und leistungsorientierte Ausrichtung zu geben, eine neue starke konservative Partei. Und so käme es dann wohl doch mehr auf den Elan und die Mobilisierungsfähigkeit einer Partei an, die sich im historischen Rückblick im Kampf gegen Absolutismus und Feudalismus für ein freies Bürgertum engagierte, die eine veritable Rolle in der Nachkriegsgeschichte gespielt hat, und die immerhin über eine bundesweite Grundstruktur verfügt.

Wenn es ihr gelänge, die vielen wertkonservativen Nichtwähler quer durch alle Schichten dieses Volkes dazu noch hinter einer charismatischen und kompetenten Führungspersönlichkeit aus der Gemeinschaft der Freien und Unabhängigen mit oder ohne Adelstitel zu formie-



ren, dann würden viele in unserem deutschen Vaterland wieder ruhiger schlafen.

Und was unseren Ikarus der Moderne betrifft: belassen wir es abschließend bei einem poetischen Ausklang, der vielleicht zugleich seine Eigenbefindlichkeit und die Hoffnung auf Rückkehr ausdrückt:

*„Vom Morgen träumt die zerbrochene Seele, ihrer Ehre beraubt, ihrer Flügel entrissen.*

*Und ist der Morgen auch ohne Hoffnung, nichts wird meine Rückkehr aufhalten!“*

(Aus dem 5. Akt des Loveless Gedichtes von Flawy Gale)

## Schlussbemerkungen

*„Die Schwierigkeiten liegen nicht in den neuen Gedanken, sondern darin, den alten zu entkommen!“*

John Maynard Keynes, Ökonom

Wenn versucht wurde, einige Gedanken zur dringend erforderlichen Demokratieerneuerung in unserem Land zu entwickeln, dann erfolgte dies zunächst einmal aus der Sicht eines Normalbürgers, der in seinem ländlichen Umfeld quer durch alle sozialen Schichten gut verortet ist. „Geh in den Krug und du wirst klug!“ Gemünzt ist dieser Spruch auf die Gastwirtschaft ‚Zum Grenzkrug‘ am Rande meines Dorfes. Hier wird Klartext gesprochen. Manchmal sicher auch im Duktus grenzwertig. Und hier erfährt der aufmerksame Zuhörer, der die polit-seismographischen Schwingungen und Ausschläge in der Befindlichkeit der Menschen in Erfahrung bringen möchte, mehr als aus den unzähligen Talk-Shows, wo häufig immer dieselben Phrasendrescher meinen, uns gewöhnlich Sterblichen die Welt erklären zu müssen.

Im Gegensatz zu vielen pseudointellektuellen abgehobenen Analysten, die sich bei ihren Erklärungsversuchen in unendlichen Tiraden winden, sind die Statements meiner ländlichen Mitbewohner knapp, klar und anschaulich. Auf die Frage, warum er eigentlich schon seit Jahren nicht mehr zur Wahl ginge, antwortete mir ein Landwirt lakonisch: „Warum denn auch, es sind doch

immer dieselben Schweine, die es an den Trog zieht.“ Da mag der um Political Correctness bemühte Zeitgenosse noch so sehr die Nase rümpfen, er wird zur Kenntnis nehmen müssen, dass das scheinbar gewöhnliche Volk oft in einfachen Metaphern den Ist-Zustand einer Gesellschaft besonders zutreffend beschreibt.

**„Die Weimarer Republik ist vor allen Dingen deshalb zugrunde gegangen, weil ihre politischen Akteure glaubten, die Meinung der Stammtische vernachlässigen zu können“**, so lautet denn auch die Einschätzung des fundierten Kenners und Analysten der Weimarer Verhältnisse, Karl Dietrich Bracher. Und er fügte mit dem Werteneutralismus eine zweite, entscheidende Prämisse hinzu.

Als jemand der aber nicht nur der gedanklichen Infiltration seines ländlichen Umfeldes ausgesetzt ist, sondern der in 40 Jahren Lehrerdasein die dramatischen Verfallserscheinungen im gesellschaftlichen Mikrokosmos der Schule erfahren und auf Grund seines politischen Interesses und einer bescheidenen Qualifikation in den Politikwissenschaften auch analysiert und kommentiert hat, wiederholen sich die Weimarer Verhältnisse für mich in der 3. Republik in einem verblüffend ähnlichen Szenario. Und es ist ein Szenario vom beginnenden Untergang, gekennzeichnet nicht nur durch Werteneutralismus wie in der Weimarer Republik, sondern durch einen Prozess

fortschreitenden Werteverfalls. Der gesellschaftliche Niedergang ist vor allen Dingen gekennzeichnet durch einen Ausverkauf von Anstand und Würde, von einer ungeheuren Distanz- und Schamlosigkeit. Einem Voyeurismus bei der Präsentation des Privaten und Intimen in den Medien. Von zunehmender Disziplinlosigkeit und Gewaltbereitschaft. Von Gier und Gewinnmaximierung und von sozialer Kälte. Einer falsch verstandenen Emanzipation, die nur zum Ziel hat, sich von jeglicher Verantwortung zu befreien. Einem Jugendwahn bei gleichzeitiger Isolation der Alten in dieser Gesellschaft. Und Bindungslosigkeit und Unverbindlichkeit als allgemeiner Grundhaltung.

Diesen Katalog neudeutscher Untugenden hatte ich bereits auch mit als eine der Hauptursachen für das Bildungsdesaster in dieser Republik ausgemacht. – Ein in seiner Biographie Wertkonservativer reinsten Wassers hat die zunehmende Dekadenz in unserer Gesellschaft an dem Denkmal, das demnächst zur Erinnerung an die deutsche Wiedervereinigung errichtet werden soll, in einer Glosse kommentiert.

Die Journalistenlegende Claus Jacobi vollendete kürzlich das 80. Lebensjahr. Mit 34 Jahren war er bereits Chefredakteur beim Spiegel. Dann Chef von Stern, Welt und Welt am Sonntag und der Wirtschaftswoche. Als journalistischer ‚Altenteiler‘ bedient er jetzt eine Kolumne in

der Bildzeitung. In seinem Kommentar unter dem Titel: ‚Eine Obstschale für Deutschland‘, nimmt er nicht nur den prämierten Denkmalsentwurf aufs Korn, sondern beschreibt auch den Zustand der Dekadenz in diesem Land.

Der mit 10 Millionen dotierte Entwurf des Stuttgarter Designers Johannes Milla und der Berliner Choreografin Sasha Waltz, der die Zustimmung von Kultur- und Bauminister fand, zeigt eine 50 Meter lange, flache, an der Unterseite vergoldete Schale, die auf Wasser schweben soll. Vorgesehener Standort: der Sockel, den einstmals das Reiterstandbild von Kaiser Wilhelm I. zierte. Titel des Denkmals: ‚Bürger in Bewegung‘. Und Bürger sollen diese Schale tatsächlich besteigen können. Und durch ihr versammeltes Gewicht das Gefäß nach links oder nach rechts verlagern und mit sehr viel Geschick in der Mitte halten können.

Im Gegensatz zu Claus Jacobi finde ich ‚die Obstschale‘, wie er sie abwertend nennt, sowohl ästhetisch als auch von der Symbolkraft durchaus gelungen. Gegründet auf dem Fundament des autoritären bismarckschen Kaiserreiches, steht diese Schale auf schwankendem Untergrund sehr eindrucksvoll dafür, wie wir das zerbrechliche Gebilde unserer Demokratie immer wieder durch Bürgerbeteiligung zur beständigen und soliden Mitte hin austarieren müssen.

Das verlangt aber auch sich ‚als Bürger in Bewegung‘ den zersetzenden und dekadenten Kräften durch wertkonservative Rückorientierung entgegenzustellen. Und um die eigene Analyse gewissermaßen nochmals zu subsumieren, und ihr etwas mehr Gewicht zu verleihen, bediene ich mich abschließend der Feder des erfahrenen Journalisten Claus Jacobi:

„Dekadenz ist in der Geschichte die immer wiederkehrende Form des süßen Verfaulens am Abend eines großen Tages. Rauschgift wird in den Apotheken verkauft. Müll geht als Kunst durch. Pornographie und Prostituierte setzen Fett an. Tugend, Tapferkeit und Scham leiden an Magersucht.

Gotteslästerung ist ein Kavaliersdelikt. Aus dem Fernsehen wabern Quatsch, Quark und Qualm. Die hässlichen Schwestern Faul- und Feigheit erheben ihr Haupt. Genuss- und Habgier herrschen. Haben wir Dekadenz erreicht?“

Zum Teil eindeutig ja. Aber wer genauer hinsieht, entdeckt vieles, das zu Hoffnung auf rechtzeitige Umkehr berechtigt. Immer noch sind die Bürger des Landes in ihrer Mehrzahl unterwegs, um mit ihrer Arbeitskraft und ihrem Erfindergeist, den Wohlstand des Landes zu erhalten. Immer noch gibt es genug Menschen, die diesem Lande in Pflichterfüllung dienen, sich in einem hohen Maß sozial engagieren. Davon sehr viele Jugendliche,

die trotz allem publizierten und medial ausgestrahlten Schrott, sich umfassend bilden und ausbilden und stark und unbeeinflusst ihren eigenen Weg gehen. Das verdient vor allen Dingen Bewunderung und gibt zur Hoffnung Anlass. Wir, die Erfahrenen und Alten in der Gesellschaft, sollten sie ermutigen und darin unterstützen, die Schale unserer Demokratie im Gleichgewicht zu halten.

